



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

DAS JAHR 2023 WAR VON VIELFÄLTIGEN
KRISEN GEPRÄGT, DIE LIBERALE
GESELLSCHAFTEN IN IHREN GRUNDFESTEN
ERSCHÜTTERTEN.

DIE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG
ENTWICKELTE LÖSUNGSANSÄTZE, UM MIT
INNOVATION, BILDUNG UND DER STÄRKUNG
LIBERALER WERTE DIESEN HERAUSFORDERUNGEN
FÜR DIE **ZUKUNFT** ZU BEGEGNEN.

FREIHEIT BLEIBT DIE
GRUNDVORAUSSSETZUNG FÜR
GLOBALEN WOHLSTAND UND FRIEDEN.

JAHRESBERICHT 2023

DAS JAHR 2023 WAR VON VIELFÄLTIGEN
KRISEN GEPRÄGT, DIE LIBERALE
GESELLSCHAFTEN IN IHREN GRUNDFESTEN
ERSCHÜTTERTEN.

DIE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG
ENTWICKELTE LÖSUNGSANSÄTZE, UM MIT
INNOVATION, BILDUNG UND DER STÄRKUNG
LIBERALER WERTE DIESEN HERAUSFORDERUNGEN
FÜR DIE **ZUKUNFT** ZU BEGEGNEN.

FREIHEIT BLEIBT DIE
GRUNDVORAUSSSETZUNG FÜR
GLOBALEN WOHLSTAND UND FRIEDEN.

IM EINSATZ FÜR DIE FREIHEIT

„Der Kampf für die Freiheit ist ein globaler Kampf... Ein freies Belarus wird eine große Hilfe für die Ukraine und die stärkste Sanktion gegen Putin sein.“

Sviatlana Tsikhanouskaya, Vorsitzende des Vereinigten Übergangskabinetts und belarusische Oppositionsführerin, Zitat aus ihrer Berliner Rede zur Freiheit 2023

„Als eine Stiftung, die Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördert, sind wir davon überzeugt, dass Innovation und digitale Transformation entscheidende Rollen spielen bei der Stärkung demokratischer Institutionen.“

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué,
Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit



„Heutzutage wird oft behauptet die Demokratie sei in Gefahr. Ich finde, sie ist nicht in Gefahr. Was wirklich in Gefahr ist, ist der liberale Charakter der westlichen, freiheitlichen Demokratie. Denn der Liberalismus ist das Herz einer gelungenen, freiheitlichen Demokratie.“

Prof. PhD Christopher Clark, Regius Professor of History an der University of Cambridge auf der Veranstaltung zum 75. Gründungsjubiläum der Freien Demokraten

„Die German Angst ist eine kollektive Prägung, die uns lähmt. Angst hat Konsequenzen auf das, was sich erreichen lässt. Wir müssen diese Zukunftsangst überwinden.“

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger
auf dem Zukunftsforum24

„2024 wird ein entscheidendes Jahr für Wahlen sein. Einer von drei Menschen auf der Welt wird wählen. 2024 wird darüber entscheiden, ob die Demokratie überlebt.“

Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa auf der Liberalen Menschenrechtstagung „Journalists Defending Human Rights“

„Der Schutz der Menschenrechte ist der Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben in einer pluralen Gesellschaft, die die Würde eines jeden Menschen achtet und verteidigt. Menschenrechtsschutz trägt zu Frieden und Gerechtigkeit bei.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
stellvertretende Vorstandsvorsitzende der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

„Der israelisch-palästinensische Konflikt ist das größte Problem, das wir haben. Wenn wir jetzt nichts dafür zu tun, diesen Konflikt zu lösen, dann bedeutet das, dieses Problem den folgenden Generationen zu überlassen.“

Yair Lapid, liberaler Oppositionsführer und ehemaliger Premierminister Israels, auf einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Berlin

VORWORT

Krise. Zukunft. Freiheit.

Das Jahr 2023 war ein von globalen Krisen, nationalen Herausforderungen, aber gleichzeitig auch von hoffnungsvollen Entwicklungen geprägtes Jahr. Wir haben unsere Arbeit als Stiftung für die Freiheit erfolgreich gestalten können. In wichtigen Bereichen konnten wir weiter wachsen. Mit unseren Veranstaltungen und Trainings haben wir 140.000 Bürgerinnen und Bürger erreicht. Die Pressereichweite konnte im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich um 19 Prozent gesteigert werden. Die Stiftungswebsite www.freiheit.org konnte 7,7 Millionen Seitenaufrufe verzeichnen. Unser Kundenstamm wächst. Die Expertise unserer Kolleginnen und Kollegen im Ausland wird von Medien im Inland stark nachgefragt. Als moderner Thinktank haben wir die Rekordzahl von 245 Publikationen veröffentlicht.

Auf unserer Agenda finden sich die Themen, die die Bürgerinnen und Bürger umtreiben. In Deutschland, in Europa und weltweit. Wir nutzen unsere Netzwerke, um liberale Lösungen gemeinsam zu entwickeln und zu diskutieren. Prominente Köpfe bringen mit uns gemeinsam die liberale Idee nach vorn. Nur beispielhaft seien hier die Berliner Rede zur Freiheit 2023 mit der belarussischen Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya sowie Veranstaltungen mit dem israelischen Oppositionsführer Yair Lapid, der Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa, dem Historiker Prof. Dr. Christopher Clark und der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Margrethe Vestager genannt.

Der Überfall der Hamas auf Israel im Oktober 2023 war auch ein Einschnitt in die Stiftungsarbeit. Wir haben Veranstaltungen und Webtalks organisiert, um die Ereignisse zu diskutieren und der sofort einsetzenden Desinformation entgegenzuwirken. Als Folge dieser Ereignisse entstand zudem die Publikation „Israels Krieg in Gaza verstehen“, die unser Projektbüro in Jerusalem initiierte.

Der Erfolg liberaler Demokratien ist entscheidend vom wirtschaftlichen Erfolg und von der Aussicht auf zukünftigen Wohlstand abhängig. Die liberalen Demokratien stehen im internationalen Vergleich an vielen Stellen noch gut da, laufen aber Gefahr, bei wichtigen Zukunftstechnologien oder in alltäglichen Lebensbereichen der Menschen den Anschluss zu verlieren. Die Erfolgsgeschichte einer liberalen Demokratie wird im Verständnis vieler Bürgerinnen und Bürger dann erzählt, wenn Politik auch den eigenen wirtschaftlichen Erfolg und Aufstieg fördert. Viele unserer Formate haben deshalb Wirtschaftsthemen zum Inhalt. An dieser Stelle seien der Migrant Founders Monitor, die Schulbuchstudie Wirtschaft, die Studie zu nachhaltigen Energieimporten sowie zahlreiche Arbeiten zum Bau- und Wohnungsmarkt erwähnt.

Als Stiftung sind wir dort präsent, wo brisante politische Themen diskutiert werden. Im vergangenen Jahr konnten wir prominent auf der Digitalmesse re:publica ein brandaktuelles Gutachten zum digitalen Briefgeheimnis vorstellen. Wir haben erfolgreiche Side-Events und Fringe-Meetings auf der Leipziger Buchmesse, auf der COP28 und auf der Munich Security Conference platzieren können.

Im vergangenen Jahr feierte die Begabtenförderung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihr 50-jähriges Bestehen. Wir sind stolz darauf, dass wir 1.395 engagierte junge Menschen unterstützen konnten. Ein besonderes Highlight war das erstmalige Pro:Lib-Zukunftsforum, bei dem Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik und Expertinnen und Experten der Stiftung zusammenkamen. Themen wie die zukünftige Organisation der Städte, Mobilität, Landwirtschaft und Bildung standen im Mittelpunkt des Austauschs. Diese Plattform bietet eine wertvolle Gelegenheit, um Ideen zu diskutieren und Impulse für die Zu-



Annett Witte

Hauptgeschäftsführerin
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

kunft zu setzen. Ab 2024 wird die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erstmalig Stipendien für Auszubildende anbieten und Partner dieses Pilotprojekts des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sein.

Die globale Kampagne „Reshape Europe“ wurde international fortgesetzt und umfasste Veranstaltungen, Publikationen und einen internationalen Hackathon-Wettbewerb zur Rolle und Stärkung der EU. Angesichts des Kriegs in Europa beschäftigte sich der Global Security Hub schwerpunktmäßig mit dem Thema Europäische Sicherheitsarchitektur und veröffentlichte auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Publikation „EDINA – European Defence in a New Age“ gemeinsam mit europäischen Thinktankern und Expertinnen und Experten.

Die Integration von Umweltaspekten in die Stiftungsarbeit und die Einführung von Initiativen wie „Naumann goes eco“ ist für uns ein künftiger Erfolgsfaktor. Die Stiftung trägt damit nicht nur selbst zum Umweltschutz bei. Wir stärken auch das gesellschaftliche Engagement und unsere Glaubwürdigkeit.

Unsere Angebote zur Förderung und Vernetzung von Frauen wurden erfolgreich ausgebaut, darunter das Empowerment-Programm und das Netzwerkprogramm #femaleforward.

Ein wichtiger Aspekt im Engagement der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Jahr 2023 war die Ansprache und Einbindung der jungen Generation. Am Tag der Pressefreiheit organisierte unser Netzwerkmanagement eine Veranstaltung am Campus für Demokratie in Berlin, die rund 180 Schülerinnen und Schüler anzog. Diese Initiative unterstreicht unser Bestreben, junge Menschen zu erreichen. Besonders erfreulich ist das positive Feedback auf unser Angebot an Schulen. Mit gezielten Programmen zur Sensibilisierung gegen Antisemitis-

mus, zur Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und zur Prävention von Rechtsextremismus stoßen wir auf großes Interesse. Diese Resonanz bestärkt uns in unserem Engagement, junge Menschen zu befähigen, kritisch zu denken und sich aktiv für Freiheit und Demokratie einzusetzen.

Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen im Inland und Ausland, die durch ihre engagierte und unerschrockene Arbeit, durch ihre Ideen und Impulse diese Erfolge möglich gemacht haben. Wir bedanken uns bei unseren Förderern, Partnern, Expertinnen und Experten sowie allen, die unsere Arbeit unterstützen. Gemeinsam werden wir auch weiterhin für die Freiheit weltweit eintreten. ■

INHALTSVERZEICHNIS

10

Dr. Wolfgang Gerhardt – Liberaler aus Leidenschaft.....	10
Florian Rentsch – Neuer Schatzmeister der Friedrich-Naumann-Stiftung	11

12

BILDUNG UND GERECHTE CHANCEN

Essay – Dr. Maren Jasper-Winter.....	13
50 Jahre Begabtenförderung.....	14
Erfolgsgeschichte unseres Stipendiaten Justus Enninga	16
Politiktraining.de.....	17
#FEMALEFORWARD-Netzwerk.....	18
Internationaler Austausch und Fortbildung.....	19
Medienfreiheit im Fokus.....	20
Afghanistan: Frauen ohne Rechte	21
Archiv des Liberalismus	22

24

32

LIBERALE DEMOKRATIE UND OFFENE GESELLSCHAFT

Essay – Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.....	33
Rede zur Freiheit von Sviatlana Tsikhanouskaya	34
Deutsche Gedenkkultur und ihr blinder Fleck Ukraine	36
Bring Back Kids to Ukraine	38
Politische Bildungsarbeit an Schulen gegen Antisemitismus.....	39
75 Jahre liberale Politik.....	41

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND GLOBALER WOHLSTAND

Essay – Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué.....	25
Zukunftsforum24	26
Migrant Founders Monitor 2023	27
Globaler Süden: Die virtuelle Migration	28
Deutschland braucht ein Update für Mobilität und Infrastruktur	29
So kommt Deutschland aus der Baukrise.....	30
Nationale Innovationsagenturen.....	31

42

DIGITALE TRANSFORMATION UND KOMMUNIKATIVE SOUVERÄNITÄT

Essay – Teresa Widlok.....	43
Gibt es ein Recht auf Verschlüsselung?	44
Digitalpolitik im globalen Systemwettbewerb	46
Überwachung und Datenschutz	47
Künstliche Intelligenz – Chancen und Risiken aus liberaler Sicht.....	48
Pressefreiheit und Medieninnovation im Zeitalter der KI.....	49

50

INNOVATIVE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK SOWIE WELTWEITE ZUSAMMENARBEIT

Essay – Justus Lenz.....	51
Klimaresilienz: Innovative Lösungen für die Stadt von morgen.....	52
Geoökonomie und Globalisierung	53
Gamechanger Geothermie.....	54
Nachhaltige Energieimporte 2045	55
Stiftungsinitiative „Naumann goes Eco“ gestartet.....	56

58

MENSCHENRECHTE UND INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

Essay – Anne Brasseur.....	59
Solidarität mit Israel.....	60
Liberale Menschenrechtsarbeit 2023.....	61
Internationale Menschenrechtstagung.....	62
Maria Ressa: „Ich will handeln“	64
Africa Freedom Prize	65
Raif Badawi Talk: Women. Press. Freedom.....	66
Hackathon zu LGBTQIA+-Rechten.....	67
Reshape Europe	68
Global Expertise Hubs der Stiftung	72
Aus den Regionen	74
Im politischen Dialog weltweit	82

83

LIBERALE BILANZ

Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen	83
Die Stiftung in Zahlen 2023.....	85
Publikationen 2023	86
Strategische Ziele 2026	88
Mitarbeitende	89
Das Geschäftsjahr 2022	90
Gesamtübersicht Haushalt	91
Bericht des Kuratoriums	92
Bericht des Vorstandes.....	93
Über die Stiftung	94
Unser Leitbild und unsere Mission	95
Danksagung	96
Impressum & Bildnachweise.....	96
Im politischen Dialog in Deutschland	97

DR. WOLFGANG GERHARDT: LIBERALER AUS LEIDENSCHAFT

Am 31. Dezember 2023 wurde Dr. Wolfgang Gerhardt, Ehrenvorsitzender der Stiftung, 80 Jahre alt. Zu diesem Anlass hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Publikation mit ausgewählten Reden herausgegeben, die Gerhardt in den langen Jahren seiner politischen Tätigkeit gehalten hat und die noch Generationen von Liberalen inspirieren können.

Gerhardt kann auf ein höchst erfolgreiches und bedeutsames Politikerleben zurückblicken. Ab 1978 war er zunächst Landtagsabgeordneter, dann Partei- und Fraktionsvorsitzender in Hessen, bevor er dann Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst und stellvertretender Ministerpräsident in Hessen wurde. Von 1994 bis 2013 war Gerhardt Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1995 bis 2001 Bundesvorsitzender der FDP und von 1998 bis 2006 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Anschließend war er Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

In dieser Publikation dokumentiert die Stiftung wichtige Reden Gerhardts aus dieser gesamten Zeitspanne, die in seinen eigenen Worten die wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Diskussionen behandeln. Entwicklungslinien und Diskussionspunkte des politischen Liberalismus werden deutlich und auch die persönliche Entwicklung des „besten Außenministers, den Deutschland nie hatte“ (so Prof. Dr. Jürgen W. Falter in seiner ausführlichen Würdigung) wird erkennbar.

„Bürgerlicher Liberalismus und liberale Bürgerlichkeit – das sind in der Tat die Schlüsselbegriffe, wenn es darum geht, den Politiker Wolfgang Gerhardt richtig zu verstehen und einzuordnen“, schreibt der aktuelle Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, in sei-

nem Vorwort zur Publikation. Und weiter: „Seine Reden atmen die gelassene Entschlossenheit eines Mannes, der tief in den freiheitlichen Linien der Tradition Deutschlands verwurzelt ist. Alle Reden, die in diesem Band abgedruckt sind, zeugen davon. Sie belegen auch die hohe Sprachkultur des gebildeten Bürgers, die er über Jahrzehnte im parlamentarischen Leben und als Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gepflegt hat.“

Beginnend mit der ersten Rede des frisch in den Hessischen Landtag eingezogenen jungen Abgeordneten Gerhardt im Jahre 1978, endend mit seiner Abschiedsrede aus Anlass des Führungswechsels im Vorstandsvorsitz der Stiftung im Jahr 2018, spiegeln die in diesem Band abgedruckten Reden 40 Jahre Politikgeschichte in Deutschland. In sechs Kapiteln, jeweils mit einem Überblick zur politischen Lage in der Zeitphase eingeleitet und in einer Würdigung zum Zeitabschnitt zusammengefasst, geben die Reden einen Einblick in die Themen und die Diskussionen jener Zeit.

Der Band würdigt einen außergewöhnlichen Politiker, über den Falter in seiner Gesamtwürdigung in dieser Publikation schreibt: „Sein Lebensweg ist ein Beispiel dafür, wie ein Bub aus einfachen Verhältnissen, aus der tiefsten dörflichen Provinz, dies verwirklichen kann. Erleichtert wurde ihm das durch bestimmte charakterliche Eigenschaften, seine Zähigkeit, seine Zielgerichtetheit, sein Streben nach Autonomie und seine schon früh im Lebensweg gewonnene Erkenntnis, dass Freiheit eine Grundvoraussetzung eines erfüllten und erfolgreichen Lebens ist. In dieser Hinsicht, nicht nur in dieser, kann er geradezu als Vorzeigeliberaler gelten, als Mensch, dem es gelungen ist, sein Gesellschaftsideal an sich selbst zu verwirklichen.“ ■



Dr. Wolfgang Gerhardt, war von 1998 bis 2006 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Von 2006 bis 2018 war er Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Seit 2018 ist er Ehrenvorsitzender der Stiftung.



Zum Redeband
Wolfgang Gerhardt

FLORIAN RENTSCH IST NEUER SCHATZMEISTER DER FRIEDRICH-NAUMANN- STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT



Florian Rentsch,
Schatzmeister der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Am 8. Dezember 2023 wurde Florian Rentsch neu in den Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gewählt. Der 48-jährige frühere hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung übernimmt das Amt des Schatzmeisters von Manfred Richter.

Florian Rentsch, Staatsminister a. D., ist seit Juli 2017 Vorsitzender des Vorstands des Verbands der Sparda-Banken e. V. Von 2003 bis 2017 war er Mitglied des Hessischen Landtags sowie von 2012 bis 2014 hessischer Minister für Wirt-

schaft, Verkehr und Landesentwicklung. In dieser Funktion war er unter anderem für den Finanzplatz Frankfurt sowie die Börsenaufsicht verantwortlich. Zwischen 2009 und 2012 und von 2014 bis Mai 2017 war Rentsch Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag. Seine Themenschwerpunkte waren die Wirtschafts- und Rechtspolitik. Zudem war Rentsch ab 2003 als Rechtsanwalt in Wirtschaftskanzleien in Wiesbaden und Frankfurt am Main tätig. Von 2018 bis 2023 war Rentsch Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. ■

Ich gratuliere Florian Rentsch ganz herzlich zu seiner Wahl. Er wird mit seiner umfassenden Erfahrung in den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik das Profil der Stiftung bei diesen Themen weiter schärfen. Als Schatzmeister wird Florian Rentsch finanzielle Strukturen gestalten, die nachhaltig sind und langfristig tragen. Seine Kenntnisse aus dem Bereich der Finanzbranche, die er aus seiner aktuellen Funktion als Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Sparda Banken mitbringt, können für die Stiftung nur hilfreich sein. Gleichzeitig danke ich Manfred Richter für seine mehr als 20-jährige Tätigkeit für die Stiftung. Er hat nicht nur die finanzielle Solidität für den Erfolg der Stiftung geschaffen, sondern war auch als hochgeschätzter Berater für den organisierten Liberalismus weltweit im Einsatz.

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss, Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

BILDUNG UND GERECHTE CHANCEN

- 50 JAHRE BEGABTENFÖRDERUNG
- ERFOLGSGESCHICHTE UNSERES STIPENDIATEN JUSTUS ENNINGA
- POLITIKTRAINING.DE
- #FEMALEFORWARD-NETZWERK
- INTERNATIONALER AUSTAUSCH UND FORTBILDUNG
- MEDIENFREIHEIT IM FOKUS
- AFGHANISTAN: FRAUEN OHNE RECHTE
- ARCHIV DES LIBERALISMUS



Dr. Maren Jasper-Winter
Mitglied des Vorstandes der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

DIE BÜRGERGESELLSCHAFT BEGINNT SCHON VOR DER SCHULE

Die Schatten des Kriegsjahres 2022 sind auch in diesem Jahr nicht verschwunden. Immer noch muss sich die Ukraine den Angriffen des russischen Aggressors erwehren – und immer noch werden dabei auch ukrainische Schulen zerstört, mittlerweile sind es über 1.300. Für die Schulen in Deutschland stellt die Aufnahme von ukrainischen Schülerinnen und Schülern eine Herausforderung dar, die immer besser gemeistert wird. Von den digitalen Lehr- und Lernplattformen des ukrainischen Bildungsministeriums kann dabei manches deutsche Bundesland noch einiges lernen. Trotzdem bleibt die Situation zutiefst bedrückend. Das Thema der friedens- und vor allem auch der sicherheitspolitischen Bildung gehört daher wieder auf den Stundenplan. Ein Gutachten, das Prof. Dr. Manuela Pietraß (Universität der Bundeswehr München) für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erstellt hat, macht dabei deutlich: Über ein grundlegendes Verständnis der geopolitischen Herausforderungen und der Rolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee muss jeder Schüler und jede Schülerin in Deutschland verfügen.

Leider hat sich im vergangenen Jahr ein weiterer Schatten über die Welt und auch die deutschen Schulen gelegt: Der barbarische Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat uns alle tief erschüttert. Doch es ist nicht nur der Schock über den Terror selbst, der mich beschäftigt hat. Dass viele Frauenorganisationen geschwiegen haben, obwohl Vergewaltigungen und Femizide zur Strategie der Hamas gehören, hat mich als liberale Feministin bestürzt zurückgelassen. Doch auch an deutschen Schulen und Hochschulen scheint der moralische Kompass nur eingeschränkt zu funktionieren: Antisemitische Proteste an Universitäten, die Ausgrenzung jüdischer Studierender und die Glorifizierung von Terroristen im Klassenzimmer sind nur einige Aspekte, die zurecht die volle Aufmerksamkeit der Bildungspolitik erhalten müssen – und dank unserer Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger dankenswerterweise auch tatsächlich in den Fokus gerückt werden. Antisemitismus darf an deutschen Bildungseinrichtungen nie wieder eine Rolle spielen – auch hier gilt deshalb: Nie wieder ist jetzt!

Die große liberale Bildungspolitikerin Hildegard Hamm-Brücher hat bereits 1997 darauf hingewiesen: „Die Bürgergesellschaft beginnt in der Schule.“ Ihre Beiträge zur schulischen Demokratiebildung sind im vergangenen Jahr noch einmal im Wochenschau-Verlag erschienen. Auch vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen empfehle ich sie jeder Leserin und jedem Leser zur Lektüre. „Demokratie besteht nicht nur aus Po-

litik und Parteien und dem Ringen um Macht und Mehrheiten“, führt Hamm-Brücher dort aus, sondern „Demokratie besteht in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens aus Männern und Frauen, die dazu beitragen, das Zusammenleben zu gestalten, Spielregeln zu beachten, eigene Initiativen zu ergreifen und wachsam gegenüber Fehlentwicklungen und Defiziten zu sein.“ Für Hamm-Brücher war dabei immer klar, dass gerade der Kampf gegen den Antisemitismus einen zentralen Platz in der Demokratiebildung haben muss. Ebenso, wie man auch in den vermeintlich „bürgerlichen“ Kreisen stets wachsam sein muss, so ist Wachsamkeit auch nötig, wenn es um islamistische und israelbezogene Formen des Antisemitismus geht.

Ergänzen könnte man allerdings, dass die Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger nicht erst in der Schule, sondern bereits im Kindergarten beginnt. Die Bildungsforschung hat, nicht erst seit den erschreckenden PISA-Ergebnissen 2023, immer wieder betont, dass die frühkindliche Bildung von entscheidender Bedeutung dafür ist, wenn es darum geht, die Grundlagen für erfolgreiche Bildungskarrieren – aber auch für das soziale Miteinander – zu legen. Angesichts des offenen Briefs von einigen Columbia-Professoren, die den Terror der Hamas als „militärische Aktion“ verharmlost haben, gilt allerdings auch: Die Arbeit für die liberale Bürgergesellschaft beginnt im Kindergarten, sie hört aber nicht einmal im Hörsaal auf. Menschenrechte gehören zur Bildung, ebenso wie das Recht auf Bildung selbst ein Menschenrecht ist: Dies wurde 2023 auch im Kontext einer Publikation zur „Geschlechter-Apartheid“ der Taliban herausgestellt.

Im vergangenen Jahr hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in verschiedensten Publikationen auch die Rolle von Bildung, Wissenschaft und Innovation für den Wohlstand in den Blick genommen. Besonders empfehlen möchte ich aber zum Schluss das Gutachten zu „Nationalen Innovationsagenturen“, welches ein Team aus Forschern der University of Oxford für die Stiftung erarbeitet hat. Sie haben gezeigt, welche Impulse der Staat setzen kann, wenn er Innovationsförderung unter den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft betreiben möchte. Dass Freiheit, Wohlstand und Sicherheit dabei zusammengehören, zeigen die Wissenschaftler übrigens auch am Beispiel der Israel Innovation Authority. ■

Lesen Sie hier
das Gutachten „Nationale
Innovationsagenturen“.

Lesen Sie hier
das Gutachten
„Friedens- und sicher-
heitspolitische
Bildung an Schulen“.



50 JAHRE BEGABTENFÖRDERUNG

Für die Freiheit. Begabung. Leidenschaft. Mut. Diese Worte überschreiben das Leitbild der Begabtenförderung. Unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten haben diese Fähigkeiten auch in diesem Jahr wieder unter Beweis gestellt.

Die Begabtenförderung feierte das Jubiläumsjahr 2023 mit verschiedenen Aktivitäten, darunter einem großen Festakt in Berlin. Zahlreiche Weggefährtinnen und Weggefährten, Geförderte, Alumni sowie Mitglieder des Auswahlausschusses und Vertrauenspersonen nahmen an der festlichen Jubiläumsveranstaltung am 24. Juni 2023 teil. Die Sprecherinnen und Sprecher präsentierten einen eigens initiierten Film, in dem Stipendiatinnen und Stipendiaten ihre persönlichen Perspektiven zum Wert eines Stipendiums zum Ausdruck brachten. Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué führte die Gäste durch die faszinierende 50-jährige Geschichte der Begabtenförderung, die 1973 mit der Unterstützung der ersten 17 Stipendiatinnen und Stipendiaten ihren Anfang nahm. Die Begabtenförderung hat im Laufe der Zeit das Fördervolumen, das programmatische Angebot und die Aktivitäten erheblich erweitert.

Während einer Podiumsdiskussion beleuchteten Vertreterinnen und Vertreter des Kuratoriums, des Vorstands, der Stipendiatenschaft sowie des Verbandes der Stipendiaten und Altstipendiaten (VSA) unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen. Gleichzeitig präsentierten sich die musikalischen Talente des stipendiatischen Ensembles Musica Libera mit beeindruckenden Ausschnitten ihres Repertoires. Auf der sich anschließenden Tagung der Vertrauenspersonen und Mitglieder des Auswahlausschusses diskutierten die Teilnehmenden nicht nur aktuelle Trends und Herausforderungen des Wissenschaftssystems, sondern entwickelten auch Ideen für die

zukünftige Ausgestaltung der Förderung.

Verschiedene Arbeitseinheiten der Stiftung unterstützten die Jubiläumsaktivitäten. Das Archiv des Liberalismus präsentierte beispielsweise Dissertationsexemplare von Alumni und gegenwärtigen Mitgliedern des Auswahlausschusses in der Theodor-Heuss-Akademie. Im Oktober 2023 organisierte das Länderbüro Berlin/Brandenburg/MV die Ausstellung „Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit“, die Werke von Künstlerinnen zeigte, die als Alumnae oder als Mitglied des Auswahlausschusses der Begabtenförderung verbunden sind.

Im Rahmen der Selbstorganisation entwickelten die Sprecherinnen und Sprecher 2023 ein neues Format, das die Auseinandersetzung mit Zukunftsthemen in den Mittelpunkt rückte.

Beim ProLib23 entwickelten die 60 Teilnehmenden in kreativen Workshops

Ideen zu zukunftsweisenden Themen wie Bildung, Wachstum und Freihandel, nachhaltige urbane Entwicklung, zur Spannung zwischen individueller Selbstverwirklichung und Zukunftsängsten sowie zur Gestaltung der Zukunft von Landwirtschaft und Mobilität. Diese erfolgreiche Workshop-Reihe wird im Jahr 2024 fortgesetzt.

Im Rahmen des Jubiläumsjahres wurden erstmals **5 Hans-Dietrich-Genscher-Stipendien** an Stipendiatinnen und Stipendiaten vergeben, die ein einjähriges Masterprogramm in Großbritannien absolvieren. Die Begabtenförderung unterstützt sie dabei, indem sie die Reisekosten übernimmt und Aufenthaltskosten sowie Studiengebühren subventioniert. Aufgrund der Herausforderungen nach dem Brexit gestaltete sich die Förderung von kompletten Studiengängen in Großbritannien anspruchsvoller. Das Hans-Dietrich-Genscher-Programm eröffnet nun



Begleitseminar der Stipendiatinnen und Stipendiaten auf dem Bundesparteitag 2023

Feierlicher Festakt
zum Jubiläum
der Begabtenförderung
in Berlin



neue Fördermöglichkeiten.

Des Weiteren wurde das **Liberal-Ambassador-Programm** ins Leben gerufen. Dieses neue, englischsprachige Programm führt insbesondere Geförderte aus nicht-demokratischen Ländern in mehreren mehrtägigen Modulen in die Welt der politischen Bildung ein. Ziel des Programms ist es, den Teilnehmenden praktische Fertigkeiten zu vermitteln, damit sie sich nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer wirkungsvoll für liberale, demokratische Werte einsetzen können, ohne sich oder andere in Gefahr zu bringen. Durch zahlreiche praktische Übungen, Diskussionen und hochkarätige Referentinnen und Referenten legt die Begabtenförderung mit dieser Ausbildung den Grundstein für die nächste Generation, die in ihren jeweiligen Heimatländern die Arbeit der Stiftung tatkräftig unterstützen kann.

Die Highlights jedes Förderjahres sind die unterschiedlichen Akademien. Die diesjährige **Auslandsakademie** führte die Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Israel, wo sie sich mit den Auswirkungen des Klimawandels am Toten Meer, der Geschichte des Landes in Jerusalem und den Geheimnissen der Start-up-Kultur in Tel Aviv auseinandersetzten. Durch die Interaktion mit einer Vielzahl von Gesprächspartnerinnen und -partnern wurde sichergestellt, dass die Gruppe intensiv die komplexe politische Situation in Israel erkundete und multiple Perspektiven wahrnahm. Der Überfall der Hamas am 7. Oktober auf das Land, das wir in diesem Jahr intensiver kennenlernen durften, hinterließ bei vielen Geförderten großes Entsetzen.

Die Begabtenförderung ist seit Jahren Teil des werksübergreifenden Netzwerks „Nie Wieder“, das Stipendiatinnen und Stipendiaten Schulungen zum Thema Antisemitismus anbietet und sie

zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausbildet. In Zusammenarbeit mit Partnern aus den Niederlanden und Polen konnten auch in diesem Jahr wieder Geförderte auf einer Studienreise die Gedenkstätte Oświęcim (des Konzentrationslagers Auschwitz) in Polen besuchen und sich intensiv mit der Geschichte des Holocausts und dem gegenwärtigen Antisemitismus auseinandersetzen.

In Kooperation mit den anderen 13 Förderwerken nahmen unsere Geförderten auch in diesem Jahr an der **gemeinsamen Sommerakademie der Werke** teil, die unter dem Thema „Der Wert der Demokratie“ in Villigst stattfand. Zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung bot die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Veranstaltung zum Thema „Demokratien in Europa: Baustellen, Fallstricke und Strategien“ für Geförderte anderer Werke an.

Teilnehmende der **Inlandsakademie** widmeten sich in Hamburg und auf der Insel Helgoland dem Thema „Von der Energiekrise zur Energietransformation – Grundlagen der Energiewende praxisnah erarbeiten“. Gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Fachleuten aus der Wirtschaft und politischen Expertinnen und Experten setzten sie sich intensiv mit der Energiewende auseinander, lernten die lokalen Gegebenheiten kennen und sahen sich aufgrund eines Sturms und gekappter Verbindungen beinahe auf der Insel gestrandet.

Im September versammelte sich der Konvent der Stipendiatinnen und Sti-

pendiaten an der Theodor-Heuss-Akademie (THA) in Gummersbach. Neben den wichtigen Wahlen für die stipendiatische Vertretung und der Inlands- und Auslandsakademie 2024 gaben die Sprecherinnen und Sprecher auch die Gewinner der „Leuchttürme“ bekannt. Der „stipendiatische Leuchtturm 2023“ wurde an Max Müller für die federführende Entwicklung und Durchführung des ProLib23 verliehen. ProLib ist eine Plattform des Austauschs und des Transfers mit verschiedenen Diskussions- und Dialogformaten, um stipendiatische Ideen in die Stiftung und die deutsche Spitzenpolitik zu tragen. Der Alumni-Leuchtturm ging an Johannes Berger in Anerkennung seiner Leistungen als Vorsitzender des VSA.

Die neu in die Förderung aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten lernten die Stiftung und ihr Netzwerk auf den Einführungstagungen kennen. Im Jahr 2023 wurden 277 Personen in die Förderung aufgenommen und auf den beiden Tagungen in Potsdam herzlich willkommen geheißen. Um die ausgeschiedenen Geförderten zu ehren, veranstaltete die Begabtenförderung gemeinsam mit dem Verein der Stipendiaten und Altstipendiaten sowie den Länderbüros in Hessen und Bayern „Graduation- & Networking-Treffen“ in Frankfurt am Main und München. ■

Mehr zu 50 Jahre
Begabtenförderung
finden Sie hier.



ERFOLGSGESCHICHTE UNSERES STIPENDIATEN JUSTUS ENNINGA



Justus Enninga war bis März 2024 Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und hat in Erfurt Staatswissenschaften studiert, bevor er seinen Master am King's College abgeschlossen hat. Für seine Masterarbeit zu den institutionellen Auswirkungen des Antisemitismus in London gewann Enninga den Abschlusspreis des VSA e.V. Während seiner Grundförderung war er begeisterter Koordinator des Hayek-Kreises innerhalb der stipendiatischen Aktivenschaft. Nach dem Beginn seiner Promotion am King's College London begann er seine Tätigkeit für Prometheus – Das Freiheitsinstitut in Berlin. Nach Ende der COVID-Pandemie forschte er für zwei Jahre als Gastwissenschaftler am Economics Department der New York University. Seit April 2024 ist er Redakteur für Wirtschaftspolitik bei The Pioneer, und ab Mai Direktor Hekaton Cities bei Prometheus. Sein Gutachten zur liberalen Stadtpolitik erscheint im April beim Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Enninga ist Gewinner des Ludwig-Erhard-Förderpreises für Wirtschaftspublizistik und Gewinner des Essaypreises 2023 der WirtschaftsWoche.

Hier finden Sie Auszüge des Gastbeitrages in der WirtschaftsWoche vom 29. Oktober 2023.

DIE BUNTE GESELLSCHAFT BENÖTIGT DEN FREIEN MARKT

Ohne die Marktwirtschaft wäre die liberale Demokratieweniger fortschrittlich, emanzipiert und gewiss weniger bunt. Die Erfolge von Fortschritt, Emanzipation und Schutz für Minderheiten in modernen Gesellschaften werden oft ausschließlich der Demokratie zugeschrieben, nicht aber der Marktwirtschaft. Diese gilt lediglich als notwendige Wohlstandsmaschine: effizient schafft sie im besten Fall Wohlstand und Arbeitsplätze. Fortschritt, Emanzipation und Vielfalt verbinden aber die Wenigsten mit der Marktwirtschaft. Man würde gerne, aber kann nicht ohne sie. Dieser instrumentelle Blick übersieht aber, dass es besonders die Marktwirtschaft ist, die der offenen Gesellschaft ihre Farbe gibt.

...

Die Marktwirtschaft erlaubt nicht nur, sie schafft auch Anreize fürs Anderssein. Gleichzeitig schafft die Marktwirtschaft aber auch die Grundlage, um verschiedenste Lebensentwürfe nebeneinander auszuleben. Dabei sind marktwirtschaftliche Wege in der Lage, vielfältigste Angebote zu machen, ohne auf Mehrheitsentscheidungen angewiesen zu sein. Müssten sich Don Alphonso und Luisa Neubauer, Mario Barth und Margot Käbmann, Sibylle Berg und Stefan Effenberg auf eine Idee des guten Lebens einigen: Es gäbe Chaos. Doch dank privater Eigentumsrechte und der Möglichkeit, ungehindert Verträge zu

schließen, die durch einen staatlichen Rahmen garantiert werden, können die unterschiedlichsten Individuen in einem geschützten Rahmen ihren eigenen Lebensentwurf leben. Von Alphonso bis Käbmann leben auf dieser Basis Menschen der unterschiedlichsten Couleur friedlich nebeneinander her: ganz ohne sich gegenseitig zustimmen zu müssen.

...

Marktwirtschaft ist nicht nur eine Wohlstandsmaschine. Sie ist auch wichtige Triebfeder des Tabubruchs und des Pluralismus in der liberalen Demokratie. Gegner der Marktwirtschaft unterschätzen sie – genauso wie scheinbare Befürworter. Konservative etwa, oft Befürworter der Marktwirtschaft, müssen immer wieder erkennen, dass Marktwirtschaft auch heißt, dass Produkte für die Versorgung von Transpersonen auf dem Markt zu finden sind, ebenso wie schicke Designs für Kopftücher und englischsprachige Baristas in Berliner Cafés: Schnell ist von der konservativen Begeisterung für den Markt nicht mehr viel übrig. Stattdessen setzen sie auf den Kampf gegen einen diagnostizierten „Werteverfall“ der liberalen Gesellschaft.

...

Die Marktwirtschaft ist für viele Gegner und vermeintliche Befürworter nur lästige Notwendigkeit. Ach, gäbe es doch Wohlstand ohne Unternehmertum, Wettbewerb und private Eigentumsrechte, dann wäre Demokratie genug. Doch diese Sicht verkennt das emanzipatorische und progressive Potential der Marktwirtschaft in der liberalen Demokratie. Beate Uhse, Veggie-Burger und die Gay-Rights Bewegung: Gerade auch unternehmerisch denkende Individuen haben die Lebensentwürfe von Minderheiten möglich gemacht, und durch Empathie, Mut und Geschäftssinn einer vielfältigeren Gesellschaft den Weg geebnet.

Mehr erfahren
zur Liberalen
Medienakademie



POLITIKTRAINING.DE – MEHR BEWEGEN

Bildungsangebote für mehr Wissen und politisches Engagement

Im Jahr 2023 hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihr Politiktrainings-Angebot erweitert. Mit Onlinekursen und Praxishandbüchern schafft die Stiftung flexible Lernmöglichkeiten, die es ermöglichen, Wissen jederzeit und überall zu vertiefen.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bietet ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur persönlichen und poli-

tischen Entwicklung. Das Bildungsangebot reicht von kurzen Online-Sessions über vertiefende Präsenzseminare bis hin zu zeit- und ortsunabhängigen Onlinekursen. Diese Vielfalt ermöglicht es jedem, politisches Wissen flexibel zu erwerben, selbst unterwegs. Durch kontinuierliche Bildung und praktische Anwendung legen wir die Grundlagen für eine aktive und engagierte Gesellschaft, die unsere Demokratie lebendig gestaltet.

SKILLTALKS KOMPAKT:

SkillTalks geben in täglichen Live-Sessions einen kompakten Überblick zu Themen wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik, Kampagnen, Netzwerken und Kommunalpolitik. Die Flexibilität des Formats ermöglicht es jeder und jedem, Wissen zu erweitern, ohne den täglichen Zeitplan zu belasten. Die SkillTalks finden Sie hier: <https://www.politiktraining.de>

ONLINEKURSE:

Unabhängig von der individuellen Erfahrung bieten die Onlinekurse eine breite Palette an Themen. Beispielsweise können Interessierte am Kurs „Liberalismus – warum die Freiheit unsere Zukunft ist“ teilnehmen, um grundlegende Kenntnisse über den Liberalismus zu erlangen. Weitere Kurse befassen sich mit Debatten, politischem Kampagnenmanagement oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die Onlinekurse finden Sie hier: <https://www.freiheit.org/de/onlinekurse>

TRAININGS IN PRÄSENZ:

Aufbauend auf den SkillTalks bieten unsere Präsenzseminare die Möglichkeit, Wissen zu vertiefen und in praktischen Übungen Kompetenzen aufzubauen. Aktuelle Trainings finden Sie hier: <https://www.politiktraining.de>

PRAXISHANDBÜCHER:

Praxishandbücher bieten einen kompakten Überblick über relevante Wissensinhalte und dienen als praktische Werkzeuge, um Fachwissen direkt anzuwenden. In einer Welt der Informationsüberflutung zeichnen sich diese Handbücher durch klare Struktur aus. Sie führen Leserinnen und Leser durch komplexe Themen, ohne dabei die Tiefe der Informationen zu vernachlässigen. Ein besonders gelungenes Beispiel ist unsere Publikation „Pressemeldungen mit Wirkung“, ein umfassender Leitfaden für das Verfassen professioneller Pressemeldungen.

Die Publikation
finden Sie hier.



FÖRDERUNG VON SCHÜLERVERTRETERINNEN UND -VERTRETERN:

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit schätzt und fördert das Engagement junger Menschen, die aktiv ihre Schulumgebung gestalten möchten. Die Stiftung ist davon überzeugt, dass engagierte Schülerinnen und Schüler mit den passenden Werkzeugen eine transformative Wirkung in ihren Schulen und darüber hinaus entfalten können. Wir freuen uns, hierfür ein entsprechendes Bildungsangebot bereitzustellen. Der Onlinekurs „Schülersprecher*in – und nun?“ wurde entwickelt, um Schülerinnen und Schülern, die die Rolle der Schülersprecherin oder des Schülersprechers übernehmen, wertvolle Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln. Die Lernvideos bieten einen strukturierten Ansatz, um sie mit den erforderlichen Werkzeugen auszustatten und ihre Visionen erfolgreich umzusetzen. Zusätzlich zum Onlinekurs haben wir das „Praxishandbuch für die Schülervertretung“ entwickelt, das Schülerinnen und Schülern einen umfassenden Leitfaden für ihre Aufgaben bietet. Dieses Handbuch enthält praxisnahe Tipps und Tricks für ein effektives Engagement und behandelt verschiedene Aspekte der Schülervertretung von der Planung und Durchführung von Projekten bis zur Interaktion mit Lehrerinnen und Lehrern, Schulleitung, Mitschülerinnen und Mitschülern. Es fungiert als umfassendes Nachschlagewerk, das zur Annahme von Herausforderungen ermutigt und kreative Lösungen für die Anliegen der Schülerschaft fördert. Informationen zu unseren Angeboten für Schülervertreterinnen und Schülervertreter finden Sie hier: <https://www.freiheit.org/de/schuelervertretung>

#FEMALEFORWARD- NETZWERK

Empowerment verbindet



Das Vorgehen von Frauen in der Politik ist entscheidend für unsere Demokratie, und genau deshalb setzen wir uns seit Jahren aktiv dafür ein. Mit Freude präsentieren wir nun das neue #FemaleForward-Netzwerk unter der Schirmherrschaft von Dr. Maren Jasper-Winter.

Das #FemaleForward-Netzwerk wurde ins Leben gerufen, um die Verbindungen zwischen ehemaligen Teilnehmerinnen des Empowerment-Programms, Mentorinnen, Mentoren und politisch engagierten Frauen zu festigen und zu erweitern.

Der Start des Netzwerks erfolgte am Rande des Bundesparteitags der FDP im Frühjahr 2023. In einem inspirierenden Gespräch über Frauengesundheit erhielten die Teilnehmerinnen medizinische Einblicke und Erkenntnisse zur geschlechtsspezifischen Relevanz in der medizinischen Diagnostik und Behandlung. Ein weiteres Gespräch zum „Inklusiven Führen im Ehrenamt“ bot wertvolle Tipps für Funktionsträgerinnen und -träger, wie sie Politikinteressierte aktivieren und langfristig an ihren Verband binden können.

Das Netzwerken wurde bei einem gemeinsamen Frühstück mit Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin a. D., und Nicole Bauer MdB fortgesetzt. Hier tauschten ehemalige Teilnehmerinnen des Empowerment-Programms sowie Mentorinnen und Mentoren in entspannter Atmosphäre Erfahrungen aus und knüpften neue Kontakte. Im Laufe des Jahres fanden zudem digitale Workshops statt, bei denen ehemalige Teilnehmerinnen mit hochrangigen liberalen Politikerinnen über für sie relevante Themen diskutieren konnten.



Auftakttreffen des Empowerment-Jahrgangs 2023/2024 in Berlin

Ein Höhepunkt des Jahresprogramms war zweifelsohne die erste frauenpolitische Konferenz an der Theodor-Heuss-Akademie im Herbst. Hier standen die Themen Gender-Medizin und New Work im Fokus. In Kleingruppen erarbeiteten die Teilnehmerinnen wirkungsvolle Kampagnen für ihre ehrenamtliche politische Arbeit.

Das #FemaleForward-Netzwerk wird auch künftig durch die Ideen und das Engagement neuer Mitglieder wachsen. Die Teilnehmerinnen des Empowerment-Programms Jahrgang 2023/2024 – allesamt erfahrene Ehrenamtliche –

werden das Netzwerk durch ihre vielfältigen Perspektiven und ihr engagiertes Handeln weiter bereichern.

#FemaleForward soll künftig noch mehr als bisher als Sinnbild für Empowerment, Vernetzung und den kontinuierlichen Aufbau einer gestärkten Gemeinschaft dienen. ■

Erfahren Sie
mehr über
das Empowerment-
programm.



INTERNATIONALER AUSTAUSCH UND FORTBILDUNG

Die Besuchs- und Informationsprogramme der Abteilung Internationaler Austausch und Fortbildung (IAF) der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bieten Politikerinnen und Politikern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft aus verschiedenen Ländern ein Forum zum Austausch von Ideen und Erfahrungen in Deutschland und Europa.

Die Veranstaltungen der IAF, die in enger Zusammenarbeit mit den Projekten der Stiftung im Ausland konzipiert werden, bringen bekannte Expertinnen und Experten aus verschiedenen Themenfeldern, Meinungsführerinnen und Meinungsführer, engagierte junge Liberale und angehende Führungskräfte zusammen, um internationale Themen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu diskutieren. In diesem interkontinentalen, toleranten und freien Forum tauschen die Teilnehmenden spezifische Erfahrungen und Kenntnisse aus, entwickeln liberale Lösungen und schlagen gemeinsame Ansätze zur Förderung der geistigen Freiheit, der kulturellen Vielfalt und der globalen Beziehungen vor.

Dank ihrer multikulturellen Reichweite fördert die IAF die Toleranz zwischen Kulturen, Religionen und politischen Systemen und trägt so zur Konfliktverhütung und zum Frieden bei. Darüber hinaus stärkt sie die Verbindungen auf den Kontinenten und Regionen, auf denen die Stiftung Projekte durchführt. Teilnehmende an IAF-Aktivitäten werden zu Meinungsbildnerinnen und Meinungsbildnern in ihren eigenen Ländern und fördern liberale politische Ideen und Lösungen.

Im Jahr 2023 veranstaltete die IAF Seminare, um gezielt Frauen in ihrer Führungsrolle zu stärken. Das internationale Seminar „Empowering Women in Politics“ brachte 27 weibliche Führungskräfte aus 20 verschiedenen Ländern und vier Kontinenten zusammen. Zu dieser vielfältigen

Gruppe gehörten Universitätsstudentinnen, Nachwuchspolitikerinnen, Forscherinnen sowie erfahrene Veteraninnen, die in ihren jeweiligen politischen Parteien oder Institutionen Führungspositionen innehaben. Das Programm umfasste auch aufschlussreiche Exkursionen nach Bonn, Mainz und Frankfurt. Außerdem fand ein Informationsprogramm für führende Journalistinnen aus Kenia, Tansania und Simbabwe statt. Als leitende Frauen in afrikanischen Medienhäusern sind die meisten Journalistinnen einen steinigen Weg gegangen. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass sexuelle Belästigung zum Alltag gehört und ihre Kompetenzen ständig in Frage gestellt werden. Die Frauen entwickelten gemeinsam neue Ideen, wie sie sich in Zukunft besser auf solche Attacks vorbereiten können: sichere Passwörter, technischer Schutz der eigenen Daten und Geräte, eine starke Gemeinschaft aus Freundinnen und verbündeten weiblichen sowie männlichen Kollegen und das Einfordern von Loyalität durch den Arbeitgeber. Statt sich als Opfer auch noch rechtfertigen zu müssen, werden sie in Zukunft auf Strategien zurückgreifen, die ihre Rechte verteidigen, ihnen Stärke verleihen.

Ein weiterer Themenschwerpunkt der IAF bildete 2023 die Geopolitik. Vor dem Hintergrund weltweiter Bedrohungen für die liberale Weltordnung wie dem Anstieg von Populismus und den sich abzeichnenden Verschiebungen zwischen alten und neuen Weltmächten initiierte die IAF erstmals ein Seminar zur Geopolitik mit einem holistischen Ansatz. Themen wie die Konfrontation zwischen liberaler Demokratie und Autoritarismus, Vorstellungen einer multipolaren Weltordnung, gegenwärtige Kriegsführung und liberale Verteidigungspolitik, Währungskriege und finanzielle Repression sowie der Kampf um Ressourcen und in globalen Lieferketten standen im Mittelpunkt. In all diesen Bereichen werden zudem neue Waffen massiv eingesetzt: Cyberangriffe und die Verbreitung falscher Informationen – die Propaganda des 21. Jahrhunderts. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Autorinnen und Autoren sowie Politikerinnen und Politikern erörterte die internationale Teilnehmendengruppe die größten Bedrohungen, die Situation in ihren jeweiligen Ländern und mögliche liberale Lösungen. ■

Vertreter der Bundeswehr stellten im Seminar „Liberalism vs Geopolitics“ u.a. das von der Bundeswehr durchgeführte, interaktive Planspiel POL&IS vor, das politische, ökonomische und ökologische Aspekte der internationalen Politik berücksichtigt.



MEDIENFREIHEIT IM FOKUS

Das Internationale Journalisten- und Mediendialogprogramm (IJMD) der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) setzte 2023 seine Arbeit zur Förderung der weltweiten Medienfreiheit fort. Dabei unterstützte es Aktivitäten in Kooperation mit FNF-Auslandsbüros wie die Förderung der Myanmar-Exiljournalistenarbeit des Diasporaprojekts Mohinga Matters, die Neuauflage des Iveria-Journals in Georgien sowie Maßnahmen zur Stärkung der Medienfreiheit in Armenien und Kenia. Das Programm verfolgte weiterhin das Ziel, den unabhängigen Journalismus weltweit zu vernetzen und zu stärken.

Die Freiräume für Medienschaffende werden seit Jahren beschnitten und die Zahl der verfolgten Journalistinnen und Journalisten, die in Deutschland und in anderen EU-Staaten Zuflucht und berufliche Perspektiven suchen müssen, nimmt zu. Zwar ging die Zahl der getöteten Journalistinnen und Journalisten laut Statistik des IJMD-Partners Reporter ohne Grenzen im Jahr 2023 verglichen zum Jahr 2022 etwas zurück, global gesehen sind Medienschaffende auf der Flucht oder in Haft aber längst zur traurigen Normalität geworden. Viele geben ihren Beruf auf, um nicht selbst zum Werkzeug der von Machthabern verordneten Propaganda zu werden.

Das Medienfreiheitsprogramm der FNF widmet sich vor allem der Unterstützung von sechs Diasporagruppen in Deutschland, und zwar Exiljournalistinnen und -journalisten aus Belarus, Russland, Afghanistan, dem Iran, der Türkei und der Ukraine.

Nach der Zerschlagung von politischen Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind es oft Journalistinnen und Journalisten, die vom Exil aus daran erinnern, dass es in ihren Heimatländern einmal die Segnungen der Gewaltenteilung gab, Diktaturen verurteilt wurden und Angriffskriege

als Verbrechen galten. Sie sind es, die durch ihre publizistische, meistens investigative und gefährliche journalistische Arbeit zu verhindern versuchen, dass ihre Landsleute entmündigt und zu einem Sklavendasein im Interesse von kleinen, oft kriminellen Cliquen, die an der Macht sind, gezwungen werden. Die Aussicht auf positive, zukunftsorientierte und faire Veränderungen in den Machtstrukturen und -systemen beginnt mit dem freien Informationsfluss zu Herzen und Köpfen der einzelnen Menschen innerhalb von Gesellschaften, mit professionell erzeugten und korrekten Nachrichten, Berichten und Analysen.

Die für 2023 belegten Fälle von Überwachung mit der Pegasus-Software oder gar Giftanschlägen gegen im EU- bzw. deutschen Exil lebende russische Journalistinnen und Journalisten wie Galina Timtschenko, Jelena Kostjutschenko u. a. legen ein erschütterndes Zeugnis davon ab, wie brisant und bedrohlich ihre Arbeit auf die Machthaber wirkt, und dass sie offenbar selbst fern der Heimat vor dem Zugriff des geheimdienstlichen Terrors nicht sicher sein können. Zu feindlichen Agentinnen und Agenten, Extremistinnen und Extremisten erklärt, müssen sie mit ähnlichen Racheaktionen der Machtorgane rechnen wie die Überläufer aus diesen Machtapparaten in den Jahren zuvor. Auch diese Themen werden bei Konferenzen und Austauschveranstaltungen des IJMD und dessen Partnern mit Diasporamedienschaffenden erörtert. Im März 2023 sind über 180 Medienschaffende, Vertreterinnen und Vertreter von NGOs und aus der Politikszene, unter anderen aus Russland, Belarus, Israel, der Türkei, der Ukraine, Deutschland, den Exilzielländern der EU und aus den USA nach Potsdam zusammengekommen. Im September folgten ca. 100 afghanische Exiljournalisten der Einladung der Stiftung nach Berlin, um nur zwei solcher Events zu erwähnen. Die Exilmedien organisieren sich dort, bilden Selbstverwaltungs-

strukturen, werden zu eingetragenen Vereinen und schöpfen Kraft und Hoffnung, um mit ihrer überlebenswichtigen Arbeit weiterzumachen.

Das IJMD-Netzwerk von Medienschaffenden mit inzwischen über 500 Personen setzt mit Hilfe der in Deutschland und Brüssel agierenden Behörden, NGOs und Politikvertreterinnen und -vertretern die journalistische Arbeit für die Landsleute in der Heimat und an die Diasporagruppen im Westen gerichtet fort. Russische und belarussische Exil-Journalistinnen und -Journalisten aus diesem Netzwerk kooperieren mit deutschen und europäischen Medien (ARD, DW, ARTE, BILD, ZEIT, TSP etc.), um auch unsere Gesellschaften über die Gefahren eines naiven Kuschelkurses mit Despoten an der Macht oder über die Hintergründe des Krieges in der Ukraine zu informieren. Auch die IJMD-Publikationen über die Auswirkung der russischen Staatspropaganda, wie im Jahre 2023 „Russische Medien auf dem Balkan und ihre Rolle im Angriffskrieg gegen die Ukraine“ von Dr. Thomas Brey, tragen dazu bei.

Das Medienfreiheitsprogramm setzte sich 2023 dafür ein, die jüngeren Exil-Journalistinnen und -Journalisten in existierenden Fortbildungsmaßnahmen unterzubringen, beispielsweise dank Kontaktaufnahme zur Hamburg Media School, um diese so für den EU-Medienmarkt zu wappnen, und dadurch noch mehr Vernetzung sowie grenzübergreifenden Journalismus zu fördern. Mit festen Partnern wie dem International Press Institute gelingt es dem IJMD durch Studienprojekte und Publikationen, Wege aus den für den Journalismus krisenhaften Entwicklungen aufzuzeigen, indem der Lokaljournalismus gestärkt wird. Neue Ideen und Partnerschaften entstehen aus dem Gedankenaustausch und bestehenden Capacity-Building-Angeboten wie den jährlich organisierten M100-YEJ-Workshops. So stehen neue Organisationen wie JX Fund

in Berlin und MIXER Media in Warschau exemplarisch dafür, dass unter Beteiligung von und direkt aus IJMD-Initiativen heraus Impulse zustande kommen, um den Herausforderungen aus Verfolgung und Verbot von freien Medien mit innovativen Lösungsvorschlägen zu trotzen. Nur mit vereinten Kräften aller Akteure kann der unabhängige Journalismus seine Aktionsräume mental wie geographisch zurückerobern und zur wirksamen Abwehr von antidemokratischen Tendenzen beitragen. Es geht um das Festhalten an dem fundamentalen, uni-

versellen und UN-kodifizierten Menschenrecht – der Meinungsfreiheit, die stets zu Beginn einer jeden befreienden gesellschaftsrelevanten Entwicklung steht. Ganz deutlich wird dies, wenn beim Raif-Badawi-Talk der FNF am Rande der Frankfurter Buchmesse Journalistinnen aus der Türkei und aus Afghanistan für ihren Mut, als Frauen den Kampf um die Medienfreiheit mit dem um die Gleichberechtigung zu verbinden, gewürdigt werden, und auch den M100-Medien-Preis in der Orangerie vom Schloss Sanssouci in Potsdam nah-

men 2023 iranische Frauenrechts-Aktivistinnen entgegen.

Der freie und unabhängige Journalismus, dem keine radikal-ideologischen bzw. -religiösen Grenzen und auch kein blinder Führerkult vorgesetzt werden dürfen, gilt nach wie vor weltweit als Garant und Voraussetzung für die Gründung und den Fortbestand freier gleichberechtigter Bürgergesellschaften. Ohne ihn kann es keinen Wohlstand, keinen Rechtsstaat und somit auch keine Demokratie geben. ■

AFGHANISTAN: FRAUEN OHNE RECHTE

Frauenrechte in Afghanistan: Nach der Rückkehr der Taliban zeigt sich ein düsteres Bild. Das 2023 veröffentlichte Policy Paper „Das Recht auf Bildung für Frauen und Mädchen in Afghanistan“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit beleuchtet systematische Menschenrechtsverletzungen, den direkten Angriff auf Bildungsrechte für Frauen und die internationale Verantwortung zur Verbesserung der Situation.

Seit der Rückkehr der Taliban an die Macht in Afghanistan sind die demokratischen Fortschritte des Landes erheblich zurückgegangen, insbesondere für Frauen. Ein zentraler Eckpfeiler der Taliban-Herrschaft ist die Reduktion von Frauenrechten, vor allem bei Bildung: Schritt für Schritt wurde der Zugang von Mädchen und Frauen zu Bildungseinrichtungen eingeschränkt. Mädchen sind von der Sekundarstufe ausgeschlossen und seit dem 20. Dezember 2022 ist Frauen auch der Zugang zu Hochschulen verwehrt. Expertinnen und Experten haben zahlreiche Beweise für systematische Menschenrechtsverletzungen vorgelegt, insbesondere

im Rahmen der Sonderverfahren des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen.

Das Policy Paper zeigt auf, dass diese Verstöße trotz Afghanistans internationaler Verpflichtungen erfolgen. Denn als Mitglied der internationalen Gemeinschaft hat Afghanistan viele internationale Menschenrechtskonventionen und -verträge unterzeichnet und ratifiziert. Unabhängig von einer völkerrechtlichen Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft sind auch die Taliban verpflichtet, die Rechte der Frauen zu schützen. Doch das genaue Gegenteil ist der Fall.

Das Paper geht der Frage nach, welche Verantwortung die internationale Gemeinschaft hat, auch in Anbetracht der derzeitigen politischen Situation in Afghanistan. Danach bestehe eine internationale Verantwortung, nach Möglichkeiten zu suchen, die Situation der Frauen in Afghanistan zu verbessern. Diese Pflicht obliege vor allem den Ländern, die nach der Resolution 1378 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

mehr als zwanzig Jahre lang in diesem Land präsent waren. Konkret gebe es eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation afghanischer Mädchen und Frauen: Dazu gehörten die Nutzung der Möglichkeiten, die das Völkerrecht vorsieht, die Ausübung von diplomatischem Druck und die direkte Unterstützung afghanischer Mädchen und Frauen, beispielsweise durch die Förderung von Online-Universitäten. Nach Einschätzung des Autors sollten aber vor allem die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger die Rechte der Frauen nicht nur als Beiwerk, sondern als integralen Bestandteil der internationalen Politik ernst nehmen. ■

Lesen Sie hier die Publikation „Das Recht auf Bildung für Frauen und Mädchen in Afghanistan“.



ARCHIV DES LIBERALISMUS – FREIHEIT IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE

Rückblick auf ein Jahr historischer Meilensteine und engagierter Forschung

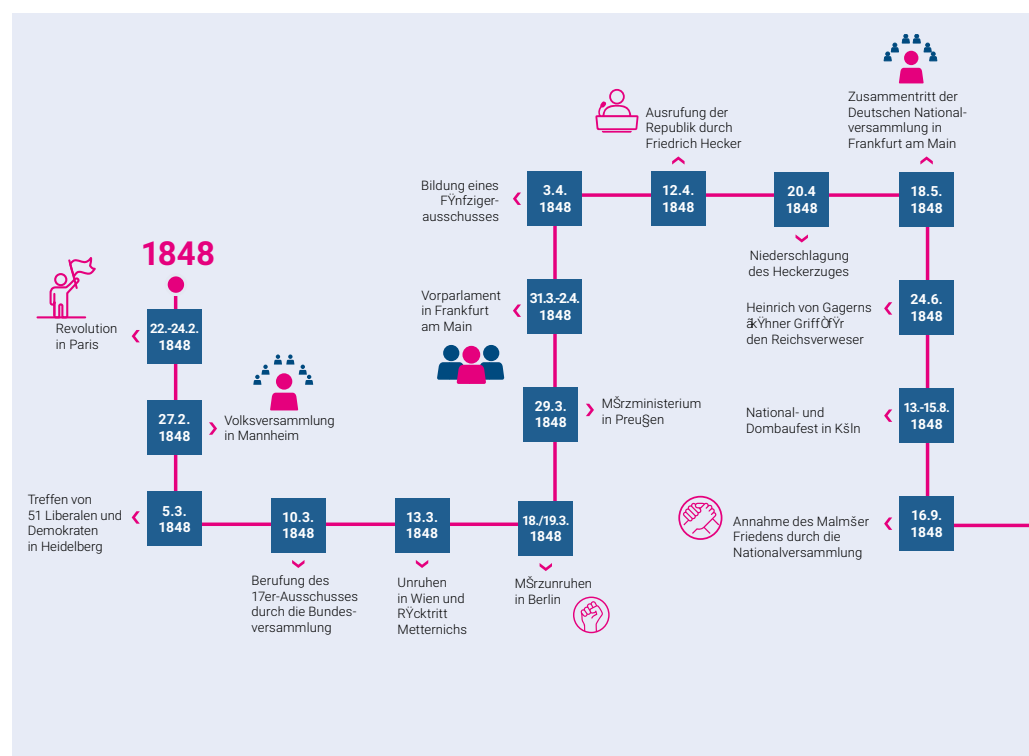
Das Jahr 2023 war geprägt von mehreren bedeutsamen Jubiläen in der Geschichte des Liberalismus. Die Revolution von 1848/49 jährte sich zum 175. Mal, das Krisenjahr 1923 wurde aus der Perspektive eines Jahrhunderts betrachtet und die FDP-Bundespartei feierte ihr 75-jähriges Gründungsjubiläum. Das Archiv des Liberalismus und seine Historiker trugen entscheidend zur Forschung, zur Public History und zur dauerhaften Archivierung bei.

Die Anfragen an das Archiv zu diesen drei Themen – insbesondere zu einzelnen liberalen Politikern in der Deutschen Nationalversammlung von 1848/49, der Rolle von Gustav Stresemann im Krisenjahr 1923 und der Bedeutung der Freien Demokraten in der bundesdeutschen Geschichte – erreichten eine dreistellige Zahl. Über 500 Anfragen zu den Gummersbacher Beständen wurden beantwortet, während sowohl analoge als auch digitale Unterlagen neu ins Archiv gelangten. Flugblätter und Plakate wurden digitalisiert und eine Vielzahl analoger Dokumente haben Archivmitarbeitende in der Bestandserhaltung bearbeitet.

Die Historiker des Archivs, Prof. Dr. Ewald Grothe und Dr. Wolther von Kieseritzky, organisierten Tagungen und hielten Vorträge zu verschiedenen Themen, darunter das Projekt „75 Jahre Israel“. Etwa fünfzig Veranstaltungen hat das Archiv unterstützt oder selbst durchgeführt. Die Vorträge zur Revolution von 1848/49 erstreckten sich über Städte und Gemeinden in nahezu allen Regionen Deutschlands, hier mit einem Schwerpunkt im Südwesten.

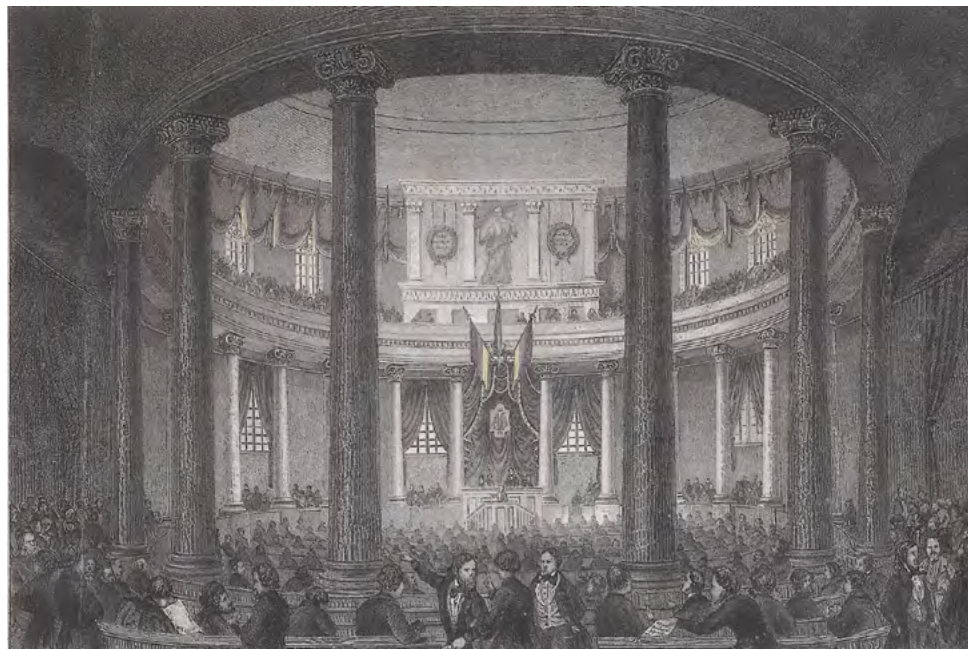
Das Archiv war aktiv an verschiedenen Konferenzen beteiligt, darunter eine zentrale Konferenz am Tagungsort der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main, wo Grothe einen Beitrag zur Grundrechtsdiskussion hielt und von Kieseritzky über den Platz der Revolution in der liberalen Erinnerungskultur sprach. Ebenso trug Grothe zu einer Tagung am bedeutendsten liberalen Erinnerungsort des Vormärz, dem Hambacher Schloss, mit einem Referat zum Thema „Legalisierung der Revolution – Die Politik der Liberalen in den Jahren 1848/49“ bei. Zusätzlich wurden auf dem diesjährigen Kolloquium zur Liberalismus-Geschichte an der Universität Frankfurt am Main viele Ergebnisse der aktuellen Forschung in 15 Vorträgen vorgestellt. Den Abendvortrag hielt Dieter Langewiesche von der Universität Tübingen, einer der herausragenden Liberalismus-Forscher des 20. und 21. Jahrhunderts.

Mit einer hochkarätig besetzten Konferenz und einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin beleuchtete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Jahr 2023 die Leistungen von Gustav Stresemann im Krisenjahr 1923. Die Verdienste des bislang einzigen liberalen Kanzlers in der deutschen Geschichte um die Rettung von Staat, Demokratie und Wirtschaft in seiner knapp hunderttägigen Regierungszeit lohnen, eingehender gewürdigt zu werden. Denn Stresemann gelang es, die Bedrohungen der Republik durch links- und rechtsextremistische Kräfte abzuwehren, die Inflation erfolgreich durch eine Währungsreform zu bekämpfen, den Ruhrkampf zu beenden und dem rheinischen Separatismus Einhalt zu gebieten. Trotz der Bewältigung dieser vielfältigen Krisen dauerte seine Amtszeit als Regierungschef nur kurz, da ihm die Sozialdemokraten nach nur gut 100 Tagen das Vertrauen entzogen.



Reichspräsident Friedrich Ebert stellte gegenüber seinen Parteifreunden fest: „Was euch veranlasst, den Kanzler zu stürzen, ist in sechs Wochen vergessen, aber die Folgen eurer Dummheit werdet ihr noch zehn Jahre lang spüren.“ Leider sollte er Recht behalten. Den Festvortrag in Anwesenheit der beiden Stiftungsvorsitzenden und weiteren 150 Gästen hielt der renommierte Staatsrechtler Udo Di Fabio. Die lebhaften Diskussionen verdeutlichten, wie stark die Geschichte in die Gegenwart hineinreicht.

Ein weiterer liberaler Politiker, der 1922 ermordete Außenminister Walther Rathenau, stand im Mittelpunkt des 35. Jahrgangs des „Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung“. Zusätzlich widmeten sich Aufsätze in einem Sammelband von Grothe der Geschichte der Weimarer Republik und einzelner Akteure wie Friedrich Naumann, Hugo Preuß und Moritz Julius Bonn. Der Sammelband mit 18 Aufsätzen aus seiner Feder trägt den Titel „Freiheitliche Ideen: Der schwierige Weg zur liberalen Demokratie“. Mitarbeitende des Archivs waren nicht nur an den Feierlichkeiten historischer Höhepunkte beteiligt, sondern nahmen auch an bedeutenden Fachtagungen teil. Dies umfasste unter anderem eine eigene Sektion in Zusammenarbeit mit dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung auf dem Deutschen Historikertag in Leipzig. Zudem



Das Erste Deutsche Parlament in der Paulskirche zu Frankfurt a.M.

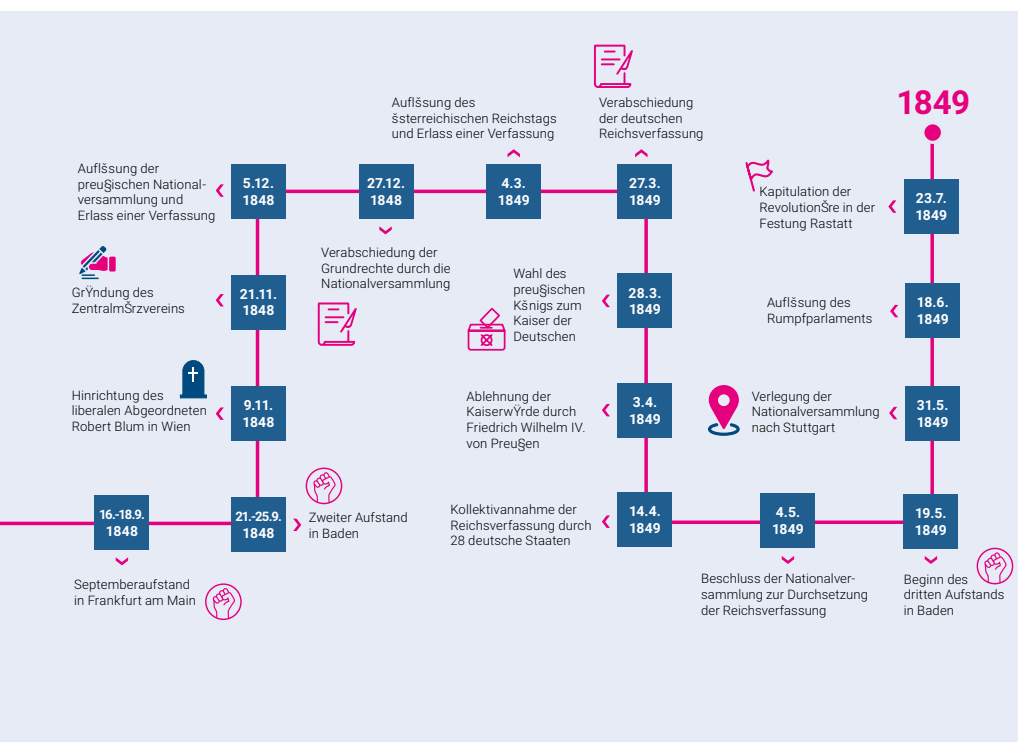
organisierten und moderierten Archivmitarbeitende die Fachgruppensitzung für Partei- und Parlamentsarchive auf dem Deutschen Archivtag in Bielefeld. Die internationale Tagung der Section for Archives of Parliaments and Political Parties fand 2023 in der Knesset in Jerusalem statt. Hier präsentierte Archivarleiter Grothe das Videointerviewprojekt des Archivs, bei dem seit 2017 fast 20 bedeutende liberale Politikerinnen und Politiker nach ihren politischen Erfahrungen und Erlebnissen befragt wurden. Während des Aufenthalts in Israel Ende Mai fand auch ein aufschlussreiches

Gespräch mit dem ehemaligen israelischen Innenminister Natan Scharanski statt. Das Videoprojekt mit liberalen deutschen Politikern wurde durch eine Befragung des früheren FDP-Wirtschaftsministers Helmut Haussmann fortgesetzt.

Das Jubiläum der Gründung der FDP-Bundespartei wurde mit einer Festveranstaltung unter dem Motto „75 Jahre für die Freiheit“ in den Räumlichkeiten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften gefeiert. Auf dem Podium diskutierte Archivarleiter Grothe mit dem australisch-britischen Historiker Prof. PhD Christopher Clark, dem Regius Professor für Geschichte an der University of Cambridge. Gemeinsam skizzierten die beiden Forscher die Meilensteine des Liberalismus von der Vergangenheit bis heute.

In Heppenheim, dem historischen Ort der Gründung vor 75 Jahren, moderierte von Kieseritzky ein Gespräch mit der Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger zur Parteienentwicklung in historischer Perspektive.

Mit ihrer Forschung, Public History und Archivarbeit vermittelt das Archiv des Liberalismus die Bedeutung von Forschungsergebnissen sowohl an bestehende wie auch neue Zielgruppen. ■



SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND GLOBALER WOHLSTAND

- ZUKUNFTSFORUM24: DEUTSCHLANDS WEG ZU MEHR INNOVATION
- MIGRANT FOUNDERS MONITOR 2023
- GLOBALER SÜDEN: DIE VIRTUELLE MIGRATION
- DEUTSCHLAND BRAUCHT EIN UPDATE FÜR MOBILITÄT UND INFRASTRUKTUR
- SO KOMMT DEUTSCHLAND AUS DER BAUKRISE
- NATIONALE INNOVATIONSAGENTUREN



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

DEUTSCHLAND BRAUCHT WACHSTUM

„Is Germany once again the sick man of Europe?“ Diese rhetorische Frage stellte THE ECONOMIST in einem Leitartikel am 17. August des letzten Jahres. Er verglich die wirtschaftliche Lage des Landes mit der kritischen Situation im Jahr 1999, als zum Ausklang des Jahrhunderts ebenfalls von Deutschland als dem kranken Mann Europas gesprochen wurde. Damals waren die zentralen Probleme des Landes die viel zu hohe Arbeitslosigkeit, der zu großzügige Wohlfahrtsstaat und die enormen Folgekosten der deutschen Einheit.

Diesmal, rund 25 Jahre später, ist es das fehlende Wachstum. Die deutsche Wirtschaft stagniert oder schrumpft. Jedenfalls wächst sie nicht. Auch im längerfristigen Trend sieht es düster aus: Die fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute prognostizierten jüngst eine Zunahme des Produktionspotenzials von gerade mal 0,5 Prozent pro Jahr bis gegen Ende des laufenden Jahrzehnts.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Allen voran steht die demografische Entwicklung: Die Generation der Babyboomer, geboren etwa zwischen 1955 und 1970, beginnt in Massen aus dem Arbeitsmarkt auszuscheiden. Es ist quantitativ die größte Generation, die Deutschland je hatte. Qualitativ bildet sie, was technische Berufe betrifft, das Rückgrat der deutschen industriellen Ingenieurskunst. Sie wird ersetzt durch eine viel kleinere Generation, die am Arbeitsmarkt nachrückt und der Technik eher weniger zugeneigt ist. Darunter wird die Innovationskraft der Wirtschaft leiden.

Aber nicht nur das: Es wird überall an Arbeitskräften fehlen, selbst an weniger Qualifizierten. Schon heute liest man an fast jedem Lastwagen: Fahrer gesucht; an jeder Gaststätte: Hilfskraft gesucht; bei jedem Handwerker: Auszubildende und Mitarbeiter gesucht. Diese Knappheit von Arbeitskräften hat auch ihre schönen Seiten: Nichts ist psychologisch besser für die Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten, als dass alle gebraucht werden; und nichts motiviert Unternehmen mehr, günstige Arbeitsbedingungen und Löhne anzubieten. Auch der Einsatz neuer Technologien wie Künstliche Intelligenz kann davon profitieren, denn deren Hilfe bei intellektueller Routinearbeit ist dann für alle Beteiligten besonders willkommen.

Gleichwohl drohen Wohlstand und Lebensqualität verloren zu gehen, wenn essenzielle Arbeit und Dienste nicht mehr in gewohnter Menge und Qualität zur Verfügung stehen. Wir müssen also intelligent gegensteuern. Die Frage ist: wie? Die politische Antwort lautet: durch eine offensive Wachstumspolitik, die alle Engpässe des Angebots aufbricht. Am Arbeitsmarkt heißt dies: mehr intelligente Zuwanderung, die zu unserem Bedarf passt, flexiblere und längere Wochen- und Lebensarbeitszeiten, finanzielle und steuerliche Anreize für Mehrarbeit, neue Modelle des späteren – und flexibleren – Eintritts in den Ruhestand, bessere Chancen für die Erwerbsbeteiligung von Frauen, mehr Möglichkeiten des Home-Office. Kurzum: An der vielbeschworenen Work-Life-Balance kann weiter gebastelt werden, aber bitte nicht durch starre Regeln der Verkürzung von Arbeitszeit, sondern eher durch intelligente Methoden ihrer Ausweitung. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt – weder für den Gesetzgeber und Steuerstaat noch für die Tarifparteien und Betriebsräte.

Jenseits des Arbeitsmarktes warten weitere zentrale Aufgaben der Ausweitung und Flexibilisierung des gesamtwirtschaftlichen Angebots. Ganz oben steht dabei der Abbau von Bürokratie, die in Deutschland inzwischen ein Ausmaß erreicht hat, das fast überall in der Gesellschaft Initiativen lähmt – von der Agrarwirtschaft mit ihren überbordenden Regelwerken, die ökologisch motiviert sind, bis hin zur forschungsnahen Startup-Community, die sich übermäßig regulierten Finanz- und Arbeitsmärkten gegenübersteht. Hinzu kommen die Schwächen der deutschen Infrastruktur: vom Verkehr auf Straßen und Schienen bis hin zur Digitalisierung in entlegenen ländlichen Räumen. Hier gibt es zwar in jüngster Zeit erkennbare Fortschritte, aber der Weg zu einem angebotspolitischen Durchbruch ist noch weit.

All dies ist möglich, ohne den finanziellen Rahmen, den die deutsche Schuldenbremse setzt, zu verlassen. Voraussetzung ist natürlich, dass die Prioritäten klar gesetzt werden: von Staatskonsum, Subventionen und Transfers zu Investitionen. Die Schuldenbremse ist dabei sogar hilfreich, denn sie zwingt zur Prioritätensetzung. Sie stärkt dadurch die Bonität der öffentlichen Schuldner und verhindert eine Inflation der Kreditkosten. ■

ZUKUNFTSFORUM24: DEUTSCHLANDS WEG ZU MEHR INNOVATION

„Innovationen sind der Schlüssel zu unserem Wohlstand und unserer Lebensqualität“, eröffnete Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, das Zukunftsforum24. Deutschland könne auf seine Erfindungen und Entdeckungen stolz sein, die die Welt nachhaltig verändert haben.

Innovation sei nicht nur eine Frage von Technologie, sondern beinhalte auch eine kulturelle Dimension, die gelernt und gelebt werden müsse. Deutschland habe jedoch schon immer ein zwiespältiges Verhältnis zum technischen Fortschritt gehabt: „Gentechnik, Atomkraft und Künstliche Intelligenz werden in Deutschland selten als Errungenschaft und viel öfter als Bedrohung aufgefasst“, so Paqué. Dabei betonte er die positive Sicht auf Unternehmertum und Erfindungsgeist als liberales Alleinstellungsmerkmal und mahnte, dass Innovationspolitik eine gesamtgesellschaftliche Verankerung benötige. Um dies zu gewährleisten, brauche es eine „starke Bildung, eine gute Forschungsförderung, eine offene Gesellschaft, eine mutige Politik und auch Einwanderung von Menschen, die sich an diesem Prozess beteiligen.“

Die Angst vor technologischem Fortschritt spiegle sich auch im internationalen Vergleich wider. „Deutschland fällt im Wettlauf um Innovation zurück“, warnte Bettina Stark-Watzinger, Bundesministerin für Bildung und Forschung. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, brauche es Haltung, Technologieoffenheit und Transfer. „Die German Angst ist eine kollektive Prägung, die uns lähmt. Angst hat Konsequenzen auf das, was sich erreichen lässt. Wir müssen diese Zukunftsangst überwinden. Wir brauchen Mut, Freiräume für das Ausprobieren, Lust auf Zukunft und Ak-



Das Zukunftsforum24 stand unter dem Motto „Innovationen – Treibstoff für den Wohlstand von morgen“.

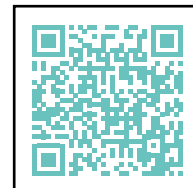
zeptanz zum Scheitern“, so Stark-Watzinger. Um das zu erreichen, müsse Erfindergeist in den Köpfen wachsen und Teil der Ausbildung werden.

Prof. Dr. Andreas Zaby, Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, betonte die existenzielle Bedeutung der Förderung in der Hochschulbildung, insbesondere in den MINT-Fächern. Auf dem Panel „Wachstum durch Freiheit, Innovation – und den Staat?“ wurde hervorgehoben, dass es wichtig sei, „aus der schulischen Bildung heraus gegenzusteuern, sodass die Schülerinnen und Schüler Spaß daran haben, in diese Fächer hineinzugehen“.

Rafael Laguna de la Vera, Direktor der Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND, kritisierte, dass junge Menschen in ein schulisches und universitäres Konzept gedrängt würden. Catharina Bruns, Unternehmerin und Autorin, betonte, dass Innovation nicht nur aus Hochschulen komme, sondern auch durch Entrepreneurship Bildung in der Schule gefördert werden könne.

„Eigentlich haben wir eine ganze Menge Positiva in Deutschland“, merkte Paqué in seinem Schlusswort an. Er bezog sich dabei auf die guten finanziellen Ressourcen Deutschlands, die vorhandenen Bildungsinstitutionen sowie den freien und kostenlosen Zugang zu diesen. ■

Videos zu den Panels:



MIGRANT FOUNDERS MONITOR 2023

Mit dem Migrant Founders Monitor rücken der Bundesverband Deutsche Startups und die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Verbindung von Migration und Innovation in den Fokus. Der neue Report zeigt, was Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund auszeichnet, welche Rolle sie im deutschen Start-up-Ökosystem spielen und mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert sind.

Migrant Founders, also Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund, sind ein wichtiger Bestandteil des Start-up-Ökosystems. Um sie und ihre Erfahrungen und Beiträge besser zu verstehen, führen der Bundesverband Deutsche Startups und die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seit 2021 jährlich eine Befragung durch. Die Ergebnisse werden im Migrant Founders Monitor dokumentiert und zeigen, dass gerade Migrant Founders der ersten Generation Wachstumsimpulse geben und überdurchschnittlich gut gebildet sind. Talentierte Mitarbeitende lindern den Druck des Fachkräftemangels für Unternehmen, während ambitionierte Gründerinnen und Gründer wertvolle Impulse für Innovation und Wachstum leisten. Migrant Founders sind überdurchschnittlich ambitioniert und machen die deutsche Wirtschaft internationaler. Sie stehen aber auch vor besonderen Hürden mit Blick auf Bürokratie und Finanzierung.

Mit einem Anteil von 21 Prozent machen Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund einen signifikanten Teil des deutschen Start-up-Ökosystems aus – zudem haben 6 von 10 deutschen Start-ups mit Milliardenbewertung mindestens einen Migrant Founder im Gründungsteam. Dabei zeigt sich, dass sie in allen Branchen und Bundesländern aktiv sind, wobei die Verteilung stark durch die Internationalität und Bevölkerungsstruktur der jeweiligen Standorte geprägt ist. Ebenfalls 6 von 10 Migrant Founders sind Gründerinnen und Gründer erster Generation – sie sind im Ausland geboren und verfügen über eigene Migrationserfahrung. Gerade in dieser Gruppe zeigen sich Stärken, Potenziale und bestehende Hürden besonders deutlich.

HOCHSCHULEN UND ARBEITSMARKT ZIEHEN INTERNATIONALE GRÜNDUNGSTALENTE AN

Ein Drittel der Migrant Founders erster Generation ist für das Studium nach Deutschland gekommen – was die internationale Anziehungskraft der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft bestätigt. Auch die Stärke des Arbeitsmarktes wird sichtbar: 22 Prozent der Gründerinnen und Gründer sind für einen Job ins Land gekommen. 8 Prozent der Befragten kamen nach Deutschland, um hier zu gründen: Dieser eher niedrige Anteil verweist auf Möglichkeiten zur gezielten Verbesserung.

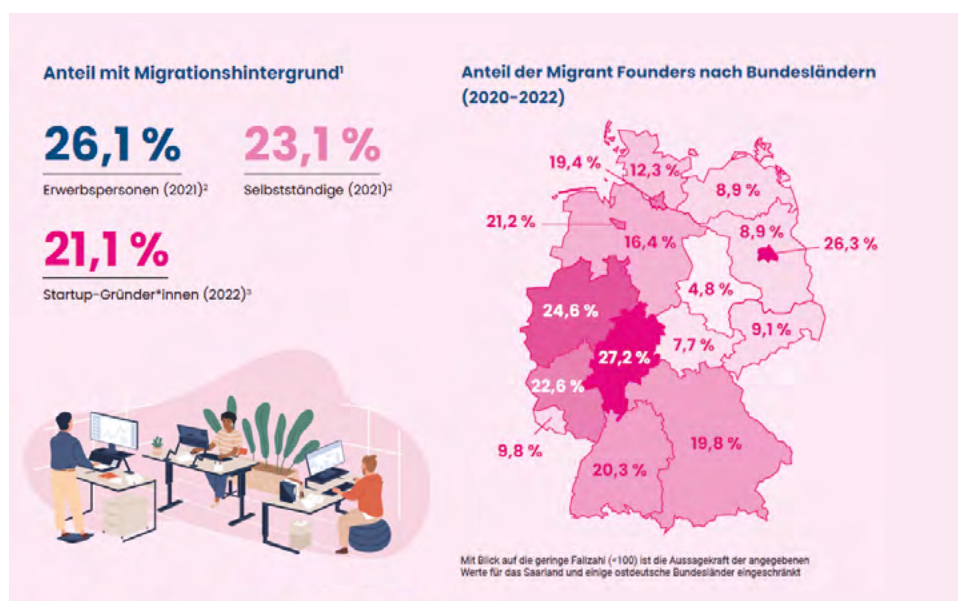
BARRIEREN BEI BÜROKRATIE UND BANKEN ABBAUEN

42 Prozent der Migrant Founders erster Generation sehen sich im Kontakt mit Behörden und Ämtern im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund im Nachteil. Kritisiert werden komplexe Vorgänge und fehlende Digitalisierung, vor allem im internationalen Vergleich. Das führt für Gründerinnen und Gründer zu einem höheren Kosten- und Zeitaufwand, weil zusätzliche Dienstleistungen wie Übersetzungen fällig sind. Von einem Drittel wird auch der Kontakt mit Banken als schwierig eingeschätzt – hier kommen ähnliche Herausforderungen wie bei den Behörden zum Tragen. Potenzial von Migrant Founders nutzen Drei Viertel der Gründerinnen und Gründer erster Generation sind sogenannte

High Potentials – sie verfügen über einen akademischen Abschluss und verfolgen ambitionierte Wachstumspläne für ihr Unternehmen. Gerade mit Blick auf Venture Capital (VC) als zentrale Wachstumsressource werden die Ambitionen der High Potentials erster Generation klar sichtbar: 73 Prozent streben eine VC-Finanzierung an, für Start-ups insgesamt liegt dieser Wert bei 44 Prozent. Das unterstreicht, dass Barrieren für Migrant Founders abgebaut werden müssen, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland weiter zu erhöhen.

MIGRANT FOUNDERS DENKEN INTERNATIONAL

Vor allem die Gründerinnen und Gründer der ersten Generation zeichnen sich zudem durch eine deutlich internationalere Ausrichtung ihres Unternehmens als die Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund aus: So erwirtschaften sie mit 33 Prozent bereits einen größeren Anteil ihrer Umsätze im Ausland als Start-ups insgesamt (20 Prozent). Zudem stammen im Schnitt die Hälfte ihrer Beschäftigten aus dem Ausland (28 Prozent bei Start-ups insgesamt) und 23 Prozent der Mitarbeitenden haben ihren primären Arbeitsort außerhalb Deutschlands (11 Prozent bei Start-ups insgesamt). Hier wird deutlich, dass diese Gründerinnen und Gründer ihren Blick stärker auf internationale Märkte richten und auch beim Thema Talente breiter aufgestellt sind. ■



GLOBALER SÜDEN: DIE VIRTUELLE MIGRATION

Die Kenianerin Jane Odhiambo kommt meist erst gegen 15 Uhr an ihren Schreibtisch in Nairobi. Dann beginnen die ersten Meetings mit ihrem Arbeitgeber in den USA. Odhiambo arbeitet als Teamleiterin für einen amerikanischen Headhunter. Ihr siebenköpfiges Team sitzt in Ägypten, Ghana, Südafrika und Pakistan. Sie ist die einzige Mitarbeiterin in Kenia. Im Auftrag ihrer Firma sucht sie Fach- und Führungskräfte für Kunden aus den USA. Ihre Vorgesetzten, Kolleginnen und Kollegen sowie Kundinnen und Kunden trifft Odhiambo nur virtuell. Trotzdem funktioniert das Modell – auch für Odhiambo. Sie wurde erst vor einem halben Jahr befördert und verdient jetzt umgerechnet 3.500 US-Dollar im Monat – in Kenia ein exzellentes Gehalt.

Das Beispiel illustriert ein Phänomen, das für immer mehr Arbeitgebende und Arbeitnehmende Realität ist. Angesichts des Fachkräftemangels werden Unternehmen in den traditionellen Industriestaaten erfinderisch. Bei der Suche nach Mitarbeitenden wenden sie ihren Blick ins Ausland. Immer häufiger werden sie im globalen Süden fündig, wo eine zunehmend gut ausgebildete Generation von jungen Arbeitskräften auf Chancen wartet.

Das Thema ist akut wie nie zuvor. Jahrzehntlang wurde über die Folgen des demografischen Wandels gesprochen, jetzt kommt das Problem mit voller Wucht bei den Unternehmen an. Die ersten Jahrgänge der Babyboomer-Generation verabschieden sich in den Ruhestand. Die offenen Stellen, die sie hinterlassen, sind immer schwerer zu besetzen. In Deutschland und anderen Ländern des Nordens fehlen die jungen Menschen, die die Jobs übernehmen könnten. „Arbeiterlosigkeit“ ist die zentrale Herausforderung für immer mehr Branchen – nicht nur in der IT, der Pflege und der Gastronomie.

Die Bundesregierung hat das Problem auf dem Radar. Bei Besuchen in Lateinamerika, Afrika und Asien werben Bundeskanzler Scholz und seine Ministerinnen und Minister offensiv um Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt. Mit einem halben Dutzend Ländern verhandelt die Regierung über Abkommen zur Fachkräftemigration. Doch der wirtschaftlich sinnvolle Zuzug von Hunderttausenden Arbeitskräften wirft Probleme auf.

Nach der Aufnahme von Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan und der Ukraine mehren sich in Deutschland und anderen Staaten Europas die Stimmen, die den Zuzug von Menschen begrenzen oder am liebsten ganz stoppen wollen. Die Sorge vor der vermeintlichen Überfremdung macht vielen Bürgerinnen und Bürgern Angst und treibt die Umfragewerte der AfD in die Höhe. Können wir in der Situation wirklich eine große Zahl von Fachkräften aus dem globalen Süden ins Land holen und integrieren?

Auch aus dem Süden gibt es Kritik: Das Abwerben der bestqualifizierten Arbeitskräfte durch den Norden sabotiert die eigene wirtschaftliche Entwicklung, so der Vorwurf. Stichwort Brainrain.

Diese Probleme lassen sich vermeiden, wenn Nachfrage und Angebot von Arbeit nicht durch Wanderung zusammenkommen, sondern über digitale Netze. Fachkräftemigration ohne Migration sozusagen. Das Beispiel von Jane Odhiambo zeigt, wie gut dieses Modell funktionieren kann.

Dabei geht es nicht nur um Callcenter-Jobs, die schon seit vielen Jahren zigtausendfach nach Indien und Osteuropa verlagert werden. Viele Verwaltungsaufgaben, die Buchhaltung, Kundenbetreuung, aber auch die Produktentwicklung, Teile des Marketings sowie IT-Leistungen von der Software-Entwicklung bis zum

Support lassen sich von virtuellen Teams bearbeiten. Wo die Schreibtische der Teammitglieder stehen, spielt keine Rolle. Wichtig ist nur der Anschluss an ein stabiles Breitbandnetz.

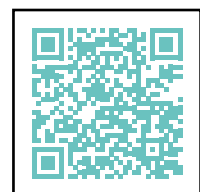
Viele Unternehmen, besonders die großen, haben das Potenzial von grenzübergreifendem Business-Process-Outsourcing (BPO) für sich erkannt, andere denken zumindest darüber nach. Spezialisierte Dienstleister helfen insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen – etwa dabei, arbeitsrechtliche Hürden zu überwinden.

Für die Länder des Südens hat das Modell ebenfalls entscheidende Vorteile. Qualifizierte und gut bezahlte Jobs helfen nicht nur den Beschäftigten selbst. Ihr Konsum im Heimatland ist Einnahmequelle für andere. So entsteht ein Multiplikator-Effekt, der weitere Arbeitsplätze schafft und damit Steuer- und Sozialabgaben generiert. Das Angebot von qualifizierten Arbeitskräften im Land stärkt zudem die Attraktivität des Standorts. So können die Jobs in der digitalen Welt mittelfristig auch dazu beitragen, ausländische Investitionen ins Land zu holen und analoge Jobs zu schaffen.

Was bisher aber fehlt, ist Unterstützung seitens der Politik. Diese neue Form der Arbeitsteilung ist noch nicht auf der politischen Tagesordnung angekommen. Entsprechend mangelt es an Konzepten und vielfach auch an Daten. ■

Von Stefan Schott, Projektleiter für Ostafrika der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Leiter des Global Partnership Hub

Den vollständigen Text lesen Sie in der Liberal 04/2023.



DEUTSCHLAND BRAUCHT EIN UPDATE FÜR MOBILITÄT UND INFRASTRUKTUR

Um das volle Wirtschaftspotenzial Deutschlands zu entfalten, bedarf es grundlegender Verbesserungen der Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich Infrastruktur und Mobilität. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat deshalb im Jahr 2023 einen besonderen Fokus auf diese beiden Themen gelegt. Ziel war es, aktuelle Probleme zu identifizieren und Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft aufzuzeigen.

Die deutsche Wirtschaft erlebte 2023 mehr als eine Konjunkturdelle: Viel deutet darauf hin, dass die größte Volkswirtschaft Europas in strukturellen Problemen steckt. Um das volle Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft wieder zu entfalten, sind grundlegende Verbesserungen der Rahmenbedingungen unerlässlich, wie etwa Steuererleichterungen und der spürbare Abbau von Bürokratie. Ebenso wichtig ist ein moderner Staat, der hier ansässigen Unternehmen eine optimale Wachstumsumgebung bietet.

Ein zentraler Aspekt dabei ist die bereitgestellte Infrastruktur, besonders im Verkehrsbereich. Als führende Wirtschafts- und Handelsnation in Europa ist Deutschland in besonderem Maße auf eine hochwertige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Umso schlimmer ist der Befund, wenn man einen genaueren Blick auf deren Qualität wirft. Es ist besorgniserregend, dass Deutschland im internationalen Vergleich der Straßenqualität den 22. Platz belegt und damit deutlich hinter Nachbarländern wie den Niederlanden, Österreich, Dänemark und Frankreich zurückliegt. Gleichzeitig sehen 80 Prozent der deutschen Unternehmen ihre Geschäftsabläufe durch die marode Infrastruktur in Deutschland gefährdet. Mit ihrem Fokus auf Infrastruktur und Mobilität hat die Stiftung im Jahr 2023

drängende Probleme identifiziert und Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft entwickelt.

Ein Highlight mit großer Strahlkraft war der Mobilitätskongress im Mai, auf dem Themen wie Infrastrukturausbau, autonomes Fahren und innovative Mobilitätslösungen für Stadt und Land diskutiert wurden. Neben einer Rede des Bundesministers für Digitales und Verkehr (BMDV), Volker Wissing, sprachen auch die beiden Parlamentarischen Staatssekretäre des BMDV, Oliver Lusic und Michael Theurer, auf den Panels. Hochkarätige Podiumsgäste, wie die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie e. V. Tanja Gönner, der ADAC-Präsident Christian Reinicke und der damalige Präsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes Reinhard Quast, betonten die zentrale Bedeutung von Mobilität und Infrastruktur für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Als Beitrag der wissenschaftlichen Politikberatung wurde die Studie „Metropolenumfrage“ zur Lebenszufriedenheit in Berlin, Madrid und Sofia zu Beginn des Jahres 2023 veröffentlicht. Unter den drei europäischen Hauptstädten ging Madrid als Gewinner hervor, während Berlin vor allem mit Herausforderungen wie bezahlbarem Wohnraum kämpft: Mit 69 Prozent empfinden mehr als zwei Drittel der Berlinerinnen und Berliner den Wohnungsmangel als echtes Problem. Eher überraschend sprachen sich die Befragten in Berlin mehrheitlich gegen autofreie Innenstädte aus und befürworteten den Ausbau von Straßen.

Das Policy Paper „Stadt, Land, Spaltung“ widmete sich insbesondere den ländlichen Räumen in Deutschland und untersuchte die mögliche Spaltung zwischen Stadt und Land. Die Ergebnisse sind überraschend: In einigen Berei-

chen (z. B. bei der Arbeitslosigkeit) hat es sogar eine Angleichung zwischen Stadt und Land gegeben. Und der Vormarsch des mobilen Arbeitens bietet dem ländlichen Raum in den nächsten Jahren ungeahnte Chancen. Hierfür müssen jedoch die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Es braucht eine bestmögliche digitale Infrastruktur auch abseits der Speckgürtel, einen Abbau unnötiger Bürokratie, eine moderne Verkehrsinfrastruktur, um Stadt und Land optimal zu verbinden, eine serviceorientierte Verwaltung und eine Politik, die den Erwerb von Wohneigentum unterstützt sowie dem ländlichen Raum die notwendigen Freiheiten zugesteht.

Das Rechtsgutachten „Staatsziel Infrastruktur“ betonte die zukünftige Bedeutung der Infrastruktur. Dr. Michael Sitsen und Dr. Kerstin Bogusch von der Kanzlei Orth Kluth sehen in ihrem Gutachten eine eindeutige Möglichkeit, den Klima- und Umweltschutz mit dem Infrastrukturausbau zu vereinen. Aus Sicht der Autorin und des Autors braucht es hierfür ein Update für unser Grundgesetz: ein Staatsziel Infrastruktur. Dies würde dem Infrastrukturausbau eine höhere Priorität einräumen und alle drei Staatsgewalten in die Pflicht nehmen, für eine zeitgemäße Infrastruktur zu sorgen.

Die Studie „Emerging Urban Mobility“ des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation richtete ihren Fokus auf städtische Mobilitätslösungen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die voranschreitende Urbanisierung stellt die dortigen Städte vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Verkehrsinfrastruktur: Repräsentative Befragungen etwa in Indonesien, Marokko und Mexiko verdeutlichen, dass das Auto auch zukünftig eine bedeutende Rolle spielen wird. Auf dem Weg zu klimafreundlicher Mobilität könnte eine erhebliche

Nachfrage nach alternativen Kraftstoffen in diesen Ländern entstehen. Die Best-Practice-Lösungen der Studie zeigen eindrücklich, mit welcher Innovationsbereitschaft und welchem Erfindergeist diese Länder agieren.

Die hohe Innovationsfähigkeit eines Landes bemerkten auch die Besucherinnen und Besucher auf einem mehrtägigen Workshop in Marrakesch. Den Besuch organisiert hatte das Liberale

Institut in Kooperation mit dem FNF-Büro in Marokko. Neben zahlreichen Mobilitätsexpertinnen und -experten aus Deutschland und Marokko nahmen an diesem Workshop auch Britta Kuld vom BMDV sowie der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Bernd Reuther, teil.

Die Diskussion dieser Studien in überregionalen Medien wie der FAZ, der WELT, dem Tagesspiegel und dem rbb haben

maßgeblich dazu beigetragen, die öffentliche Wahrnehmung für das Thema Infrastrukturausstattung zu schärfen. Vor dem Hintergrund der strukturellen Wachstumsprobleme in Deutschland werden Mobilität und Infrastruktur auch im Jahr 2024 einen bedeutenden Stellenwert in den Aktivitäten der Stiftung einnehmen. ■

SO KOMMT DEUTSCHLAND AUS DER BAUKRISE

Deutschlands Wohnungsmarkt steckt in der Krise: Eine Studie des Pestel-Instituts und des Bauforschungsinstituts ARGE sorgte bereits Anfang 2023 für Aufsehen. Demnach gebe es in Deutschland einen Mangel von über 700.000 Wohnungen, das größte Defizit seit mehr als 20 Jahren. Mit immer weniger Baugenehmigungen, zunehmenden Stornierungen, fallenden Preisen und steigenden Mieten sorgte das Thema Bauen für zahlreiche Schlagzeilen in den Medien. Denn die Lage ist äußerst komplex. Das ausgegebene Neubauziel der Bundesregierung von 400.000 Wohnungen pro Jahr erscheint unter den aktuellen Bedingungen unerreichbar. Baukosten und Baulandpreise steigen, die Ära niedriger Zinsen ist vorbei und es gibt erhebliche Material- und Lieferengpässe. Die Schaffung von preiswertem Wohnraum ist unter diesen Voraussetzungen nahezu unmöglich. Eine Studie des Bauforschungsinstituts ARGE verdeutlicht, dass eine frei finanzierte Vermietung derzeit erst ab einer monatlichen Kaltmiete von etwa 17,50 Euro pro Quadratmeter möglich sei. Es liegt also keineswegs an der vermeintlichen Profitgier von Immobilienkonzernen, wenn steigende Mieten zu beobachten sind. Die Rahmenbedin-

gungen lassen schlichtweg keinen günstigen Wohnungsbau zu.

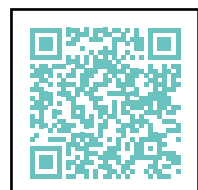
Mit seinem Policy Paper „Die Lage auf dem Wohnungsmarkt“ analysiert der Autor die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt wissenschaftlich fundiert und zeigt liberale Lösungsperspektiven auf. Nach Einschätzung des Autors könnten einzelne Maßnahmen die Situation unmittelbar verbessern: So sollten etwa unrechtmäßige Markteingriffe beendet werden, da sie Unsicherheit schafften und Investitionen behinderten. Die 16 Bauordnungen der Bundesländer setzen auf zu viele Normen und Vorgaben: Eine Angleichung bestehender Landesbauordnungen würde seriellen Wohnungsbau fördern und Kosteneinsparungen ermöglichen. Um den Preisanstieg zu bremsen, wäre in Städten zusätzliches Bauland nötig, und bürokratische Hürden für Umnutzungen sollten minimiert werden. Zudem sollte mehr in die Höhe gebaut werden, um den begrenzten Raum besser zu nutzen. Im internationalen Vergleich werde ersichtlich, dass die Bebauung deutscher Städte vergleichsweise niedrig sei und kaum Platz für echte Hochhäuser lasse. Daher sollte besonders der Ausbau von

Dachgeschossen so unkompliziert wie möglich gestaltet werden.

Die Analyse der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit weckte großes Interesse: Die Hauptergebnisse wurden in einem Namensartikel in der FAZ veröffentlicht. In einem Beitrag für die WELT wurden die Gefahr von Markteingriffen und Folgen eines drohenden Verbots von Einfamilienhäusern genauer erläutert.

Es ist anzunehmen, dass sich die Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist daher überzeugt, dass es in diesem Themenfeld weiterer wissenschaftlich fundierter Analysen und Lösungsvorschläge bedarf. ■

Lesen Sie hier die Publikation „Die Lage auf dem Wohnungsmarkt“.



NATIONALE INNOVATIONSAGENTUREN



„Nationale Innovationsagenturen werden für besonders risikobehaftete und gleichzeitig besonders vielversprechende Forschung benötigt.“

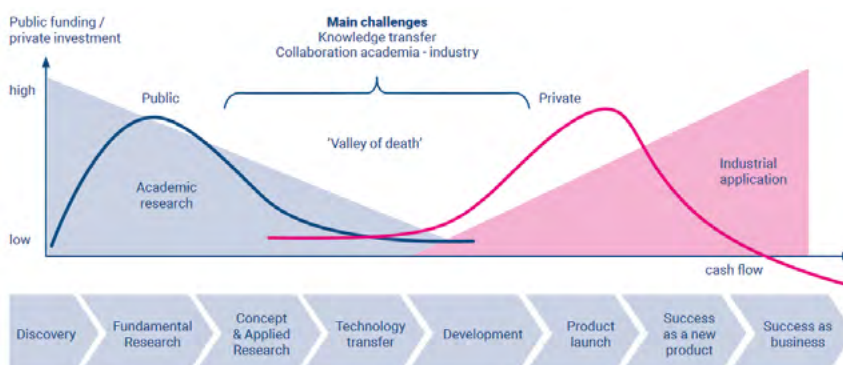
Prof. Dr. Claudia Doblinger,
Technische Universität München

Der Bericht enthält 12 praktische Vorschläge für den Aufbau nationaler Innovationsagenturen im Hinblick auf Aufgabenbereich, Personal, Instrumente und Governance, um Lücken in Innovationsökosystemen zu schließen, ohne dabei den freien Wettbewerb im Privatsektor durch Privilegierung zu beeinträchtigen. ■

Bei den nationalen Innovationsagenturen handelt es sich im Allgemeinen um öffentliche Einrichtungen, deren Ziel es ist, Innovationen durch die Bereitstellung von Finanzmitteln, Beratung, Vernetzung und anderen Dienstleistungen für Innovatoren zu fördern. Die Publikation „Nationale Innovationsagenturen und ihre Rolle in der sozialen Marktwirtschaft“ stellt auf Grundlage internationaler Fallstudien und der Expertenmeinungen 12 Vorschläge vor, um den Aufbau nationaler Innovationsagenturen an die soziale Marktwirtschaft anzupassen.

Die Studie von Prof. Dr. Marc Ventresca, David Lehmann und Viktor Salenius geht der Frage nach, wie nationale Innova-

tionsagenturen den Privatsektor unterstützen können. Ein zentraler Aspekt ist die Schaffung von diskontinuierlichen Innovationen, d. h. von Innovationen, die mit bestehenden Paradigmen brechen und neue Märkte und Möglichkeiten schaffen. Diskontinuierliche Innovation ist entscheidend für die Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen wie Klimawandel, Bevölkerungsalterung und digitale Transformation. Sie ist jedoch auch riskant, unsicher und kostspielig und wird daher vom Markt oft nicht ausreichend angeboten. Wie verschiedene Fallstudien aus dem IT- und Biotechnologiesektor gezeigt haben, kann die Überwindung dieses sogenannten „Tals des Todes“ zu enormen wirtschaftlichen Vorteilen führen.



Quelle: Valley of Death, adapted from Chirazi, Wanick, Fayemi, Zollfrank, & Jacobs, 2019, under CC BY 4.0 license.

WICHTIGSTE ERKENNTNISSE

- Nationale Innovationsagenturen haben in Kombination mit entsprechenden innovationspolitischen Instrumenten wie z. B. Steuervorteilen das Potenzial, die Privatwirtschaft bei der Entwicklung von Sprunginnovationen zu unterstützen.
- Obwohl viele Länder Innovationsagenturen unterhalten, unterscheiden sich diese in ihren Mitteln und Zielen deutlich voneinander.
- Eine Innovationsagentur muss sich in ihrer Struktur in die vorhandene institutionelle Landschaft einfügen, um erfolgreich zu sein.
- Schlecht konzipierte nationale Innovationsagenturen können sich selbst im Wege stehen.
- Im Sinne der sozialen Marktwirtschaft sollte eine Innovationsagentur so aufgebaut sein, dass Nepotismus, verringerter Wettbewerb und die Verschwendung von Steuergeldern vermieden und gleichzeitig das Potenzial für Innovationen maximiert wird.

LIBERALE DEMOKRATIE UND OFFENE GESELLSCHAFT

- REDE ZUR FREIHEIT VON SVIATLANA TSIKHANOUSKAYA
- DEUTSCHE GEDENKKULTUR UND IHR BLINDER FLECK UKRAINE
- BRING BACK KIDS TO UKRAINE
- POLITISCHE BILDUNGSARBEIT AN SCHULEN GEGEN ANTISEMITISMUS
- 75 JAHRE LIBERALE POLITIK



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
stellvertretende Vorstandsvorsitzende
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die
Freiheit und Bundesjustizministerin a.D.

LIBERALE DEMOKRATIE STÄRKEN

Das Jahr 2023 war kein gutes für die liberale Demokratie. In der Ukraine kämpfen Armee und Bevölkerung aufopferungsvoll gegen Putins Invasionstruppen, doch drohen sie angesichts der schleppenden Hilfen der westlichen Verbündeten an Boden zu verlieren. In Israel hat die Terrororganisation Hamas das schlimmste Massaker an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust verübt. Seither herrscht Krieg im Gazastreifen und der Israelhass wuchert weltweit. In den USA setzt Donald Trump alles daran, erneut das Amt des Präsidenten zu übernehmen. Und in der Europäischen Union haben Rechtsextremisten politischen Auftrieb – sichtbar am Wahlerfolg von Geert Wilders in den Niederlanden und den hohen Umfragewerten der AfD in Deutschland.

Doch der Kampf für Freiheit und Liberalismus ist deshalb nicht vergebens. Im Gegenteil: Die Wahlen in Polen im vergangenen Oktober waren ein Lehrstück der Demokratie. Ohne Hass und Polarisierung, dafür mit klar kommunizierten Botschaften und Lösungsvorschlägen, schaffte es ein liberaldemokratisches Parteienbündnis, die zunehmend autokratisch agierende Regierungspartei PiS abzulösen. Dieses Vorgehen sollte uns in Deutschland und Europa ein Vorbild sein.

Denn in Zeiten von erstarkendem Rechtsextremismus und wachsender Demokratieskepsis müssen wir alles daransetzen, die Bürgerinnen und Bürger zurück in die demokratische Mitte zu führen. Als Demokratiefreunde sollten wir hart, aber konstruktiv über die beste Politik in unsicheren Zeiten streiten. Die Verfasser unseres Grundgesetzes, dessen 75. Jubiläum wir in diesem Jahr feiern werden, strebten eine widerstandsfähige Demokratie im Kampf gegen autoritäre Tendenzen an. Doch eine Demokratie kann nur widerstandsfähig sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger proaktiv für sie eintreten. Hunderttausende Menschen, die auf den Straßen gegen die AfD und für die Demokratie demonstrieren, haben ein wichtiges Zeichen gesetzt. Noch wichtiger ist es, dass sie sich auch politisch engagieren und Räume im gesellschaftlichen Raum zurückgewinnen, die der AfD überlassen wurden. Nicht Hass und Verachtung werden uns beim Schutz der Demokratie weiterbringen, sondern ein offener Dialog mit denjenigen, die sich enttäuscht von ihr abwenden. Dies ist auch ein Auftrag an uns als Stiftung. Wir stehen vor umfassenden politischen, gesellschaftlichen und

wirtschaftlichen Umwälzungen, die bei vielen Menschen Ängste hervorrufen. Wir müssen diese Ängste ernst nehmen, aber zugleich aufzeigen, dass Demokratie die beste Antwort auf diese komplexen Herausforderungen bietet.

Eine klare Ablehnung, die keinerlei Toleranz erlaubt, stellen wir dem wachsenden Antisemitismus entgegen. Als Liberale ist es unsere Pflicht, Position zu beziehen: Jeder antisemitische Vorfall, jeder Angriff auf Jüdinnen und Juden ist ein Angriff auf die Menschenwürde insgesamt. Dass sich Islamisten mit Links- und Rechtsextremisten in ihren antisemitischen Narrativen und in ihrem Israelhass einig sind, muss die Verteidiger der offenen Gesellschaft eng zusammenstehen lassen. Jeder und jede Einzelne ist gefordert, ob am Arbeitsplatz, in der Universität oder im Familienkreis, gegen Antisemitismus vorzugehen. Als Stiftung sensibilisieren wir in Zusammenarbeit mit dem Rapper Ben Salomo deutschlandweit junge Schülerinnen und Schüler für die Gefahren des Antisemitismus. Diese und ähnliche Aktivitäten müssen wir als einen Schwerpunkt unserer Arbeit in den kommenden Monaten ausbauen.

Eine zentrale Rolle im Kampf für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte spielen seit jeher Presse und Medien. Das macht sie zu einer großen Gefahr für autoritäre Machthaber. So werden Journalistinnen und Journalisten weltweit bedroht, verfolgt und sogar ermordet. Wie wichtig ihre Arbeit ist, kann man seit zwei Jahren an der ukrainischen Front sehen, wo sie über das Kriegsgeschehen berichten und Kriegsverbrechen aufdecken. Es verwundert nicht, dass Journalistinnen und Journalisten von der ukrainischen Seite der Front mit wenigen Einschränkungen berichten dürfen, jedoch keinerlei Zugang zur russischen Seite haben. Es bestätigt, dass die Pressefreiheit ein entscheidender Indikator für die tatsächliche Freiheit in einem Land ist. Auch wir als Stiftung müssen für die Wahrheit eintreten, so wie es die Journalistinnen und Journalisten täglich tun. Die dritte Ausgabe unserer Publikation „Human Rights Defenders“ porträtiert Medienschaffende, die persönliche Bedrohungen in Kauf nehmen, um Unrecht aufzudecken und so zu Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern werden.

Wenn wir das Momentum im Kampf gegen den Rechtsextremismus nutzen, wenn sich mehr Menschen politisch engagieren, wenn sie für die Demokratie und gegen Antisemitismus eintreten, dann bin ich optimistisch, dass wir trotz des schwierigen Jahres 2023 im Kampf für die Freiheit wieder Oberhand gewinnen werden. ■

„TYRANNEI IST WIE KREBS“

In der 17. Berliner Rede zur Freiheit hielt die belarusische Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya ein vehementes Plädoyer für Freiheit und Menschenrechte.

„Jeden Morgen, wenn ich erwache, denke ich an die Menschen im Gefängnis und frage mich: Was kann ich heute tun, um sie zu befreien?“, äußerte Sviatlana Tsikhanouskaya, Vorsitzende des Vereinigten Übergangskabinetts und belarusische Oppositionsführerin, während ihrer Teilnahme an der 17. Berliner Rede zur Freiheit in Berlin, auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Seit Jahren kämpft sie aus dem Exil in Litauen für ein freies Belarus.

Nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 verschärft das Regime von Aljaksandr Lukaschenka die Verfolgung oppositioneller Kräfte in Belarus. Tsikhanouskaya appellierte an die internationale Gemeinschaft, sich solidarisch mit der belarusischen Opposition zu zeigen. „Die Freiheit wurde den Belarussen so lange verwehrt, dass sie fast vergessen haben, wie es sich anfühlt, frei zu sein“, betonte Tsikhanouskaya. „Helfen Sie uns dabei, die Schergen des Regimes zur Rechenschaft zu ziehen. Sie müssen wissen, dass jedes Verbrechen dokumentiert und bestraft wird. Wir müssen das Tribunal nicht nur für Putin, sondern auch für seine Marionette Lukaschenka fordern. Wir müssen der Straflosigkeit ein Ende setzen. Wir wollen keine Rache, sondern Gerechtigkeit.“

[Hier finden Sie das Video zur Rede zur Freiheit 2023.](#)



Sviatlana Tsikhanouskaya, Vorsitzende des Vereinigten Übergangskabinetts und belarusische Oppositionsführerin

Tsikhanouskaya betonte, dass die Freiheit von Belarus eine Grundvoraussetzung für den Sieg der Ukraine im Krieg gegen Russland sei. „Ein freies Belarus wird eine bedeutende Unterstützung für die Ukraine und die stärkste Sanktion gegen Putin darstellen.“ Sie rief dazu auf, den Freiheitskampf von Belarus und der Ukraine weiterhin zu unterstützen, im Interesse der Verteidigung der Zukunft Europas. „Tyrannei ist wie Krebs. Wenn sie nicht vollständig entfernt wird, kehrt sie zurück und wird noch aggressiver als zuvor.“ Dabei betonte sie, dass der Kampf für die Freiheit ein globaler Einsatz sei, der nicht allein gewonnen werden könne. Die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen täglich für ihre Freiheit, und Tsikhanouskaya ist stolz darauf, dass die Belarusinnen und Belarussen an ihrer Seite stehen.



v.l.n.r.:
Renata Alt MdB,
Vorsitzende
des Ausschusses für
Menschenrechte
und humanitäre Hilfe
des Deutschen Bundestages,
Sviatlana Tsikhanouskaya
und Sabine Adler
im Gespräch

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, würdigte in seiner Eröffnungsrede zur 17. Berliner Rede zur Freiheit den Einsatz von Sviatlana Tsikhanouskaya sowie ihrer Mitstreiterinnen Veranica Tsapkala und Maria Kalesnikava für ein freies und demokratisches Belarus. „Als Reaktion auf die unverhohlene Unterstützung Lukaschenkas für Russlands Krieg in der Ukraine haben Sie eine Anti-Kriegs-Bewegung ins Leben gerufen und Ihre Landsleute dazu aufgefordert, sich der russischen Invasion in der Ukraine zu widersetzen. Dieser Einsatz ist entscheidend, denn Lukaschenkas Belarus agiert in diesem Krieg als verlängerter Arm des Kremls“, betonte Paqué. Für ihn steht fest, dass der Westen zu zögerlich auf die menschenverachtende Politik des russischen und belarussischen Regimes reagiert habe.



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué,
Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Bundesjustizministerin a.D.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorstandsvorsitzende und Bundesjustizministerin a. D., würdigte Tsikhanouskaya als Ikone des Widerstands: „Belarus gehört täglich auf die politische Agenda. Es ist wichtig, von Ihnen zu hören, liebe Frau Tsikhanouskaya, wie es den Menschen in Belarus geht.“ Leutheusser-Schnarrenberger betonte, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Arbeit von Tsikhanouskaya unterstützt, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und Belarus kontinuierlich auf die politische Agenda zu setzen.

Mit der 17. Berliner Rede zur Freiheit am 24. April setzte Tsikhanouskaya ein starkes Zeichen für die Demokratie in Belarus unter den Bedingungen des russischen Krieges gegen die Ukraine. ■

DEUTSCHE GEDENK- KULTUR UND IHR BLINDER FLECK UKRAINE

Anlässlich der 78. Wiederkehr des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa veranstaltete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Diskussionsveranstaltung zu den deutschen Verbrechen in der Ukraine und der heutigen Gedenkkultur.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs führte im Mai 2023 zu einer intensiven Debatte über die deutsche Gedenkkultur und ihre „blinden Flecken“. Wer sind wir? Wo gehören wir hin? Wo trauert man? Wo erinnert man? Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit organisierte die Veranstaltung „Deutsche Gedenkkultur und ihr blinder Fleck Ukraine“, um diesen Fragen auf den Grund zu gehen.

S.E. Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine in Deutschland.





Die deutsche Gesellschaft wird oft als vorbildliches Beispiel für die historische Aufarbeitung des Nationalsozialismus betrachtet, obwohl ihr Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkriegs in Osteuropa weitgehend auf die Sowjetunion fokussiert war. Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine rücken die Gräueltaten des NS-Deutschlands in den einzelnen Nachfolgestaaten der Sowjetunion stärker in den Mittelpunkt der Diskussion.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, betonte in seiner Eröffnungsrede die bedeutsame Rolle der Ukraine für Deutschland als Nachbar: „In Deutschland wird oft vergessen, dass die Ukraine sowohl historisch als auch politisch im Herzen Europas liegt. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg litt die Ukraine beispiellos unter dem roten Terror. Der Holodomor, der im vergangenen Jahr vom Bundes-

tag endlich als Genozid anerkannt wurde, ist ein grausames Kapitel der ukrainischen Geschichte, das besonders in der Erinnerung der ganzen Nation geblieben ist, durch Erzählungen der Überlebenden in nahezu jeder ukrainischen Familie.“ Bedauerlicherweise sei der Holodomor in Deutschland wenig bekannt. Umso mehr müsse sich die deutsche Gedenkkultur der Ukraine als Subjekt zuwenden.

Die deutsche Gedenkkultur hat durch ihren undifferenzierten Blick lange Zeit das sowjetisch-russische Narrativ unkritisch übernommen und ausschließlich von russischen Opfern gesprochen. Das führte dazu, dass weder jüdische Opfer auf sowjetischem Boden noch die zahlreichen Opfer aus den anderen Teilrepubliken der Sowjetunion angemessen in der deutschen Gedenkkultur berücksichtigt wurden. Dies gilt insbesondere für die Ukraine.

Der Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland, Oleksii Makeiev, betonte in seiner Begrüßungsansprache die historischen und aktuellen Dimensionen der Erinnerungen. Die Ukraine und Deutschland erlebten derzeit eine „wichtige Betrachtungswende“. Beide Länder spürten in diesen Tagen, dass die Ukraine „zusammen mit ganz Europa, zusammen mit der freien Welt am 8. Mai die Opfer des Nationalsozialismus in Erinnerung bringt“, analysierte Makeiev. Der 9. Mai sei zum ersten Mal in der Geschichte der Ukraine der Tag, an dem gemeinsam mit der EU der Europatag gefeiert wird. „Unsere Herzen schlagen zusammen.“ ■

BRING BACK KIDS TO UKRAINE

Konferenz über die Entführung ukrainischer Kinder durch russische Truppen

Die Konferenz „Bring Back Kids to Ukraine“, die von der Friedrich-Nauermann-Stiftung für die Freiheit in Zusammenarbeit mit der FDP-Bundestagsfraktion und der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde, fand im September 2023 im Deutschen Bundestag statt. Sie befasste sich mit dem Schicksal vieler ukrainischer Kinder, die von den russischen Invasoren deportiert wurden.

Rechtswidrige Abschiebungen, Vergewaltigungen und Verschleppungen ukrainischer Kinder: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022 trifft in besonderem Maße schutzbedürftige Kinder und Jugendliche. Seit der Invasion der Krim 2014 werden ukrainische Kinder von den russischen Besatzern verschleppt und indoktriniert. Obwohl über die brutalen Verschleppungen und den Einsatz von jungen Menschen als Kindersoldaten durch Russland damals hinreichend berichtet wurde, blieben nennenswerte Reaktionen der internationalen Gemeinschaft aus. Mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine 2022 haben die Besatzer die illegale Verteilung russischer Pässe und die Deportation von Kindern drastisch ausgeweitet.

Die Konferenz mit dem Titel „Bring Back Kids to Ukraine“, an der Bundestagsabgeordnete, der ukrainische Botschafter in Deutschland, Nichtregierungsorganisationen und Journalistinnen und Journalisten aus Deutschland und der Ukraine sowie ukrainische Vertreterinnen und Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft und des Präsidialamtes teilnahmen, sollte den rund 20.000 deportierten Kindern eine Stimme geben – so wie dem 10-jährigen Ilja aus Mariupol, der auf der Veranstaltung zu Wort kam. Seine Mutter kam durch die russischen Aggressoren ums Leben, er selbst wurde deportiert. Mithilfe lokaler NGOs wurde Ilja befreit und konnte so einer weiteren Gehirnwäsche entgehen. Weil seine Großmutter Ilja zufällig in einem russischen Propagandavideo erkannte, wurde seine Rettung möglich. Bisher konnten noch nicht einmal 400 Kinder zu ihren Familien und Verwandten zurückgebracht werden.

Seit Februar 2022 haben die russischen Besatzer mindestens 19.546 Kinder verschleppt – die Dunkelziffer wird um ein Vielfaches höher sein. Mehrere ukrainische Vertreterinnen und Vertreter berichteten über das Ausmaß und die

fehlende rechtliche und internationale Verfolgung der Deportationen.

Das Problem der illegalen Deportation ukrainischer Kinder und der damit verbundene Versuch Russlands, die ukrainische Nation auszulöschen, bedarf weiterer Aufmerksamkeit. In jüngster Zeit haben nicht nur Bundestagsabgeordnete, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter anderer nationaler Parlamente und internationaler Organisationen den völkermörderischen Charakter dieser Deportationen anerkannt.

Der ukrainische Botschafter der Ukraine in Deutschland, Oleksii Makeiev, betonte die Notwendigkeit, dass diese Verbrechen an Kindern und Jugendlichen mehr Beachtung in der Öffentlichkeit finden müssten. Nötig seien neben der Präsenz in den Medien ein größeres Bewusstsein in der Gesellschaft und bei Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern. „Die Bundesregierung hat mit diesem Ausmaß dieser Verbrechen eine weitere Grundlage, um die Sanktionen zu verschärfen“, so Makeiev. Es sollten alle Kräfte gebündelt werden, um die Situation für Kinder zu verbessern. Wenn das Ausmaß der Deportationen bekannt sei, dann würden sich Wirtschaftsunternehmen überlegen, ob eine weitere Zusammenarbeit mit Russland unter diesen Umständen noch tragbar sei. Botschafter Makeiev unterstrich, dass es keine europäischen Werte in Russland gebe, und forderte: „Es ist Zeit für Isolation.“ ■



POLITISCHE BILDUNGS- ARBEIT AN SCHULEN GEGEN ANTISEMITISMUS

Seit Jahren organisiert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit deutschlandweit Veranstaltungen an Schulen zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus.

An inzwischen über 500 Veranstaltungen an Schulen kam dabei der Rapper Ben Salomo mit unterschiedlichen Moderatoren der Stiftung zum Einsatz, um mit Schülerinnen und Schülern über seine eigene Biografie, über Antisemitismus mit und ohne Zusammenhang mit seiner zweiten Heimat Israel ins Gespräch zu kommen.

Ben Salomo erlangte als Gründer des Erfolgsformats „Rap am Mittwoch“ große Bekanntheit, bis er wegen des grassierenden Antisemitismus in der Hip-Hop-Szene 2018 ausstieg und seine Erfahrungen im autobiografischen Buch „Ben Salomo bedeutet Sohn des Friedens“ verarbeitete. Als Rapper und Songwriter thematisiert er selbstbewusst seine jüdische und israelische Identität und bleibt damit eine absolute Ausnahme in der deutschen Hip-Hop-Szene, die traurigerweise häufig durch antisemitische, israelfeindliche, homophobe und frauenverachtende Beiträge auffällt.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sprach mit Rapper Ben Salomo über Antisemitismus in Deutschland und sein Engagement an Schulen (Interview vom 8.11.2023).

Du hast gerade Deinen neuen Song „Kampf Allein“ veröffentlicht. Du kommunizierst da ziemlich laut Deinen Frust zu Antisemitismus in Deutschland und Israel als Feindbild. Ist es Zufall, dass Du ihn gerade jetzt veröffentlicht hast?

Natürlich ist das kein Zufall. Ein gemeinsamer Freund hatte mich noch vor ein paar Monaten vor einer Veröffentlichung gewarnt und meinte, dass ich zwar Wichtiges ansprache, aber die Debatte in Deutschland noch nicht offen für so schmerzhaftes Thesen sei. Seit dem Horror des 7. Oktober ist alles anders. Zum ersten Mal hat eine breite Öffentlichkeit gesehen, was ich seit Jahren in den Schulen beobachte: Antisemitischer Hass breitet sich aus und erobert den öffentlichen Raum. In Berlin und anderen deutschen Großstädten hat man heute leider wieder Angst, Jude zu sein. Offener Hass und Drohungen gegen Juden steigen an, diese gefährlichen Entwicklungen versuche ich seit Jahren in meinen Songs zu thematisieren, um die Gesellschaft wachzurütteln.

Erlebst Du solche Anfeindungen auch jenseits der virtuellen Welt? Bei Deinem Engagement gegen Antisemitismus tourst Du ja seit Jahren mit der Stiftung durch die Schulen.

Unsere gemeinsame Arbeit gegen Antisemitismus und Extremismus hat halt zwei Seiten. Die eine Seite ist, dass man auf jeden Fall sehr positive Impulse setzen kann bei jungen Erwachsenen und auch bei Lehrerinnen und Lehrern, die oft genauso viel nachzuholen haben bei dem Thema. Gleichzeitig bedeutet diese Arbeit aber auch eine permanente Erinnerung an die Phänomene Antisemitismus und Judenhass, die ich leider schon seit meiner Kindheit erleben musste und


mich irgendwo auch retraumatisierten, besonders, wenn während meiner Vorträge selbst antisemitische Vorfälle stattfinden. Weil ich halt auch als öffentliche Person in Erscheinung trete mit meiner jüdischen Identität, als Rapper und Musiker, ziehe ich natürlich noch zusätzlich den Hass dieser Leute auf mich. Und das hat dazu geführt, dass ich inzwischen Schutzperson des deutschen Staatsschutzes bin. Das bedeutet, dass ich mich in deutschen Großstädten nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen darf und bei öffentlichen Veranstaltungen gewisse Sicherheitskonzepte entwickelt werden müssen.

Zuletzt: Was erwartest Du denn von der deutschen Politik?

Diese Frage wurde mir immer wieder gestellt. Und ich antworte da seit Langem immer wieder dasselbe. Erst seit dem 7. Oktober hat die Bundesregierung entsprechend der Forderung der FDP endlich alle Finanzströme in die palästinensischen Gebiete auf den Prüfstand gebracht. Das wäre schon lange notwendig gewesen, um Terrorfinanzierung zu verhindern. Da braucht es allgemein klarere rote Linien, dass deutsche Entwicklungsgelder nicht Israel- und Judenhass unterstützen dürfen. Jeder Euro muss da geprüft werden. Und ich erhoffe mir von der deutschen Politik dauerhaft die gleiche Klarheit, die die vielen Solidaritätsbekundungen mit Israel suggerieren. ■

Lesen Sie hier
das vollständige
Interview.





Jetzt kostenlos lesen
und abonnieren:
liberal.freiheit.org

Denken verändert*

*) „Die Demokratie lebt von
der Mitwirkung und
Mitverantwortung des Bürgers.“

Liselotte Funcke

Das Liberal Magazin liefert Denkanstöße,
diskutiert provokant und berichtet journalistisch
fundiert über Themen, die die Welt bewegen.

Liberal

Das Magazin für die Freiheit

75 JAHRE LIBERALE POLITIK – FREIHEIT, WERTE UND ZUKUNFT

Inmitten des 75. Gründungsjubiläums der Freien Demokraten diskutierten prominente Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft über den Liberalismus: Gestern, heute und morgen.

Die Liberalen stehen für Freiheit und Verantwortung. Zum 75. Gründungsjubiläum der Freien Demokraten diskutierte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wissenschaft über das breite liberale Spektrum des Liberalismus. Im Fokus stand der Liberalismus als Gesellschaftsmodell, das den Aufstieg des Individuums ermöglicht und als Grundlage der Arbeit der FNF seit ihrer Gründung 1958 dient.

In seiner Begrüßung beschrieb Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Liberalismus als kreative Kraft, als Anwalt der Freiheit und als notwendiges Korrektiv anderer Parteien. „Die FDP war und ist die Verfassungspartei in Deutschland. Das hat sie in ihrem Profil unverwechselbar und unentbehrlich gemacht“, erklärte Paqué. „Mal ging es um die Wirtschaftspolitik wie unter Otto Graf Lambsdorff, Jürgen Möllemann und Martin Bangemann, mal um die Justizpolitik wie unter Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Edzard Schmidt-Jortzig, mal um die Agrarpolitik unter Josef Ertl, mal um die Außenpolitik als Friedens-, Versöhnungs- und Entspannungspolitik unter Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Guido Westerwelle. Heute – wir wissen es alle – geht es um Verlässlichkeit und Stabilität in der Finanzpolitik“, so Paqué.

Prof. PhD Christopher Clark, Regius Professor of History an der University of Cambridge, zog in der Keynote einen

historischen Bogen von den Anfängen der liberalen Idee der Freiheit bis heute. „Heutzutage wird oft behauptet, die Demokratie sei in Gefahr. Ich finde, sie ist nicht in Gefahr. Was wirklich in Gefahr ist, ist der liberale Charakter der westlichen, freiheitlichen Demokratie. Denn der Liberalismus ist das Herz einer gelungenen, freiheitlichen Demokratie. Und je mehr ich darüber nachdenke, desto wichtiger erscheint er mir als Kleinod unserer gemeinsamen politischen Kultur“, so Clark. Die Anhäufung von Krisen, die ein so charakteristisches Merkmal unserer Gegenwart sei, würde einen beispiellosen Druck auf unsere Fähigkeit ausüben, zu vermitteln, Kompromisse zu schließen und kombinierte Lösungen zu finden. „Die Liberalen sind immer die Menschen der Mitte – und das wurde ihnen oft vorgeworfen. Aber die Mitte ist der Ort, von dem gute Politik kommt. Sie ist an beiden Enden offen und bereit für Impulse von rechts und links. Es ist an der Zeit, dass der Liberalismus die Mitte erweitert.“

Christian Lindner, Bundesvorsitzender der Freien Demokraten und Bundesminister der Finanzen, betonte, dass die Freien Demokraten in den 75 Jahren immer an den wesentlichen Grundentscheidungen der Bundesrepublik mitgewirkt hätten. „Seit der Gründung der FDP haben die Freien Demokraten immer ihre Wehrhaftigkeit gezeigt, in den unterschiedlichen Phasen der Geschichte für ihre Werte einzutreten: für ihre Grundüberzeugungen für Freiheit, für Marktwirtschaft, für Westbindung, für das Fest-



Prof. PhD Christopher Clark, Regius Professor of History an der University of Cambridge

halten an der Idee der deutschen Einheit und der europäischen Integration sowie für unsere bürgerlichen Freiheitsrechte“, so Lindner. Doch es gebe auch Herausforderungen. Im Deutschen Bundestag sei eine Partei, die von Altparteien spreche und dies als Herabwürdigung meine. „Ich empfinde das anders. Ich empfinde Stolz, Vorsitzender einer liberalen Traditionspartei zu sein.“

Liberaler stehen für Freiheit und Verantwortung. Liberale Parteien waren in Deutschland seit ihrem Entstehen im 20. Jahrhundert niemals reine Bewegungen des Protests, sondern immer auch Anbieter realistischer Programme, die im Falle eines Wahlerfolgs auch umgesetzt werden sollten – mit Kompromissen, aber im Kern klar erkennbar. ■

DIGITALE

TRANSFORMATION

UND

KOMMUNIKATIVE

SOUVERÄNITÄT

- GIBT ES EIN RECHT AUF VERSCHLÜSSELUNG?
- DIGITALPOLITIK IM GLOBALEN SYSTEMWETTBEWERB
- ÜBERWACHUNG UND DATENSCHUTZ
- KÜNSTLICHE INTELLIGENZ – CHANCEN UND RISIKEN AUS LIBERALER SICHT
- PRESSEFREIHEIT UND MEDIENINNOVATION IM ZEITALTER DER KI



Teresa Widlok
Leiterin Abteilung Globale Themen
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

DIE SPUREN DES SYSTEMWETTBEWERBS FÜHREN INS NETZ

Schon lange bevor sich der globale Systemwettbewerb verschärfte und neben die Globalisierung vermehrt die Geopolitik trat, diskutierte man in digitalpolitischen Kreisen bereits über die Bedeutung der digitalen Souveränität. Dabei ist bis heute nicht genau definiert, was darunter zu verstehen ist. Fest steht, dass es um die Balance zwischen Unabhängigkeit entlang von Lieferketten und innerhalb grundlegender Infrastrukturen auf der einen Seite und die Vernetzung (und damit Offenheit) mit globalen Märkten und Partnern auf der anderen Seite geht. Im Kern geht es also um das Zusammenspiel zwischen Globalisierung und Geopolitik im digitalen Raum. Entlang dieser beiden Achsen lassen sich viele digitalpolitische Diskussionen der letzten Jahre mühelos aufreihen. Hinzu kommen Innovations-sprünge, bei Schlüsseltechnologien und Businessmodellen, die wir aus europäischer Sicht mangels eigener Angebote vor allem regulatorisch begleitet haben. 2023 war dafür in vielerlei Hinsicht ein Beleg.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit stellte den digitalen Systemwettbewerb schon früh in den Fokus ihrer Arbeit. Einer der wichtigsten Akteure, den es hier zu beobachten gilt, ist die Volksrepublik China. China hat nicht nur die Bedeutung digitaler Infrastrukturen erkannt und versucht seine globale Einflussnahme durch strategische Investitionen seit Jahren zu vergrößern und durch ein geschicktes Design vertraglicher und technischer Strukturen die Abhängigkeit zu chinesischer Technologie und zu chinesischem Know-how in ihre Investitionsbemühungen direkt mit einzubauen. Diese Strategie wurde in Deutschland vor allem im Rahmen der Debatte um den 5G-Mobilfunkstandard und die Abhängigkeit von chinesischen Anbietern im Bereich kritischer Infrastrukturen geführt. China hat – anders als die EU – auch die unsichtbare Macht der technischen Standardsetzung frühzeitig erkannt und nutzt einen staatszentrierten Ansatz, um die Beeinflussung technischer Standardisierung zu steuern.

Ein Erwachen in Bezug auf die Bedeutung von technischen Standards erfolgt in Europa nur langsam, aber es sind erste Schritte erkennbar, die Hoffnung auf ein anwachsendes Verständnis begründen. Das Thema stellt beispielsweise in der KI-Verordnung der Europäischen Union einen wichtigen Bestandteil dar. Einer der ersten Umsetzungsschritte der KI-Verordnung wird es sein, gemeinsame KI-Standards innerhalb der EU zu definieren, die für Hersteller von KI-Systemen Rechtssicherheit schaffen und einen weitergehenden Einfluss auf die

weltweite KI-Entwicklung entfalten werden als andere Gesetze vor der KI-Verordnung. Sinnvoll wäre es diese Normierungs- und Standardisierungsbemühungen mit anderen weltweiten Initiativen dieser Art abzustimmen. Zu denken ist an den Trade and Technology Council zwischen der EU und den USA sowie die AI Safety Initiative in Großbritannien. Auch wenn das Thema Standardisierung nun ausschnittsweise angegangen wird, ist der Weg zu einer wirklichen Standardisierungsstrategie in der EU noch lang.

Eine Hinwendung zu diesem, zugegeben sehr technischen, Thema könnte aber lohnenswerter sein als weitere Digitalgesetzgebung. Davon hat die EU in der nun auslaufenden Legislaturperiode schon ausreichend gesehen. Die von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ausgerufene Digitale Dekade hat auf EU-Ebene in strategischen Bereichen Regulierung hervorgebracht. 2023 war ein regelrechter Beschleuniger für Digitalgesetzgebung. Der Chips Act wurde beschlossen, bei der KI-Verordnung wurden große Fortschritte erzielt, sodass diese im Frühjahr 2024 beschlossen werden konnte und bei der großen Zwillings-Regulierung im Plattformbereich (Digital Services und Digital Markets Act) gab es erste Umsetzungsmeilensteine. Die Zeit ist reif für mehr Experimentierfreude in der EU, um den Binnenmarkt und die einzelnen nationalen Märkte nach Jahren der Lethargie wieder in Schwung zu bringen. Mittel wie die in der KI-Verordnung vorgesehenen „Sandboxes“ als Experimentierfelder für KI-Anwendungen könnten dafür ein wichtiger Baustein sein.

Die Bundesregierung in Deutschland beweist bei Digitalthemen mehr Weitblick, als ihr in der öffentlichen Debatte zugestanden wird. Die neue Internationale Digitalstrategie ist dafür ein deutliches Zeichen. Die Strategie setzt unter anderem auf wertebasierte Technologiepartnerschaften. Ein erster Ansatz hierfür sind die Digitaldialoge mit strategisch ausgewählten Ländern in Lateinamerika, Asien und Afrika, von denen bereits zehn etabliert wurden. Die Bundesregierung erkennt aber auch den Multi-Stakeholder-Ansatz und die herausgehobene Stellung der technischen Community in den Bereichen der Standardisierung und der globalen Internet Governance an und verstärkt dort ihre Unterstützungsbemühungen. Das steht im wohlthuenden Kontrast zu staatszentrierten Systemen des digitalen Autoritarismus, welche digitale Strukturen zur Überwachung und Repression ihrer Bevölkerung einsetzen sowie technische Standardisierung für ihre Zwecke instrumentalisieren und den Systemwettbewerb damit im Netz fortsetzen. ■

GIBT ES EIN RECHT AUF VERSCHLÜSSELUNG?

Das Privatleben verlagert sich immer mehr ins Netz – doch besteht auch dort ein Recht darauf, vertrauliche Kommunikation verschlüsseln zu dürfen? Das Gutachten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit klärt auf.

Das Gutachten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigt, dass sich aus dem Grundgesetz ein Recht auf Verschlüsselung ableiten lässt. Das Recht auf Verschlüsselung entspricht einem digitalen Briefgeheimnis und bietet Schutz in allen grundrechtsrelevanten Dimensionen – für Individuum, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Verschlüsselte Kommunikation ist Teil unseres Alltags geworden, zum Beispiel bei der Nutzung sozialer Medien oder beim Onlinebanking. Doch verschlüsselt werden nicht nur Liebesbriefe und Katzenbilder, sondern auch Missbrauchsdarstellungen und die Kommunikation zur Abwicklung von illegalen Drogengeschäften. Dementsprechend äußern sich Sicherheitsbehörden oftmals kritisch über die Verbreitung von Verschlüsselungstechnik – sie erschwere die digitale Ermittlungsarbeit und erhöhe daher letztendlich das Gefährdungspotenzial für die Allgemeinheit. Der Gutachter Prof. Dr. Dennis-Kenji Kipker

Ein Gutachten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigt: Aus dem Grundgesetz lässt sich ein Recht auf Verschlüsselung ableiten.

lässt diese Einwände allerdings nicht gelten: Ein Recht auf Verschlüsselung sei grundgesetzlich verbrieft und lasse sich darüber hinaus auch aus der Europäischen Grundrechtecharta ableiten.

Kipker untersucht im Schwerpunkt die Grundrechtspositionen, die die digitale Datenverarbeitung und -übermittlung zum Gegenstand haben. Explizit ist ein Recht auf Verschlüsselung im deutschen Grundgesetz natürlich nicht zu finden – als das Grundgesetz 1949 in Kraft trat, dachte man eher an Briefumschlag und Telegramme als an Computerprogramme wie PGP und HTTPS, mit deren Hilfe Daten verschlüsselt werden können. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung allerdings die grundrechtlichen Gewährleistungen um Datenverarbeitung und -kommunikation festgestellt. Sie werden insbesondere durch das schon oben erwähnte Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG) und das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (vom Bundesverfassungsgericht abgeleitet aus Art. 2 Abs. 1 und Art. 1 Abs. 1 GG) garantiert. Diese und teilweise auch



andere, die Privat- und Intimsphäre betreffenden Grundrechte können jedoch nur umfassend wahrgenommen werden, wenn die geschützte (digitale) Kommunikation auch verschlüsselt werden kann. Verschlüsselte Kommunikation stellt demnach sogar die Grundvoraussetzung für die Ausübung der genannten Grundrechte dar.

Aus diesem Grund kommt das Gutachten von Kipker zu dem Ergebnis, dass aus dem Grundgesetz auch ein nahezu lückenloses Recht auf Verschlüsselung abgeleitet werden kann. Ebenso lässt sich aus der Zusammenschau von Art. 7 und 8 der Europäischen Grundrechtecharta auf europäischer Ebene ein entsprechendes Recht auf verschlüsselte Kommunikation erkennen.



Lesen Sie hier die Publikation „Das digitale Briefgeheimnis“

Wie andere Grundrechte auch besteht das Recht auf verschlüsselte Kommunikation nicht grenzenlos, sondern kann bei Kollision mit gewichtigen anderen Grundrechtspositionen eingeschränkt werden. Gerade bei verschlüsselten Daten bestehen aber hohe Voraussetzungen, um einen solchen Eingriff zu rechtfertigen. Dies gilt umso mehr, als das Umgehen von Verschlüsselung häufig das Ausnutzen von Sicherheitslücken erfordert. Von diesen können aber nicht nur der deutsche Staat, sondern auch Cyberkriminelle Gebrauch machen. Fehlende Verschlüsselung mag die Verfolgung von Verbrechen erleichtern, kann aber eben auch Kriminalität befördern.

Eine Besonderheit des Grundrechts auf Verschlüsselung ist, dass es neben seinem Charakter als Abwehrrecht auch eine staatliche Schutzpflicht auslöst: Dem Staat obliegen damit Handlungspflichten, die das Recht auf Verschlüsselung für seine Bürgerinnen und Bürger garantieren müssen. Sie reichen von gezielt durchzuführenden Informationskampagnen über die Pflicht, erhobene Datensätze von Bürgerinnen und Bürgern zu verschlüsseln, bis hin zu gesetzlichen Regelungen. Auch wenn der Gesetzgeber es nicht immer explizit kennzeichnet, existieren schon zahlreiche Vorschriften, in denen er seiner Schutzpflicht nachkommt – beispielsweise, wenn er im Strafgesetzbuch das Ausspähen und Abfangen von Daten nach den §§ 202a und 202b StGB unter Strafe stellt. Wo dies noch nicht der Fall ist oder Eingriffe nicht ausreichend begründet werden, besteht Nachbesserungsbedarf. ■



v. l. n. r.: Annett Witte, Hauptgeschäftsführerin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Dennis-Kenji Kipker, Professor für IT-Sicherheitsrecht an der Hochschule Bremen; Ann Cathrin Riedel, Vorsitzende von LOAD e.V. – Verein für liberale Netzpolitik, diskutierten über digitale Freiheit und Verschlüsselung auf der re:publica 2023 in Berlin.



Video zum Panel „re:publica 2023: Digitale Freiheit und Verschlüsselung“



25.000 Besuche an 3 Tagen, 600 Sessions und über 1.100 Sprecherinnen und Sprecher – das sind die Zahlen der re:publica – und die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) war mit dabei. Die FNF hat vom 5. bis 7. Juni 2023 auf dem Digitalfestival in Berlin das Gutachten „Digitales Briefgeheimnis – Herleitung des Rechts auf Verschlüsselung“ der Öffentlichkeit präsentiert. Zum Auftakt diskutierten Hauptgeschäftsführerin Annett Witte und der Gutachter Prof. Dr. Dennis-Kenji Kipker über die Ergebnisse und Auswirkungen des Gutachtens.

Der Gutachter Dennis-Kenji Kipker im Interview am Stand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

DIGITALPOLITIK IM GLOBALEN SYSTEM- WETTBEWERB

Geopolitik wird zunehmend wieder Thema in der deutschen und europäischen Politik. Der digitale Raum spielt jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Diesem Thema hat sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gewidmet.

Im Jahr 2023 prägten internationale Konflikte und ein zunehmender globaler Systemwettbewerb das Geschehen. Diese Entwicklungen spiegelten sich auch in der nationalen und internationalen Digitalpolitik wider. Ann Cathrin Riedel zeigt in dem Paper der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit „Digitalpolitik im globalen Systemwettbewerb“ vielfältige Dimensionen der Digitalpolitik.

China hat dabei besondere Ambitionen, den Wettbewerb zu dominieren, beispielsweise durch den Verkauf und Einbau von 5G-Komponenten der Firmen Huawei und ZTE in die Netzinfrastruktur. Chinas Einfluss wurde auch in verschiedenen Publikationen thematisiert, darunter eine Studie aus Simbabwe mit dem Titel „Chinas Einfluss auf Demokratiefördernde Institutionen im südlichen Afrika“. Dort unterminiert China demokratiefördernde Institutionen durch den Bau und die Instandhaltung von Parlamenten, was nicht nur symbolische Bedeutung hat, sondern auch ständigen Zugang zu Entscheidungsträgern sichert. Darüber hinaus fokussiert sich China auf Parteien durch intensive Ad-hoc-Zusammenarbeit und die strategische Bindung von Nachwuchskräften an China.

Publikation:
„Digitalpolitik
im globalen
Systemwettbewerb“



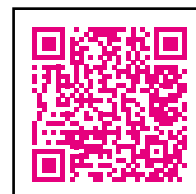
Die Verschärfung des Systemwettbewerbs, insbesondere mit China, zeigt sich beispielsweise in den weltweiten Diskussionen über ein Verbot von TikTok, insbesondere in den USA, aufgrund von Bedenken hinsichtlich der nationalen Sicherheit aufgrund der faktischen Kontrolle der App durch den chinesischen Staat. Diese Sorgen sind nicht unbegründet, da Chinas Vision zur Nutzung von Technologie durch Staaten fundamental den Vorstellungen Europas und der USA widerspricht, wie auch in dem Paper von Charles Mok für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit dem Titel „The Great Firewall: Chinas totale Internetzensur“ dargelegt wird.

Dass Deutschland sich im digitalen Systemkonflikt stärker positionieren muss und will, zeigt die Arbeit der Bundesregierung an ihrer internationalen Digitalstrategie. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat dazu mit Benjamin Brake, Abteilungsleiter für Digital- und Datenpolitik des BMDV, auf der re:publica gesprochen. Auch Huberta von Voss, Executive Director des ISD Germany, diskutierte auf der re:publica mit der Stiftung über russische Desinformation in Deutschland, wobei spezifische russische Narrative und Taktiken im Fokus standen. Die Stiftung hat zudem in Studien russische Narrative in Georgien und Armenien verglichen sowie die unterschiedlichen Herangehensweisen russischer Informationsmanipulation in Israel und dem arabischsprachigen Raum analysiert.

Die Verbreitung von Desinformation findet zu einem großen Teil online auf Plattformen statt, wobei die Moderation eine wichtige Rolle spielt. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat in einem Policy Paper und einem Expertengespräch Moderationspraktiken auf internationalen Plattformen verglichen und diskutiert, wobei der Digital Services Act im Fokus stand. Dies wurde auch in einer Folge der Podcastreihe „Reshape Europe“ thematisiert. Die Wirkung europäischer Gesetzgebung zeigte sich in Sri Lanka, wo der Personal Data Protection Act verabschiedet wurde, ein Gesetz, das auf der DSGVO aufbaut. Die Stiftungspartner haben die Erarbeitung des Gesetzes unterstützt und in Studien sowie Diskussionen wichtigen Stakeholdern vorgestellt.

Die Festlegung von Standards ist ein weiterer Aspekt des Systemkonflikts, da technologische Standards, die sich vermehrt in Regulierungen und Gesetzen wiederfinden, keineswegs werteneutral sind. Die Europäische Union steht mit ihrer 2023 verhandelten KI-Verordnung an vorderster Front der Regelsetzung. Im sich verschärfenden Umfeld des globalen Systemwettbewerbs ist es wichtig, sich aktiv für liberale demokratische

Publikation:
„Chinas Einfluss auf
demokratiefördernde
Institutionen im
südlichen Afrika“



Werte einzusetzen. Der Global Innovation Hub der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt dies mit der Fortführung der erfolgreichen Reihe „Innovation for Democracy Cafés“ in Taipei um. Zudem wurden in einer Konferenz zum Thema „Hacking Democracy“ Vertreterinnen und Vertreter der zivilen Tech-Gemeinschaft zusammengebracht, um über Kooperationen mit Regierungen zu diskutieren. ■



Publikation:
„The Great Firewall“

Mehr Infos zur „Hacking Democracy Conference“
finden Sie hier.

ÜBERWACHUNG UND DATENSCHUTZ

Digital Services Act, Chatkontrolle und Verschlüsselung im Fokus

Auch 2023 gab es im Themenfeld Überwachung und Datenschutz wichtige Wegmarken in Deutschland und Europa, die die Stiftungsarbeit beeinflusst haben.

Die ersten Regelungen des 2022 verabschiedeten Digital Services Act (DSA) entfalteten für ausgewählte große Unternehmen ab August 2023 bindende Wirkung. Bereits im Februar 2022 veröffentlichte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit das Gutachten „Mehr Freiheit und Sicherheit im Netz“, das einige Abschnitte des DSA hinsichtlich ihrer Wirksamkeit untersuchte, wie beispielsweise die Normen zur Verbreitung von Desinformationen. Zusammen mit der Verpflichtung, Mechanismen zum Umgang mit problematischen Inhalten (wie „Hass und Hetze“) auf Plattformen zu implementieren, stellen sie die wichtigsten Neuerungen zur Stärkung von Bürgerrechten im Netz dar. Diese bürgerrechtlichen Aspekte standen im Mittelpunkt der Veranstaltung „18. Karlsruher Verfassungsdialog“ im November 2023. Im Jahr 2024 wird der DSA eine weitere Rolle spielen, da ab dem 17. Februar auch alle kleineren Unternehmen in der EU die Regeln umsetzen müssen, wodurch der DSA gleichzeitig das umstrittene deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz ablösen wird.

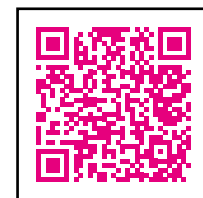
Der Themenkomplex „Chatkontrolle“ behielt auch im Jahr 2023 seine Relevanz.

Bereits 2022 hatte die EU-Kommission einen Verordnungsentwurf zum Thema vorgelegt, der de facto eine umfassende Kontrolle aller elektronischen Kommunikation vorsah. Dieser massive Eingriff in Bürgerrechte wurde von vielen scharf kritisiert. Eine Publikation der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit aus dem Juni 2023 zeigte eindrücklich, dass ein Vorhaben wie die Chatkontrolle europa- und verfassungswidrig wäre. Das „Digitale Briefgeheimnis – Herleitung des Rechts auf Verschlüsselung“ von Prof. Dr. Dennis-Kenji Kipker fand auch auf der Digitalmesse re:publica im Juni großen Anklang. Beim Webtalk „Digitale Kommunikation unter Generalverdacht“ im Dezember 2023 präsentierte der Gutachter ein weiteres Mal seine Ergebnisse.

Im Dezember 2023 jährte sich das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum 40. Mal. In diesem Urteil stellte das BVerfG zum ersten Mal die Existenz eines Rechts auf Datenschutz als Teil des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts fest. Damit legte es den Grundstein für das deutsche Datenschutzrecht, das schließlich auch Vorbild für die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wurde. Anlässlich des Jubiläums führte die Stiftung eine Umfrage durch, die das Stimmungsbild der Deutschen zur deutschen und europäischen Datenschutzgesetzgebung, Wissen um den

Datenschutz im Allgemeinen und das Themenfeld Datenschutz und Künstliche Intelligenz beleuchtete. Die Ergebnisse zeigen, dass Datenschutz ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung ist. Allerdings scheinen die Regeln teilweise zu kompliziert zu sein – nicht immer wird die hohe grundsätzliche Zustimmung im alltäglichen Handeln umgesetzt.

Ein weiteres Thema, das ebenfalls im Jahr 2024 eine größere Rolle spielen wird, ist die Überwachungsgesamtrechnung. Seit dem Urteil des BVerfG zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung im Jahr 2010 wurde in der Rechtswissenschaft eine Debatte um eine bessere Evaluierung der Sicherheitsgesetze geführt. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit konnte 2022 mit dem Entwurf eines Modellkonzepts einen Impuls in diese Debatte einbringen. Nun soll die Überwachungsgesamtrechnung 2024 im Auftrag der Bundesregierung erstmals durchgeführt werden. Die Stiftung wird diesen Anlass aufgreifen und in ihrem Veranstaltungsprogramm diskutieren. ■

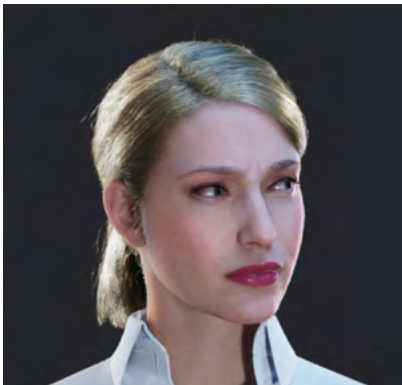


Publikation:
„Datenschutz in
Deutschland“

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ – CHANCEN UND RISIKEN AUS LIBERALER SICHT

Welche Auswirkungen wird Künstliche Intelligenz (KI) auf unsere Gesellschaft haben? Ein Thema, das die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in vielen Veranstaltungen diskutierte.

Im Jahr 2023 rückte die Digitalpolitik durch die Einführung des Programms ChatGPT Ende 2022 verstärkt in den Fokus der öffentlichen Debatte, wobei generative KI im Mittelpunkt stand.



Electra ist ein Multimodaler Avatar basierend auf aktuellen generativen KI-Technologien.

Bereits im Januar 2023 waren durchschnittlich etwa 13 Millionen Besucherinnen und Besucher von ChatGPT pro Tag zu verzeichnen. Neben der Begeisterung über die vielfältigen Potenziale der KI kamen auch berechtigte Sorgen auf über ihren möglichen Missbrauch in Autokratien, etwa durch Gesichtserkennung und Überwachung im öffentlichen Raum. Um diese Art des Missbrauchs zu verhindern, hat die Europäische Union 2023 intensiv an einer umfassenden KI-Verordnung gearbeitet. Die EU ist jedoch nicht der einzige Akteur, der Standards setzen will. China hat sich das Ziel gesetzt, bis 2030 nicht nur die globale Führung bei KI einzunehmen, sondern auch die eigenen Rahmenbedingungen international

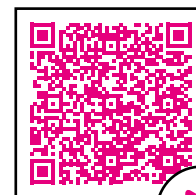
zu etablieren. China betont dabei keine übergeordneten ethischen Standards, sondern setzt sich für eine schrittweise Einführung von KI-Ethiksystemen ein, die an die jeweiligen nationalen Bedingungen, also nationale Gesetze und Interessen, angepasst sind.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gestaltete mit Veranstaltungen den KI-Diskurs 2023 aktiv mit: von Grundsatzfragen, was KI eigentlich ist, bis zu spezifischen Debatten wie der Rolle von KI im Justizwesen. Bei dem re:publica Reeperbahn Festival, einer neuen Ausgründung des in Berlin etablierten Events, hat die Stiftung ein Panel veranstaltet zum Thema „Chatting with the Bot – wie wird Künstliche Intelligenz unsere Gesellschaft verändern?“. Mit auf der Bühne saß dort Electra, ein Avatar auf Basis eines Large Language Models, welcher mit den Expertinnen und Experten und dem Publikum interagierte. Electra hat auch auf anderen Veranstaltungen der Stiftung über KI gesprochen, so zum Beispiel über die Bedeutung von generativer KI für Kunst und Kunstschaffende. Die Gestaltung fängt bereits bei den Unternehmen an, die KI entwickeln. Deswegen hat die Stiftung zum Beispiel gemeinsam mit Microsoft eine Veranstaltung zu verantwortungsbewusster Gestaltung von KI organisiert.

Doch auch die Politik trägt Verantwortung. Teresa Widlok, Leiterin der Abteilung Globale Themen der Stiftung, gestaltete bei der FDP-Fraktionsveranstaltung „AI Revolution“ im Jahr 2023 ein Panel zur

Ausgestaltung der KI-Regulierung mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Die Digital-Expertin Zoë van Doren moderierte ein Panel, das die Gefahren und Potenziale von KI für die Demokratie beleuchtete, ein Thema, das auch Teil der Kooperation mit dem iRights.Lab ist. Die resultierende Publikation über die internationale Nutzung von KI zur Förderung demokratischer Prozesse wird 2024 veröffentlicht. Die Arbeit mit der Zivilgesellschaft erfolgte in Workshops sowohl in Deutschland als auch in Taipei, um praktische Anwendungen von KI zur Effizienzsteigerung in der eigenen Arbeit zu erkunden. Ein Workshop in Taipei fokussierte sich auf die Nutzung von KI-Tools für eine schnellere Datenverarbeitung, um Demokratie- und Menschenrechtsaktivistinnen mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit und Advocacy zu ermöglichen. Die Stiftung betont, dass KI sowohl eine Chance als auch ein Risiko darstellt und es von entscheidender Bedeutung ist, sie als Gesellschaft aktiv für die Stärkung der Demokratie einzusetzen. ■

Schauen Sie hier das YouTube Video „Chatting with the Bot“ auf der re:publica.



PRESSEFREIHEIT UND MEDIENINNOVATION IM ZEITALTER DER KI

Weltkongress und Media Innovation Festival 2023

Der Weltkongress und das Media Innovation Festival 2023, organisiert vom Partner des Internationales Journalisten- und Mediendialogprogramm (IJMD) International Press Institute (IPI), fanden am 25. und 26. Mai 2023 im Wiener Museumsquartier statt. Diese hoch angesehene Veranstaltung brachte Journalistinnen und Journalisten, Redakteure und sowie Verlegerinnen und Verleger aus aller Welt zusammen, um über die sich entwickelnde Landschaft des unabhängigen Journalismus sowie den Technologie-Fortschritt zu diskutieren.

Das Thema „Pressefreiheit und Medieninnovation im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz“ zielte darauf ab, die Zukunft der Nachrichtenmedien zu sichern und gleichzeitig auf den starken Fundamenten der Vergangenheit aufzubauen. Die Konferenz befasste sich mit der Frage, wie neue Technologien, wie die Künstliche Intelligenz (KI), die Nachrichtenredaktionen revolutionieren und die Qualität des Journalismus verbessern können. Ziel der Veranstaltung war es, die Zusammenarbeit und Innovation im Bereich des Journalismus zu fördern und neue Wege zu erkunden, um sicherzustellen, dass die Pressefreiheit in einer zunehmend komplexen und vernetzten Welt geschützt wird. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Redner und Teilnehmende teil, darunter Journalistinnen und Journalisten, Medienmanager, Akademikerinnen und Akademiker sowie Technologieexperten. Im Laufe der zweitägigen Veranstaltung hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, an verschiedenen Workshops, Podiumsdiskussionen, darunter zwei von FNF-Europe aus Brüssel organisierte Panels, sowie an der Verleihung der IPI- und IMS-Preise und an Networking-Events teilzunehmen.

Eines der wichtigsten Diskussionsthemen waren nachhaltige Geschäftsmodelle für den Journalismus. Mit dem Aufkommen der digitalen Medien sind die traditionellen Einnahmequellen für Nachrichtenorganisationen zusammengebrochen. Die Podiumsteilnehmenden untersuchten neue Wege, um den Journalismus zu finanzieren und seine Nachhaltigkeit auf lange Sicht zu gewährleisten.

Ein weiteres wichtiges Thema waren die Risiken und Chancen der KI. Während KI das Potenzial hat, die Art und Weise, wie Nachrichten produziert und konsumiert werden, zu revolutionieren, birgt sie auch erhebliche Risiken, wie die Verbreitung von Desinformationen und die Erosion des Vertrauens in den Journalismus. Die Diskussionsteilnehmenden erörterten, wie diese Risiken gemildert und die Chancen der KI genutzt werden können. Journalistinnen und Journalisten sind in vielen Ländern Zensur, Schikanen und sogar Gewalt ausgesetzt, nur weil sie ihre Arbeit machen. Die Bedrohung der Pressefreiheit in der ganzen Welt wurde ebenfalls in verschiedenen Panels diskutiert. Die Podiumsteilnehmenden untersuchten, wie die Pressefreiheit geschützt werden kann und wie sichergestellt werden kann, dass Journalistinnen und Journalisten sicher und ohne Angst vor Repressalien arbeiten können.

Auf einer der abgehaltenen Sitzungen des Kongresses war die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten, die in gefährdeten Gebieten arbeiten, ein wichtiges Diskussionsthema. Der Kongress unterstrich die Ansicht, dass die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten, die sich der Verbreitung genauer und zuverlässiger Informationen für die Öffentlichkeit verschrieben haben,

selbst angesichts von Gefahren und Widrigkeiten unbedingt Vorrang haben muss. Das globale Netzwerk des IPI forderte alle Mitgliedsstaaten der Media Freedom Coalition (MFC) und die Partnerstaaten der MFC nachdrücklich auf, Notfall-Visaprogramme einzurichten, um gefährdeten Journalistinnen und Journalisten eine vorübergehende Zuflucht zu bieten. Die Mitglieder des IPI-Kongresses sprachen sich dafür aus, dass diese Programme leicht zugänglich sein und den Empfehlungen der hochrangigen Gruppe von Rechtsexpertinnen und -experten für Medienfreiheit entsprechen sollten.

Der Kongress war auch deshalb von großer Bedeutung, da er erfahrene Journalistinnen und Journalisten aus der ganzen Welt zusammenbrachte, um die neuesten technologischen Fortschritte im Journalismus zu diskutieren. Darüber hinaus demonstrierten sie ihre Einigkeit bei der Förderung der Informationsverbreitung in Ländern, in denen die Meinungsfreiheit gefährdet ist, und zeigten sich solidarisch mit Journalistinnen und Journalisten, die Risiken ausgesetzt sind. ■

Gastbeitrag von Hamid Obaidi, 12.6.2023 auf freiheit.org

INNOVATIVE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK SOWIE WELTWEITE ZUSAMMENARBEIT

- KLIMARESILIENZ
- GEOÖKONOMIE UND GLOBALISIERUNG
- GAMECHANGER GEOTHERMIE
- NACHHALTIGE ENERGIEIMPORTE 2045
- STIFTUNGSINITIATIVE „NAUMANN GOES ECO“ GESTARTET



Justus Lenz
Leiter des Liberalen Instituts
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

LIBERALE ENERGIEPOLITIK FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Nach dem Energiepreisschock infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im vergangenen Jahr ihre Bemühungen im Bereich Energie- und Klimapolitik verstärkt. Angesichts der neuen Rahmenbedingungen gewinnt die Frage nach einem erfolgreichen Umstieg auf eine klimaneutrale, bezahlbare und sichere Energieversorgung noch mehr an Dringlichkeit. Die prekäre Lage vieler Haushalte und Unternehmen aufgrund der Preisexplosion unterstreicht erneut die zentrale Rolle der Kosten bei der Umstellung auf eine klimaneutrale Energieversorgung. Zudem ist es geboten, angesichts der russischen Strategie, Gas als politische Waffe einzusetzen, keine neuen geostrategischen Abhängigkeiten zu schaffen. Es ist wichtig, dass die Energielieferbeziehungen der Zukunft widerstandsfähiger und vielfältiger gestaltet werden müssen, um nicht weiter von Russland abhängig zu sein.

Das Liberale Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat vor diesem Hintergrund 2023 zwei Gutachten zu Technologien veröffentlicht, die jeweils einen entscheidenden Beitrag zu einer zukünftigen klimaneutralen Energieversorgung leisten können: Tiefengeothermie sowie klimaneutral erzeugte Energieimporte wie Wasserstoff, E-Fuels oder Ammoniak.

Das Gutachten zur Tiefengeothermie untersucht Möglichkeiten, das Risiko fehlgeschlagener Bohrungen zu reduzieren. Die Ergebnisse wurden auf Stiftungsveranstaltungen diskutiert und in einem Gastbeitrag von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué in der Zeitschrift „Kommunal“ vorgestellt. Die Tiefengeothermie hat enormes Potenzial, da rund ein Viertel des deutschen Wärmebedarfs damit gedeckt werden könnte. Trotz ihrer dauerhaften Verfügbarkeit und klimaneutralen Energieerzeugung wird sie bisher in Deutschland nur in geringem Umfang genutzt, hauptsächlich aufgrund des Restrisikos bei den Bohrungen. Diese sind sehr teuer und erreichen selbst bei sorgfältiger Vorbereitung keine hundertprozentige Erfolgsquote.

Das Gutachten „Nachhaltige Energieimporte“ analysiert den zukünftigen Importbedarf und potenzielle Energieträger für klimaneutrale Energieimporte. Es skizziert auch ein mögliches Netzwerk resilienter Handelspartnerschaften. Die Ergebnisse wurden auf verschiedenen Veranstaltungen, Roundtables und Präsentationen mit großer Resonanz vorgestellt und auf der Klimakonferenz COP28 in Dubai diskutiert. Diese internationale Plattform bot die Gelegenheit, die Arbeit der Stiftung vor einem weltweiten Publikum zu präsentieren. Die Einblicke der ukrainischen Abgeordneten Inna Sovsun und Dr. Hakima El Haité, der Präsidentin von Liberal International, bereicherten die Debatte über die Gestaltung eines nachhaltigen, resilienten und gerechten Energie- und Wirtschaftssystems. Der Austausch mit Unternehmensvertreterinnen und -vertretern, international anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und anderen Stakeholderinnen und Stakeholdern während und nach der COP28 lieferte wichtige Impulse für die weitere Arbeit der Stiftung. Im zweiten Quartal 2024 ist die Veröffentlichung eines Folgegutachtens geplant, das konkrete Projekte für das weltweite Hochfahren der Wasserstoffwirtschaft untersucht.

Obwohl der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung mittlerweile hoch ist, decken fossile Energieträger immer noch mehr als drei Viertel des Primärenergiebedarfs in Deutschland, vor allem Erdöl, Kohle und Gas, die größtenteils importiert werden. Diese fossilen Brennstoffe dienen nicht nur der Strom- und Wärmeerzeugung sowie dem Verkehrssektor, sondern auch als Grundstoffe für die chemische Industrie. Auch in einer klimaneutralen Zukunft wird Deutschland voraussichtlich auf Energieimporte angewiesen sein. Diese müssen jedoch aus klimaneutraler Erzeugung stammen.

In Deutschland müssen die Kapazitäten für klimaneutrale Energieerzeugung weiter ausgebaut werden. Dabei sind neben Klimaverträglichkeit und Versorgungssicherheit auch geopolitische Aspekte zu berücksichtigen, was in der Vergangenheit oft vernachlässigt wurde. Eine Studie, betreut von FNF Brüssel und dem Liberalen Institut, untersucht die geoökonomischen Risiken, die mit der chinesischen Marktdominanz bei der Produktion von Solarzellen einhergehen. Die Empfehlung lautet klar: Um strategische Abhängigkeiten zu reduzieren, sollten die Lieferketten diversifiziert werden. Die Studie wurde auf Veranstaltungen in London, Brüssel und Berlin präsentiert und erhielt positive Resonanz in den Medien.

Auch im Jahr 2024 wird die Frage, wie eine klimaneutrale, bezahlbare und resiliente Energieversorgung der Zukunft gestaltet werden kann, einen zentralen Schwerpunkt der Stiftungsarbeit darstellen. ■

KLIMARESILIENZ: INNOVATIVE LÖSUNGEN FÜR DIE STADT VON MORGEN

Die Folgen des Klimawandels, wie Hitze, Dürre und Starkregen, sind in Deutschland spürbar, insbesondere in Städten, wo Hitzeinseln entstehen und die Folgen von Wetterextremen verheerend sein können. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat eine Studie in Auftrag gegeben, die aufzeigt, wie Kommunen, inspiriert durch Erfahrungen im globalen Süden, mit den Herausforderungen des Klimawandels umgehen können. Dabei betont die Studie die Bedeutung innovativer Ansätze, um ökonomische, ökologische und soziale Ziele gleichermaßen zu berücksichtigen und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht von Wetterextremen beeinflussen zu lassen.

Obwohl Hitzeperioden und starke Regenfälle auch in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland auftraten, zeigt sich, dass ihre Dauer und Häufigkeit aufgrund des Klimawandels signifikant zunehmen. Städte sind von dieser Entwicklung besonders betroffen. Dort können sich sogenannte Hitzeinseln bilden, wodurch der Temperaturunterschied zwischen Stadt und Umland bis zu 10 Grad Celsius betragen kann. Der gefühlte Temperaturunterschied kann sogar noch deutlich höher liegen. Die Ursachen sind vielfältig: Viele der in Städten verwendeten Materialien wie Beton, Asphalt oder Metall erhitzen sich besonders stark. Verkehr und Industrie

treiben die Hitzeentwicklung weiter an und aufgrund des hohen Anteils versiegelter Flächen fehlt es an kühlenden Verdunstungsmöglichkeiten. Zugleich reduziert dies die Bodenkapazität, Regenwasser bei Starkregen aufzunehmen, was Überflutungen begünstigen kann. Diese Entwicklungen stellen ein ernsthaftes Problem für Bevölkerung und Wirtschaft dar, da sich immer mehr Menschen und Sachwerte in Städten konzentrieren. Die Auswirkungen von Wetterextremen im urbanen Raum können daher verheerend sein.

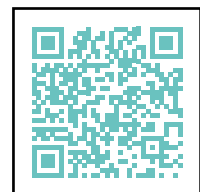
Klimaschutz hat weiter Priorität – ohne eine umfassende Reduktion der Treibhausgasemissionen sind die Folgen des Klimawandels nicht zu kontrollieren. Aber trotz aller Anstrengungen müssen die Menschen lernen, mit den Folgen des Klimawandels zu leben. Dabei sollten wir uns auf Maßnahmen konzentrieren, die die größtmögliche Wirkung und das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis bieten. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat daher das Beratungsunternehmen adelphi beauftragt, eine Studie zu erstellen, die innovative Wege aufzeigt, wie Kommunen die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen können.

Die Studie „Klimaresilienz“ konzentriert sich insbesondere auf Erfahrungen aus dem globalen Süden, wo Länder in den

tropischen Breiten bereits umfassende Kenntnisse im Umgang mit Extremereignissen wie Hitzewellen und Starkregen gesammelt haben. Die Autorinnen und Autoren der Studie verdeutlichen dies anhand von Beispielen wie den Vorteilen von Tiny Forests in Amman, den Auswirkungen grüner Korridore in Medellín und den positiven Effekten innovativer Parkgestaltungen in Bangkok.

Gleichzeitig wird betont, dass diese Maßnahmen erhebliche Opportunitätskosten mit sich bringen. In wachsenden Städten konkurrieren knappe Flächen für den Wohnraum mit der Notwendigkeit, Kaltluftschneisen un bebaut zu lassen. Ebenso stehen Flächen für zunehmenden Auto-, ÖPNV- und Fahrradverkehr im Wettbewerb mit der Entsiegelung, die für den Umgang mit Starkregen und Trockenheit entscheidend ist. Daher kommt es entscheidend auf innovative Ansätze an, wie multifunktionale Flächennutzungen, um ökonomische, ökologische und soziale Ziele gleichermaßen in der Stadt der Zukunft zu berücksichtigen und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht durch Wetterextreme zu beeinträchtigen. ■

Lesen Sie hier
die Publikation
„Klimaresilienz“.



Der Centenary Park
in Bangkok mit dem
begrüntem Dach
des Museums und
der Skyline
im Hintergrund

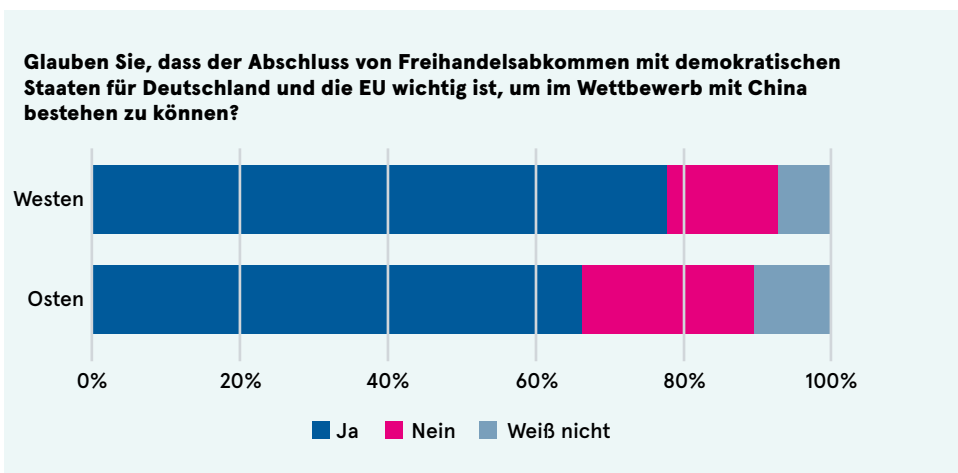
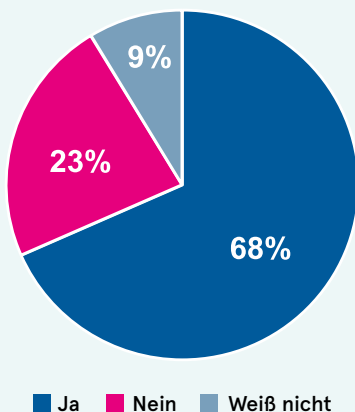
GEOÖKONOMIE UND GLOBALISIERUNG

Die geopolitische Notwendigkeit des Freihandels

Das Jahr 2023 markierte eine Phase globaler Umwälzungen und wirtschaftlicher Fragmentierung, insbesondere vor dem Hintergrund einer strategischen Entkoppelung, die China selbst betreibt. Freihandelsabkommen und wirtschaftliche Kooperation sind wichtige Instrumente zur Bildung von Allianzen.

Der Anteil des weltweiten Handels am chinesischen Bruttoinlandsprodukt sank gemäß Weltbankdaten seit 2006 stetig: von 64 Prozent auf 38 Prozent im Jahr 2022. Parallel dazu reduzierte sich der Anteil der USA am chinesischen Handel leicht von 15 Prozent (2006) auf 12,5 Prozent (2021). Der 14. Fünfjahresplan betont die strategische Entkopplung Chinas von globalen Partnern. Allerdings besteht die Notwendigkeit, die Bedürfnisse des chinesischen Staates und der Bevölkerung autonom zu bedienen, ohne die innenpolitische Stabilität durch Krisen oder Sanktionen zu gefährden. Diese geoökonomische Neuorientierung, weg von rein wirtschaftlichen Interessen, findet weltweit statt. Chinas erzwungene Maßnahmen haben jedoch seit 2008 laut Angaben der amerikanischen Denkfabrik CSIS

Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu: „Freihandelsabkommen zwischen der EU und demokratischen Staaten sind wichtig, um die Abhängigkeit von Autokratien zu reduzieren“?



einen ökonomischen Schaden in zweistelliger Milliardenhöhe verursacht, hauptsächlich zu Lasten asiatischer und westlicher Staaten.

Eine geoökonomische Perspektive muss nicht zwangsläufig zu mehr Protektionismus oder Sanktionen führen. Freihandelsabkommen und wirtschaftliche Kooperation können wichtige Instrumente zur Bildung von Allianzen sein und durch alternative Lieferketten oder Handelspartner besser Schocks abfedern. Das beweist der europäische Binnenmarkt schon nach 30 Jahren. Laut einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Umfrage der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit stimmten in Deutschland nahezu drei Viertel (73,5 Prozent) der Befragten der Aussage zu, dass der europäische Binnenmarkt für ihr tägliches Leben sehr wichtig ist.

Während alle vier europäischen Grundfreiheiten weiterhin mit über 59 Prozent stark befürwortet werden, steht besonders die Wichtigkeit des freien Warenverkehrs mit 89,7 Prozent ganz oben auf der Liste der Befragten. Die Vertiefung der Integration wurde 2023, unter anderem im Rahmen des FNF-

Formats der „Finanzpolitischen Mittagspause“ mit dem Titel „Was bedeutet der Euro-Beitritt für Kroatien und die Eurozone?“, diskutiert.

Nicht nur aus innenpolitischer Sicht unterstützt die deutsche Bevölkerung klar den freien Handel. Eine weitere Umfrage der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit untermauert den Wunsch nach einem verstärkten Einsatz Deutschlands für den schnellen Abschluss von Freihandelsabkommen (66 Prozent). Zwei Drittel der Deutschen zeigen eine klare Präferenz für den Abschluss von Freihandelsabkommen mit demokratischen Staaten, um im Wettbewerb mit China zu bestehen und die Abhängigkeit von Autokratien zu verringern. Dabei werden insbesondere die USA (71 Prozent) und die Mitglieder von Mercosur (61 Prozent) als positive Partner wahrgenommen.

In Kooperation mit dem World Order and Globalization Hub fand im November 2023 die Studienreise „Free Trade: How to Win Friends and Alliances in the Geoeconomic Age“ in Washington, D.C. und Houston, Texas statt.

Link zur Studienreise:



GAMECHANGER GEOTHERMIE

Ein Beitrag für Klimaschutz und Resilienz

Kaum eine Frage hat im vergangenen Jahr so intensiv die Gemüter erhitzt wie die Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz. Doch warum? Um die Klimaziele zu erreichen, ist eine rasche und deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen, insbesondere im Wärmesektor, also bis in die Haushalte der Bevölkerung hinein, notwendig. Tiefengeothermie könnte ein Gamechanger sein, wie ein Gutachten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigt.

Trotz der komplexen Ausgangslage und der enormen Bedeutung des Klimaschutzes erstaunt es, dass die Tiefengeothermie als klimaneutrale, zuverlässige und von externen Einflüssen unabhängige Wärmequelle in Deutschland bisher kaum genutzt wird. Die Technologie könnte allein etwa ein Viertel des deutschen Wärmeenergiebedarfs decken und über Wärmenetze an Haushalte liefern. Insbesondere im Kontext der kommunalen Wärmeplanung ist die Technologie ein bedeutendes, bisher oft übersehenes Asset. Die Geothermie kann auch einen erheblichen Anteil des industriellen Wärmebedarfs decken und ist unabhängig von Wetterbedingungen oder unsicheren Energieimporten. Zudem entstehen dabei keine CO₂-Emissionen, was sowohl den Zielen der klimaneutralen Wärmewende als auch der politischen Resilienz entspricht. Daher unterstützt die Geothermie sowohl das politische Ziel einer klimaneutralen Wärmewende als auch das der politischen Resilienz.

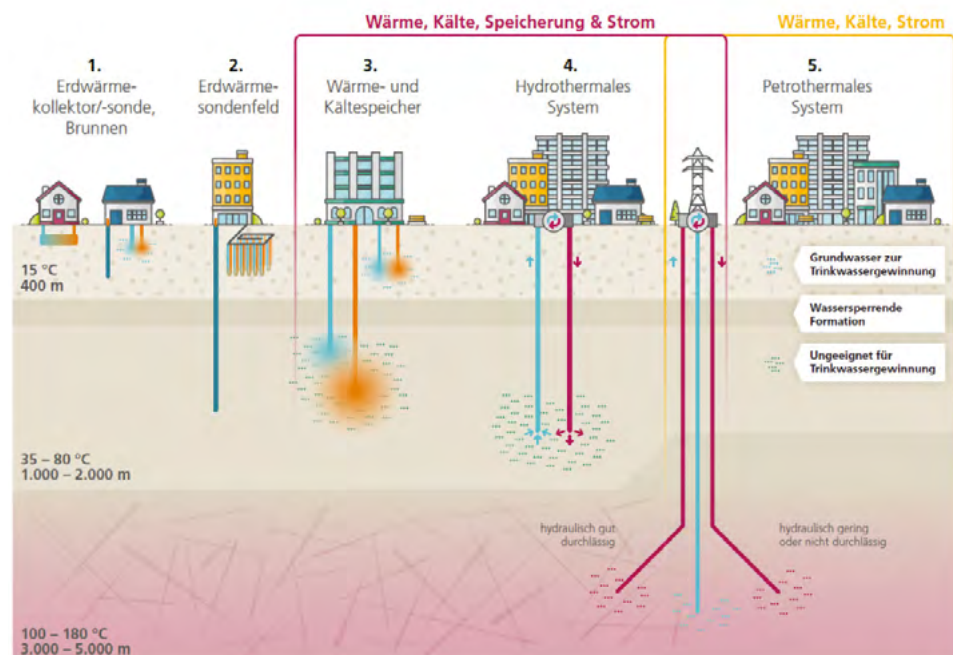
Allerdings gibt es Unsicherheiten über die Bedingungen der tiefliegenden Was-

serspeicher und aufgrund hoher Bohrkosten können sich viele kommunale Wärmeversorger einen Bohrausfall nur schwer leisten, zumal Versicherungsinstrumente bisher fehlen. Ein neues Gutachten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit diskutiert mögliche Lösungsansätze, wie Risiken sinnvoll und anreizkompatibel aufgeteilt werden können, um die Kosten für Unternehmen und Endnachfrager zu senken. Die Studie schlägt zudem vor, eine systematische seismische Explorationskampagne, wie das im Jahr 2021 gestartete Projekt „SeismikNRW“ des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums, als Beispiel zur Risikominimierung für das gesamte Bundesgebiet zu nutzen.

Die Relevanz dieses Themas wird nicht nur vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, sondern von verschiedenen Akteuren erkannt. Die Veranstaltungen zur Ver-

öffentlichung des Themas waren und sind äußerst erfolgreich, was sich an den großen Teilnehmerzahlen der Veranstaltungen und Workshops in Berlin wie auch der Veranstaltungen der Landesbüros zeigt.

Die Gutachter setzen ihre Aktivitäten nicht nur auf Fachkonferenzen und Veranstaltungen fort, sondern pflegen auch einen intensiven Austausch auf Landesebene mit dem politischen Umfeld. Ziel ist es, der Geothermie eine ernsthafte Chance zu bieten, als Gamechanger wahrgenommen zu werden. ■



Überblick geothermischer Methoden

Lesen Sie hier
die Publikation
„Tiefengeothermie“.



NACHHALTIGE ENERGIEIMPORTE 2045

Die Studie „Nachhaltige Energieimporte 2045“ der C4D GmbH im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit widmet sich den Energieimporten Deutschlands heute und in Zukunft.

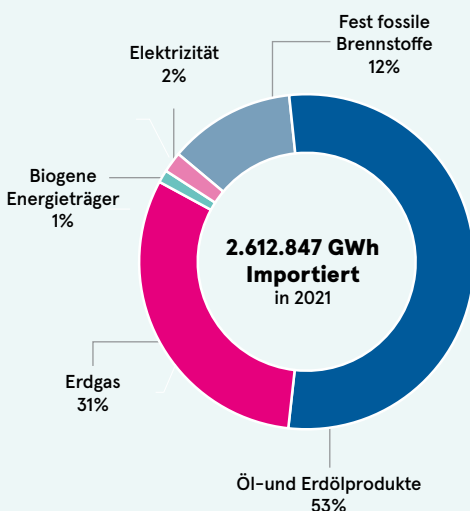
Aktuell sind 76 Prozent der deutschen Primärenergie importiert und fossil, sodass enorme Anstrengungen nötig sind, um die Klimaziele von Paris mit weiterem Wohlstand und somit auch den UN-Nachhaltigkeitszielen insgesamt in Einklang zu bringen. Die Studie „Nachhaltige Energieimporte 2045“ zeigt die Herausforderungen in diesem Prozess anhand der Energie- und Importbedarfe über wichtige Sektoren (Straßenverkehr, Haushalte, Chemieindustrie), erzeugt eine Entscheidungsgrundlage für die Wahl von nachhaltigen Energieträgern und gibt Ausblicke auf mögliche zukünftige Partnerschaften, die den Import von nachhaltigen Energieträgern ermöglichen.

Der Erfolg der deutschen Industrialisierungsgeschichte wurde maßgeblich von preisgünstigen und hochwertigen Steinkohlevorkommen beeinflusst, die die Entwicklung von Schlüsseltechnologien wie der Stahlverhüttungsindustrie und dem Eisenbahnbau ermöglichten. Mit der schrittweisen Aufgabe des heimischen Bergbaus im 20. Jahrhundert aus ökonomischen und Umweltgründen geriet Deutschland in eine wachsende energiepolitische Abhängigkeit. Gegen Ende des vergangenen Jahrtausends verstärkte sich die Besorgnis hinsichtlich der Klimaauswirkungen unserer Energiepolitik. Die aktuelle Situation zeigt, dass immer noch etwa 80 Prozent der in Deutschland verbrauchten Energie aus fossilen, also klimaschädlichen Quellen stammen – und rund 76 Prozent unserer Energie aus Drittländern.

3. Wenn Deutschlands industrielle Basis erodiert, vermindern sich auch die Möglichkeiten, am internationalen Energiemarkt zu partizipieren.
4. In der aktuellen Situation braucht es notwendige Investitionen in mögliche Handelsportfolien sowie eine technologieoffene Energiepolitik im Inland.

Das Liberale Institut präsentierte die Studie erfolgreich bei verschiedenen Veranstaltungen und Konferenzen, darunter auf dem Innovationsfrühstück mit dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) und der Weltklimakonferenz in Dubai (COP 28) im November und Dezember 2023. Die positive Resonanz von Medien und politischen Akteuren führte zu weiteren Präsentationen und Workshops in Deutschland sowie einem für 2024 geplanten internationalen Roll-out in Marokko, Südostasien, Lateinamerika und anderen Regionen. Angesichts dieses Erfolgs plant das Liberale Institut eine Folgestudie zur Identifizierung von Best-Practice- und Innovationsstrategien für die Wasserstoffwirtschaft, um eine Investitionsstrategie für den deutschen Wirtschaftsstandort zu entwickeln. ■

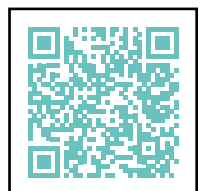
Zusammensetzung der deutschen Energieimporte



Dies wirft entscheidende geo- und energiepolitische Fragen auf, für die bisher keine vollständigen Antworten gefunden wurden. Das Liberale Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat daher eine Studie zu nachhaltigen Energieimporten in Auftrag gegeben, die zu folgenden Schlussfolgerungen kommt:

1. Energieimporte werden auch langfristig eine bedeutende Rolle im deutschen Energieverbrauch spielen.
2. Um Risiken zu vermeiden, sollte eine nachhaltige Energieimportstrategie eine Vielzahl von Handelspartnern und Energieträgern einbeziehen.

Lesen Sie hier die Publikation „Nachhaltige Energieimporte 2045“.



STIFTUNGSINITIATIVE „NAUMANN GOES ECO“ GESTARTET

Wie lässt sich der CO₂-Fußabdruck einer global agierenden Stiftung mit zahlreichen Arbeitseinheiten im In- und Ausland messen und langfristig reduzieren? Welche weltweiten Stiftungsprojekte wurden bereits gestartet, um eine engere Verbindung zwischen Liberalismus und Ökologie herzustellen? Die stiftungsinterne Initiative „Naumann goes eco“ hat sich diesen Fragen gewidmet und ist dabei auf engagierte Stiftungsmitarbeitende getroffen, die dieser Herausforderung mit viel Gestaltungsfreude und Kreativität begegnen.

Auf Initiative von Sebastian Vagt, Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Marokko, ist Ökologie ein neues strategisches Ziel der Stiftung. Ihm war aufgefallen, dass in Marokko Umweltverschmutzung und fehlende Konzepte zur Nachhaltigkeit ganz konkret die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigen. Und nicht nur dort, viele Kolleginnen und Kollegen auf der ganzen Welt standen vor ähnlichen Herausforderungen – viele arbeiteten aber auch bereits mit Partnerorganisationen an konkreten liberalen Lösungsansätzen für mehr Nachhaltigkeit.

Um die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit glaubwürdig anzugehen, führte die Stiftung im Jahr 2023 eine Nullmessung ihres CO₂-Fußabdrucks durch. Hierbei wurden alle Inlandsbüros und ein Viertel der Auslandsbüros gebeten, ihre verursachten Emissionen anzugeben. Externe Experten nutzen diese Daten, um den CO₂-Ausstoß der gesamten Stiftung präzise zu berechnen. Diese Messung bildet die Grundlage für konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen.

Einzelne Stiftungsbüros stehen vor besonderen Herausforderungen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



Auf dem Bürodach von Sophia wohnen jetzt Bienenvölker.

arbeitet in verschiedenen Klimazonen und in Staaten mit unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Es gibt Länder, in denen die Stromversorgung unzureichend ist und auf Generatoren zurückgegriffen werden muss. Ebenso gibt es Regionen ohne funktionierendes Straßen- oder Eisenbahnnetz, in denen das Flugzeug oft die einzige Alternative ist, um andere Landesteile zu erreichen. Damit dies auch in Zukunft möglich bleibt, hat sich die Stiftung das Ziel gesetzt, möglichst viel Kohlenstoffdioxid an anderer Stelle einzusparen. Die Mitarbeiterschaft unterstützt diese Bemühungen aktiv.

„Es freut mich sehr, mit welchem Engagement unsere Mitarbeitenden die Initiative ‚Naumann goes eco‘ unterstützen“, sagt Annett Witte, Hauptgeschäftsführerin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. „Der Liberalismus sollte ein umfassendes Politikangebot anbieten, wozu auch die Auseinandersetzung mit durch

den Klimawandel verursachten Problemen gehört. Denn deren Auswirkungen spüren wir auf der ganzen Welt und natürlich auch bei uns in Deutschland.“

Die Theodor-Heuss-Akademie, die Bildungsstätte der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Gummersbach, setzt bereits seit einigen Jahren auf regionale Lebensmittel, um Fahrtwege zu minimieren und nachhaltige Landwirtschaftskonzepte zu unterstützen. In Sofia fördert das Stiftungsbüro mit eigenen Bienenstöcken die Biodiversität, während die Büros in Islamabad und Johannesburg sich durch Photovoltaikanlagen mit nachhaltigem Strom versorgen.

Als politische Stiftung, deren Haupttätigkeit im Dialog und Austausch besteht, wird darauf geachtet, Menschen aus verschiedenen Orten miteinander in Kontakt zu bringen. Um dies möglichst klimaneutral zu gestalten, arbeitet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit nun transparent und nachvollziehbar. Nach Abschluss der Nullmessung im Frühjahr 2024 wird die Stiftung aktiv daran arbeiten, ihren CO₂-Fußabdruck weiter zu reduzieren. Es ist unser gemeinsames Ziel, den kommenden Generationen eine Welt zu übergeben, die ihnen ebenso viele Möglichkeiten bietet wie unserer Generation. Für Nachhaltigkeit und Freiheit. ■

Panele auf dem FNF-Büro in Islamabad.



Wir setzen Impulse für liberale Wirtschaftspolitik.



Mit unseren Studien und Veranstaltungen formen wir öffentliche Debatten. Erfahren Sie mehr zum Thema Wirtschaft:
www.freiheit.org/wirtschaft

MENSCHEN- RECHTE

UND

INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

- SOLIDARITÄT MIT ISRAEL
- LIBERALE MENSCHENRECHTSARBEIT 2023
- INTERNATIONALE MENSCHENRECHTSTAGUNG
- MARIA RESSA: „ICH WILL HANDELN“
- AFRICA FREEDOM PRIZE
- RAIF BADAWI TALK: WOMEN.PRESS.FREEDOM.
- HACKATHON ZU LGBTQIA+-RECHTEN
- RESHAPE EUROPE
- GLOBAL EXPERTISE HUBS DER STIFTUNG
- AUS DEN REGIONEN
- IM POLITISCHEN DIALOG



Anne Brasseur
Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

AUFSTEHEN FÜR DIE FREIHEIT

Einer der bedeutendsten Anlässe im Jahr 2023 war der 10. Dezember – der 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Der gemeinsame Standard ist eine Garantie für die Freiheit und Gleichheit jedes Individuums in Würde und Recht weltweit. Dennoch gab und gibt es auch in jüngster Vergangenheit grausame Verletzungen der Menschenrechte durch Terror, aggressive Kriege und Konflikte sowie zahlreiche Beschränkungen der Grundfreiheiten durch Autokratie und Diktaturen.

Die Terrorangriffe der Hamas am 7. Oktober 2023 gegen unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten in Israel und die Geiselnahmen gerade von Frauen und Kindern haben uns bewiesen, dass wir zum Schutz der Menschenrechte nicht nur das Recht auf Selbstverteidigung, das in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, aufgreifen, sondern auch Terrorismus und Extremismus proaktiv bekämpfen sollten.

Putins Angriff auf die Ukraine hat schwerwiegende Folgen für den globalen Frieden, die Menschenrechte und die regelbasierte Rechtsordnung. Die von Russland begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind nicht nur völkerrechtswidrige grausame Verletzungen der Menschenrechte, sondern auch schwere Verstöße gegen die internationale regelbasierte Ordnung. Diese Entwicklungen sind für Demokratien und internationale Institutionen, die sich dem Schutz und der Durchsetzung der Menschenrechte widmen, mehr als alarmierend. Daher ist es eine rechtliche und moralische Verantwortung für die internationale Gemeinschaft und vor allem für die liberalen Demokratien, neben der militärischen Hilfe die Ukraine rechtlich und politisch zu unterstützen.

Internationales Recht, insbesondere Völkerstrafrecht, sollte auf allen Ebenen durchgesetzt werden. Da Russland nicht Mitglied des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag ist, scheint es aktuell schwierig zu sein, ein Sondertribunal zu etablieren. Jedoch dienen Völkerrechtsregeln langfristigen Zielen. Es ist notwendig, den ersten Schritt zu tun und die Verbrechen zu dokumentieren und womöglich das Weltrechtsprinzip aufzugreifen, um Putin und seine Verbündeten zur Rechenschaft zu ziehen.

Autokratische Regime und Diktaturen haben ein Ziel: die regelbasierte Weltordnung zu schwächen, um die Kritik an ihrer eigenen Missachtung der Menschenrechte zu beseitigen und die internationalen Menschenrechtsinstitutionen für ihre Interessen zu manipulieren. Der englische Begriff des „weaponizing“ beschreibt dieses Vorgehen treffend. 2023 wurden zahlreiche demokratische Oppositionspolitikerinnen und -politiker, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Frauenrechtsaktivistinnen und -aktivisten zunehmend bedroht, verfolgt, festgenommen und in politischen Gerichtsverfahren verurteilt. Osman Kavala in der Türkei, der mit dem

Václav-Havel-Menschenrechtspreis des Europarats ausgezeichnet wurde, sowie der vorherige Preisträger Vladimir Kara-Murza aus Russland sind nur zwei Beispiele für Personen, die von politisch beeinflussten Gerichten willkürlich bestraft worden sind. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, dass Kavala unverzüglich freizulassen ist, wurde von der Türkei noch nicht umgesetzt. Die Türkei muss ihren in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Verpflichtungen nachkommen.

Auch die Verdrängung der Frauen aus dem öffentlichen Leben in Afghanistan durch die Taliban – mit eindeutigen Beweisen für eine geschlechtsspezifische Apartheid – und die Folter, Unterdrückung und Ermordung dutzender Frauenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sind beispiellos und alarmierend. Das autokratische Regime im Iran ermordet Freiheitskämpferinnen wie Jina Mahsa Amini brutal und bringt Stimmen wie Narges Mohammadi, die 2023 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, zum Schweigen. Diese Stimmen fordern lediglich Freiheit und leisten Widerstand gegen Unterdrückung und Diktatur. Der Schutz derer, die sich im Exil befinden und von transnationalen Repressionen betroffen sind, sollte auch unsere Priorität sein. Es ist erschreckend festzustellen, dass in vielen Staaten, auch in Europa, die Rechte der LGBTQIA+-Community zusehends eingeschränkt werden. Das ist inakzeptabel.

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen zu vertreten sowie Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Grenzen zu empfangen und weiterzugeben. Die Erfahrungen im Jahr 2023 warnen uns, dass der Raum für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung kleiner wird. Das edle Streben zur Verwirklichung dieses Menschenrechts von Journalistinnen und Journalisten wird oft mit einem sehr hohen Preis bezahlt. Zudem sind Journalistinnen und Journalisten oft staatlichen und nichtstaatlichen Online-Schikanen, Einschüchterungen, Gewalt und Verfolgung ausgesetzt, wenn sie versuchen, wichtige Themen ans Licht zu bringen.

In einer Welt, in der das Wesen der Wahrheit oft auf dem Prüfstand steht, in der Desinformation, Überwachung von Aktivistinnen und Aktivisten und Fake News nicht nur in autokratischen Staaten gedeihen können, müssen wir all jene unterstützen, die bereit sind, für die liberalen Werte einzutreten, auf denen unsere freien demokratischen Gesellschaften beruhen. Es muss betont werden, dass die Arbeit von mutigen Journalistinnen und Journalisten, wie der Friedensnobelpreisträgerin und Journalistin Maria Ressa von den Philippinen, unerlässlich ist, um uns zu helfen, fundierte Entscheidungen auf der Grundlage von Transparenz zu treffen. So ist Ressa in der Stiftungs-Publikation „Human Rights Defenders“ mit einem Fokus auf Journalistinnen und Journalisten zu Wort gekommen.

Wir können nicht länger warten, wir müssen jetzt entscheiden und handeln! Das sollte unser Motto für 2024 sein. Wir müssen weitere Schritte unternehmen, um Menschenrechte und Freiheiten zu verteidigen. Das heißt auch, gegen Desinformationen und Fehlinformationen zu kämpfen, die von den Unterstützerinnen und Unterstützern autokratischer Regime verbreitet werden, die unbegründete Prozesse in einem System mit einer nicht unabhängigen Justiz nutzen, um Dissidentinnen und Dissidenten zum Schweigen zu bringen.

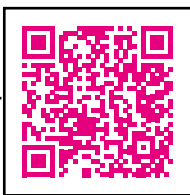
Lasst uns alle zusammen aufstehen für die Freiheit. ■

SOLIDARITÄT MIT ISRAEL

Der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober erschütterte die israelische Gesellschaft in ihren Grundfesten. Mit Veranstaltungen wie dem Besuch des israelischen Oppositionsführers **Jair Lapid**, Analysen und Publikationen hat die **Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit über den Konflikt informiert und den Antisemitismus in Deutschland in den Blick genommen. Die Stiftung unterstützt dabei den bilateralen Dialog auf dem Weg zu einer friedlichen Konfliktlösung.**

Der brutale Angriff vom 7. Oktober erschütterte die Wahrnehmung der Doktrin „Sicherheit durch Stärke“ und veranlasste eine Neubewertung der israelischen Prioritäten. Der Anschlag traf Israel mitten in einer innenpolitischen Krise, die bereits vor dem Krieg begonnen hatte – mit der Auflösung der Regierung im Jahr 2018 und den darauf folgenden verschiedenen Neuwahlen, die zur Rückkehr Benjamin Netanjahus an die Macht im Jahr 2022 führten.

Der Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit verurteilte sofort den heimtückischen Raketenterror und die furchtbare Gewalt der Hamas und anderer palästinensischer Terrormilizen sowie der mit dem Iran verbündeten Hisbollah auf das Schärfste. Die Stiftung steht solidarisch an Israels Seite, gegen Terror und für Frieden in der Region. Alle Menschen teilen das Grundrecht auf ein Leben in Sicherheit, frei von der Angst vor Gewalt.

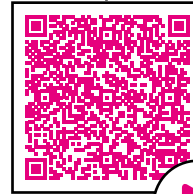


Lesen Sie hier die Publikation „Israels Krieg in Gaza verstehen“.

In verschiedenen Veranstaltungen analysierten Fachleute die Situation in Israel und im Gazastreifen. Ein Highlight war ein Webtalk aus der Reihe „What’s up, Israel“, bei dem Kristof Kleemann, Leiter des Jerusalemer Büros der FNF, mit Lorenz Deutsch, dem Vorsitzenden der Liberalen Freunde Israels e. V., und Jenny Havemann, Gründerin des German-Israeli Innovation Network (GIIN), sprach. **Jair Lapid**, liberaler Oppositionsführer und ehemaliger Premierminister Israels, kam am 18. Dezember 2023 nach Berlin, um für parteiübergreifende Unterstützung Israels zu werben. Dazu sprach er über die Notwendigkeit einer stärkeren Allianz der Verteidiger der liberalen Demokratie gegen ihre Feinde, von der Hamas bis zum Iran und Russland, sowie über seine Vision einer besseren Zukunft für das Zusammenleben von Israelinnen und Israelis mit Palästinenserinnen und Palästinensern.

Mit unserem gemischt israelisch-palästinensischen Team in einem gemeinsamen Büro in Jerusalem setzt sich die Stiftung seit mehr als 40 Jahren in Israel und den Palästinensischen Gebieten für liberale Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Respekt der Menschenwürde und Schutz von Bürger- und Menschenrechten ein. Unsere Überzeugung ist es, dass wir gerade in schwierigen Zeiten daran festhalten müssen, uns für Dialog und ein friedliches Zusammenleben einsetzen zu müssen. So wurde beispielsweise das Dialogprojekt zwischen israelischen und palästinensischen Unternehmerinnen und Unternehmern fortgeführt, auch wenn manche Diskussion schmerzhaft war.

Der Krieg in Israel hat das Thema Antisemitismus noch mehr in den Fokus gerückt. Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) beobachtete in Deutschland seit dem Großangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 einen deutlichen Anstieg



Hier finden Sie das Video zum Gespräch mit **Jair Lapid**.



Israelischer Oppositionschef **Jair Lapid** bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Berlin am 18.12.2023

an antisemitischen Vorfällen. In Deutschland setzt sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für eine liberale Gesellschaft ein, in der kein Platz für Antisemitismus, Israelhass und Diskriminierung aufgrund der Religion, des ethnischen Hintergrunds oder der sexuellen Orientierung ist. Jeder antisemitische Vorfall und jeder Angriff auf Jüdinnen und Juden ist deshalb nicht nur ein direkter Anschlag auf deren Würde und Rechte, sondern zugleich auch auf die Prinzipien des Liberalismus. ■



Mehr Informationen finden Sie im Fokus „Israel – Nachrichten und Analysen zur Lage in Israel“.

LIBERALE MENSCHEN- RECHTSARBEIT 2023

„Gegen Menschenrechtsverbrechen muss auf allen Ebenen gekämpft werden – national, europäisch, weltweit.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt Menschenrechtsbildung für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Aktivistinnen und Aktivisten und ihre Partner auf der ganzen Welt. Der Menschenrechtsbericht zeigt einen Ausschnitt der liberalen Menschenrechtsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Jahr 2023.

Der Schutz der Menschenrechte ist der Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben in einer pluralen Gesellschaft, die die Würde eines jeden Menschen achtet und verteidigt. Menschenrechtsschutz trägt zu Frieden und Gerechtigkeit bei. Von diesem Verständnis ausgehend erleben wir weltweit eine deutliche Zunahme von Menschenrechtsverletzungen, besonders durch autokratische und diktatorische Regime, durch Terrororganisationen und terroristische Gruppen und durch Kriegsverbrecher in bewaffneten Konflikten. Menschen, die die Menschenrechte verteidigen, stehen unter ständigem Druck, werden häufig überwacht und verfolgt. Journalistinnen und Journalisten, Pro-Demokratie-Aktivistinnen und -Aktivisten sind den schlimmsten Gefahren ausgesetzt bis zur Verbannung ins Exil. ■



Lesen Sie hier die
Publikation „Liberales
Menschenrechtsarbeit
2023“.

INTERNATIONALE MENSCHENRECHTSTAGUNG

„Journalists Defending Human Rights“

Im Jubiläumswahljahr zu 25 Jahren UN-Erklärung zu Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und 75 Jahren Allgemeine Erklärung der Menschenrechte luden die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) und Reporter ohne Grenzen Deutschland (RSF) am 7. Dezember 2023 in Berlin zu einer hochkarätig besetzten Konferenz ein.

Die Veranstaltung „Journalists Defending Human Rights“ fokussierte auf die Erfahrungen von Journalistinnen und Journalisten aus Mexiko, Russland und Afghanistan sowie auf die Technologie als Gefahr für die Demokratie, beleuchtet durch die Friedensnobelpreisträgerin und philippinische Journalistin Maria Ressa.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, betonte in ihrem Grußwort die enormen Herausforderungen, denen Journalistinnen und Journalisten heutzutage gegenüberstehen, von digitaler Überwachung bis zu virtueller und realer Gewalt. Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen, forderte konkrete Maßnahmen, um Journalisten besser zu schützen, etwa ein Exportverbot für Spyware. Mary Lawlor, UN-Sonderberichterstatterin zur Situation von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, ging auf den 25. Jahrestag der UN-Erklärung für Menschenrechtsverteidiger ein und betonte die Notwendigkeit einer lebendigen Zivilgesellschaft für eine freie Presse.



v.l.n.r.: Wazhma Tokhi, Sandra Romandía, Ilia Krasilshchik, Judie Kaberia diskutierten die Herausforderung des Journalismus in ihren Ländern

Die Konferenz thematisierte auch die persönlichen Herausforderungen von Journalistinnen und Journalisten. Sandra Romandía aus Mexiko berichtete als Investigativ-Journalistin über Drogenkartelle, sie benötigt ständigen Personenschutz. Wazhma Tokhi aus Afghanistan und Ilya Krasilshchik aus Russland leben im deutschen Exil. Tokhi floh 2021 vor den Taliban, Krasilshchik wurde von einem russischen Gericht in absentia zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie diskutierten nicht nur die Situation in ihren Heimatländern, sondern auch, wie man in repressiven Systemen und einer Flut von Desinformationen verlässliche Informationen gewinnt. Solidarität, Anerkennung und Kapazitätsbildung in Ländern, in denen es möglich ist, wurden als wichtige Unterstützung für bedrohte Journalistinnen und Journalisten betont.

Die Konferenz behandelte auch die digitale Überwachung von Journalistinnen und Journalisten durch die Installation von Malware auf Smartphones. Viktor Schlüter vom Digital Security Lab bei RSF erläuterte, wie man solche Angriffe mittels zivilrechtlicher Forensik erkennen kann. Ilze Brands Kehris, stellvertretende UN-Generalsekretärin für Menschenrechte, äußerte ihre Besorgnis über Spyware, Online-Schikane, Straffreiheit und die sich verschlechternde Sicherheitslage für Journalistinnen und Journalisten weltweit. ■



Hier finden Sie das Video zur Konferenz.





Hier finden Sie die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ als Download.

„2024 entscheidet über die Demokratie.“

Maria Ressa, Friedensnobelpreisträgerin

Renate Schroeder, Direktorin der European Federation of Journalists, forderte mehr Solidarität mit Journalistinnen und Journalisten, die den Bürgerinnen und Bürgern ihres Staates zu ihrem Recht auf Information verhelfen. Auch im relativ sicheren Europa leiden Journalisten unter mangelndem öffentlichen Vertrauen und unsicheren Zukunftsperspektiven. Die Bundestagsabgeordnete Renata Alt betonte die wichtige Rolle von Journalisten bei der Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen in autokratischen Systemen und erinnerte an die Verantwortung der EU als Menschenrechts-Champion.



Menschenrechtstagung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 7.12.2023 in Berlin



Zwei zentrale Aspekte wurden immer wieder betont: 1. Straffreiheit für Täter verschärft die Bedrohungslage für Journalistinnen und Journalisten. 2. Journalistinnen und Journalisten spielen eine unverzichtbare Rolle bei der Aufrechterhaltung von Meinungsfreiheit. Die Konferenz schloss mit einem Gespräch zwischen der freien Journalistin Ana P. Santos und Maria Ressa, Gründerin und CEO der philippinischen Online-Nachrichtenseite Rappler, über das digitale Informations-Ökosystem und dessen Rolle in autokratischen Regimen. Ressa betonte die Notwendigkeit, gegen die „Verschmutzung des Informationsflusses“ vorzugehen und verwies auf 2024 als ein Schicksalsjahr für die Demokratie. ■



Lesen Sie hier die Publikation „Human Rights Defenders – Journalistinnen und Journalisten“.



MARIA RESSA: „ICH WILL HANDELN“

Die Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa hat sich in ihrer gesamten Karriere für Pressefreiheit auf den Philippinen eingesetzt. Ressa ist Gründerin und Chefin des Online-Mediums Rappler, das seit Jahren ein Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf den Philippinen ist. Rappler und die Stiftung kooperieren in den Bereichen Medienkompetenz und Medienfreiheit. Im Interview mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit berichtet sie über die Herausforderungen der freien Medien.

Bei den letztjährigen Wahlen kam eine neue Regierung an die Macht, an deren Spitze ein Präsident mit einer weniger polarisierenden und aggressiven Rhetorik steht. Was hat sich für freie Medienorganisationen und Journalistinnen und Journalisten verändert?

Ressa: Auf den ersten Blick hat sich das Klima der Angst beruhigt. Manchmal gibt es aber Situationen, in denen die Menschen nach wie vor Angst haben, denn das alles ist nicht leicht. Als ich mit Rappler freigesprochen wurde, haben sich eine mögliche 34-jährige Haftstrafe und 4 Anklagen in Luft aufgelöst. Ich glaube, die Menschen haben auf die drei Richter des Berufungsgerichts geschaut, um zu sehen, ob es Konsequenzen gibt. Aber es gab keine Konsequenzen.

Hier lesen Sie das komplette Interview in der Publikation „Human Rights Defenders“.



Ihre Aufmerksamkeit gilt der Wiederherstellung einer unabhängigen Justiz.

Ressa: Für freie Medien sind die Zukunftsperspektiven noch immer unsicher, aber etwas besser geworden. Seit 2019 sind 10 Haftbefehle gegen mich ergangen, von denen 7 inzwischen wieder aufgehoben wurden. Es bleiben noch 3 Haftbefehle übrig. Ursprünglich hätten mir mehr als 100 Jahre Gefängnis gedroht, aber jetzt sind es nur noch ein paar Jahrzehnte. Inzwischen blicken wir zuversichtlicher in die Zukunft. Die Philippinen sind nicht Nordkorea, wir sind nicht Russland und wir sind nicht China. Ich hoffe also, dass der Rechtsstaat stärker wird.

In seiner Rede zum 50-jährigen Bestehen des Verbands der Rundfunkmedien der Philippinen (KBP) betonte der Präsident, wie wichtig Pressefreiheit für die Regierung sei. Zudem haben sich die Philippinen in der von Reporter ohne Grenzen (RSF) erstellten Rangliste der Pressefreiheit von Platz 147 im Jahr 2022 auf Platz 132 im Jahr 2023 verbessert. Was halten Sie hiervon?

Ressa: In gewisser Weise stimmt das. Letztendlich wurde die Welt auf den Kopf gestellt. Duterte war vermutlich der mächtigste Führer in der Geschichte dieses Landes, der nie gezwungen war, das Kriegsrecht zu verhängen – vielleicht auch wegen der Corona-Pandemie. Mit der Einschätzung, dass es uns an Tatkraft mangelt, lag Reporter ohne Grenzen meiner Meinung nach jedoch falsch. Die abschreckende Wirkung war real und es gab Artikel, die nicht veröffentlicht wurden. Wir aber haben unsere Artikel weiterhin veröffentlicht. Für mich wäre es schlimmer gewesen, wenn ich sagen müsste, dass ich aus Angst aufgab.

In Ihrem Buch „Wie man einem Diktator die Stirn bietet“ geht es um manipulative Macht: in etwa, was Social-Media-Plattformen und Big-Data-Mining-Unternehmen tun. Welche Schritte sollten Verfechterinnen und Verfechter freier Medien als nächstes unternehmen?

Ressa: Man kann nicht regieren, wenn das eigene Volk, die Menschen im eigenen Land, heimtückisch mit Angst, Wut und Hass manipuliert werden.

Gibt es Hoffnung?

Ressa: Natürlich gibt es Hoffnung. Aber wissen Sie, was Hoffnung erfordert? Sie erfordert alles von uns. Sie verlangt Menschen, die Demokratie lieben, alles ab. Wir sind immer noch hier, aber ich will keinen falschen Halt. Ich will handeln. Hoffnung kommt von Handeln, und wenn man nicht handelt, dann wird man verlieren. ■



Friedensnobelpreisträgerin
Maria Ressa

AFRICA FREEDOM PRIZE

für Tsitsi Dangarembga

Die simbabwische Autorin Tsitsi Dangarembga wurde am 5. Oktober 2023 mit dem renommierten Africa Freedom Prize der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand im ikonischen und gut besuchten Market Theatre in Johannesburg, Südafrika, statt und war ein bedeutendes Ereignis, das Dangarembgas außergewöhnliche Beiträge zur Literatur und sozialen Gerechtigkeit feierte.

Dangarembgas literarisches Schaffen hat einen bleibenden Eindruck in der afrikanischen Literatur hinterlassen und behandelt kritische soziale Themen mit Einsicht und Tiefe. Ihr bekanntester Roman „Nervous Conditions“ gilt als Meisterwerk der afrikanischen Literatur und wird für seine Erforschung von Themen wie Geschlecht, Kolonialismus und Identität im postkolonialen Simbabwe gelobt. Über ihre schriftstellerische Tätigkeit hinaus setzt sich Dangarembga vehement für Frauenrechte, Bildung und soziale Gleichberechtigung in Simbabwe und darüber hinaus ein.

In ihrer Dankesrede äußerte Dangarembga ihre Ehre, den Preis neben anderen herausragenden Afrikanerinnen und Afrikanern zu erhalten, die sich für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen.

Dangarembgas Weg war nicht ohne Herausforderungen, da sie im Juli 2020 wegen des friedlichen Tragens von Plakaten, die für Gerechtigkeit und Reformen in Simbabwe plädierten, festgenommen wurde. 2022 wurde sie in erster Instanz verurteilt, jedoch im Mai 2023 vom Obersten Gerichtshof von Simbabwe freigesprochen. Ihre Widerstandsfähigkeit und ihr Einsatz für Bürgerrechte in Simbabwe sind für viele eine Inspiration. Dangarembgas Leistungen haben einen transformierenden Einfluss auf die literarische Welt gehabt und dienen als Inspiration für Schriftstellerinnen und Schriftsteller sowie für Aktivistinnen und



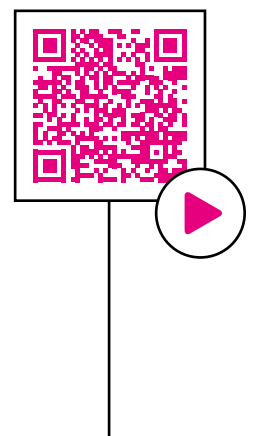
Preisträgerin Tsitsi Dangarembga (Mitte) mit Thandi Sebe, Julie Barnes, Funhisai Sithole und Inge Herbert.

Aktivisten in Afrika und darüber hinaus. Die große Zahl junger Menschen, die an der Preisverleihung teilnahmen, unterstreicht das Bedürfnis nach positiven Vorbildern und Mentorship bei der Förderung der nächsten Generation von Führungskräften.

Während der Veranstaltung hielt Dangarembga eine kraftvolle Rede mit dem Titel „Konfrontation mit der Kultur der Unterdrückung in Simbabwe: Ein bürgerschaftlicher Ansatz“. Sie hob hervor, wie Literatur und Kunst nicht nur Bürgerrechte fördern können, sondern auch zur Inspiration für ein freiheitsliebendes Engagement beitragen.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit verleiht den Africa Freedom Prize an Personen, die außergewöhnliche Beiträge zur Förderung dieser Werte in Afrika geleistet haben. Die Anerkennung von Dangarembga mit dem Africa Freedom Prize unterstreicht die entscheidende Rolle, die Literatur und Kunst bei der Förderung sozialen Wandels und der Bewältigung drängender Probleme in afrikanischen Gesellschaften spielen. ■

Video: Tsitsi Dangarembga wird mit dem Africa Freedom Prize 2023 geehrt.



RAIF BADAWI TALK: WOMEN.PRESS.FREEDOM.

Im Rahmen der Frankfurter Buchmesse 2023 organisierte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Zusammenarbeit mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels erneut einen Raif Badawi Talk. Der Talk erinnert nicht nur an das Schicksal des saudi-arabischen Bloggers Raif Badawi, sondern auch an die schwierige Lage von Journalistinnen und Journalisten weltweit. Unter dem Motto „Women.Press.Freedom.“ kamen in diesem Jahr nicht nur Ensaf Haidar, die Frau von Badawi, sondern auch zwei weitere starke weibliche Stimmen zu Wort: die türkische Journalistin Nevşin Mengü und die afghanische Publizistin und Aktivistin Wazhma Tokhi.

Badawi, der bekannteste liberale Internet-Aktivist Saudi-Arabiens, wurde für die Gründung des Online-Forums „Freie saudische Liberale“ zu 10 Jahren Haft, 1.000 Peitschenhieben und einer Geldstrafe von 1.000.000 Saudische Rial verurteilt. Obwohl er 2022 aus dem Gefängnis entlassen wurde, hat er seine

Freiheit nicht vollständig zurückgewonnen. Wie seine Frau Ensaf Haidar berichtete, ist Badawi lediglich „von einem kleineren in ein größeres Gefängnis gewechselt“. Nach seiner Freilassung darf er weiterhin 10 Jahre lang nicht reisen oder im Internet bloggen. Wenn sich die Situation nicht ändert, wird Badawi seine Familie 20 Jahre lang nicht sehen. Haidar betonte, dass sich in Saudi-Arabien zwar die politische Situation insgesamt ändere, aber nicht für ihren Mann.

In mehreren Grußworten wurde die Wichtigkeit der Presse- und Meinungsfreiheit in konfliktgeladenen Zeiten hervorgehoben. Anne Brasseur, Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, betonte, dass es keinen Unterschied zwischen „traditionellen“ und „westlichen“ Werten gebe. Menschenrechte basierten auf universellen Werten. Autokratische Machthaber versuchten aber weltweit, ihre Handlungen zur Beschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit mit dieser Unterscheidung zu rechtfertigen.

Der bekannte Journalist und Tagesschau-Sprecher Constantin Schreiber unterstrich in seiner Video-Botschaft die Wichtigkeit der Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland und weltweit. Gerade Frauen, die kritische Stimmen erheben, seien oft Opfer und würden zum Schweigen gebracht, obwohl sie viel zur Verbesserung der Zukunft beitrügen.

Die afghanische Publizistin und Aktivistin Tokhi beschrieb bewegend die Situation von Frauen und Mädchen in Afghanistan. Sie unterstützt die Organisation von lokalen Untergrund-Schulen, um Mädchen eine Ausbildung zu ermöglichen. Die bekannte türkische Journalistin Mengü berichtete über die Einschränkung der journalistischen Tradition in der Türkei durch Präsident Erdogan. Dies sei mit ein Grund dafür, dass Erdogan weiterhin an der Macht sei. Zwar gäbe es kein Verbot für kritischen Journalismus – doch die Arbeit würde in einer Art quasi-mafiösem System von Erdogan-Anhängern kontrolliert. „Man wird zwar nicht ins Gefängnis geworfen, aber Troll-Fabriken lynchen einen auf Social Media“, berichtete Mengü. Mengü nutzt vor allem YouTube für ihre kritische journalistische Tätigkeit.

Die Veranstaltung wurde von Margit Ketterle eingeleitet. Ketterle ist Editor-at-Large für Droemer Knauer Sachbuch und Sprecherin der IG Meinungsfreiheit im Börsenverein. Rebecca Schönenbach, Vorstandsvorsitzende von Frauen für Freiheit e. V., moderierte die Diskussion. ■



v. l. n. r. Wazhma Tokhi, Nevşin Mengü und Rebecca Schönenbach diskutierten über Pressefreiheit in der Türkei und Afghanistan auf der Frankfurter Buchmesse.

Hier finden Sie
das Video zum
Raif Badawi
Talk 2023.



HACKATHON ZU LGBTQIA+-RECHTEN

Angesichts des dringenden Bedarfs an Offenheit und Dialog zu geschlechtsbezogenen Themen wählte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Colombo als idealen Austragungsort für ihren Hackathon am 6. Juni 2023 zum Thema „Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Südasien und der Europäischen Union zu LGBTQIA+-Rechten“.

Der Hackathon war ein inspirierender Einsatz für LGBTQIA+-Rechte und förderte den länderübergreifenden Austausch zwischen Europa und Südasien. Die bemerkenswerte Initiative versammelte Aktivistinnen, Fachleute, Anwältinnen, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Regierungsmitarbeitende sowie Diplomaten aus 13 Ländern (5 aus Südasien, 7 aus Europa und 1 aus Ozeanien) und zog mehr als 127 Teilnehmende an.

Das umfangreiche Veranstaltungsprogramm umfasste Pitch-Präsentationstrainings für die Finalistinnen und Finalisten des Hackathons, eine internationale Plattform zur Vorstellung ihrer Ideen und die Möglichkeit, an Workshops zu psychischer Gesundheit und sicheren Online-Räumen teilzunehmen. Eine einzigartige Kombination von Wettbewerb und Zusammenarbeit wurde von den vier führenden Teams, die am Hackathon teilnahmen, eindrucksvoll demonstriert. Die Finalisten präsentierten vor einer internationalen Jury, bestehend aus Yannick Shetty, Mitglied des Nationalrats von Österreich, Milosz Hodun, Mitglied des Vorstands des European Liberal Forum, Parakram Rana, einem Digital Content Creator aus Nepal, Dan Grinevics, politischer Beamter bei der EU-Delegation in Sri Lanka und den Malediven, und Bhoomi Harendran, der ersten trans Schauspielerin und Aktivistin Sri Lankas. Der Hackathon war eine inspirierende Demonstration von Engagement und Ernsthaftigkeit der konkurrierenden Teams.



Teilnehmende des Hackathons in Colombo zum Thema „Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Südasien und der Europäischen Union zu LGBTQIA+-Rechten“

In der Eröffnungssitzung unterstrich Dr. Carsten Klein, Leiter des Regionalbüros Südasien der Stiftung, die Relevanz der Veranstaltung angesichts des wachsenden Diskurses über LGBTQIA+-Rechte in Südasien. Shetty erkannte Fortschritte bei den LGBTQIA+-Rechten in Südasien an und betonte das Potenzial für gegenseitiges Lernen mit Europa. Der angereiste Premnath C. Dolawatte, Mitglied des Parlaments von Sri-Lanka, hob laufende Diskussionen zur Entkriminalisierung der Homosexualität durch das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs hervor. Lars Bredal, stellvertretender Botschafter der EU-Delegation in Sri Lanka, betonte das Engagement der EU für globale Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung.

Die vier konkurrierenden Teams präsentierten ihre Ideen zur Bewältigung von Schlüsselthemen wie Bildung, Zugang zur Gesundheitsversorgung, inklusive

Arbeitsplätze und Schaffung sicherer Online-Räume. Im Einklang mit dem Thema des Hackathons durchdrang ein Gefühl der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Europa und Südasien die Veranstaltung und trat wiederholt in formellen und informellen Diskussionen auf.

Der Hackathon ging damit deutlich über den bloßen Wettbewerb hinaus: Er bot eine Plattform für die LGBTQIA+-Gemeinschaften, um den Wissensaustausch zu fördern und verschiedene Interessengruppen wie Richtern, Regierungsvertreterinnen, Diplomaten und Mitgliedern der Zivilgesellschaft zu vernetzen. ■

RESHAPE EUROPE - VERTEIDIGUNG DER LIBERALEN DEMOKRATIE

Im Jahr 2023 wurde die Kampagne Reshape Europe durch verschiedene Aktivitäten in den Projektländern, eine Hackathon-Reihe mit globalen Partnern der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sowie eine internationale Konferenz weitergeführt. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die EU ihre Präsenz in diversen Weltregionen stärken kann.

Die internationale Konferenz „Defending Liberal Democracy Around the World“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 10. Oktober 2023 widmete sich der Frage, wie die liberale Demokratie weltweit verteidigt werden kann. Denn der Krieg in der Ukraine hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig der weltweite Zusammenhalt der Demokratien ist.

Der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev betonte in seiner Rede, dass der 24. Februar nicht als düsterer Wendepunkt in die Geschichtsbücher der europäischen Geschichte eingehen sollte. Vielmehr sollte dieses Datum als ein Sieg für die Freiheit vermerkt werden, ein Zeichen dafür, dass es lohnenswert sei, für sie zu kämpfen. Der Aufnahmeprozess der Ukraine solle auch von der EU dringlich vorangetrieben werden,



Internationale Konferenz „Defending Liberal Democracy Around the World“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 10. Oktober 2023

während sein Land alle Anstrengungen unternahme, die erforderlichen Kriterien zu erfüllen.

Die ehemalige Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und Mitglied des Stiftungsvorstands, Anne Brasseur, unterstrich die Bedeutung, die Entscheidungsfähigkeit der EU zu stärken, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung der Ukraine

und die Durchsetzung von Menschenrechten in ganz Europa. Dies schließt die Umsetzung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ein. Obwohl Russland seit September 2022 formal nicht mehr Teil der Europäischen Menschenrechtskonvention ist, gibt es noch etwa 17.450 anhängige Klagen gegen das Land. Trotz zahlreicher Herausforderungen, darunter Desinformationen und demokra-



An Infoständen präsentierte die Stiftung die regionale Projektarbeit.

tische Rückschritte in vielen Teilen der Welt, betonte Brasseur, dass der Kampf für Menschenrechte und Demokratie fortgesetzt werden müsse. Europa müsse neugestaltet werden.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Stiftung für die Freiheit, erklärte, dass die liberale Demokratie sowohl von innen als auch von außen bedroht sei. Antiliberalen Bewegungen breiteten sich in Nordamerika und Europa aus, während systemische Rivalen wie Russland oder China nicht davor zurückschreckten, Gewalt einzusetzen, um ihr Gegenmodell eines modernen Autoritarismus durchzusetzen.

Vor der Konferenz hatte die Stiftung einen weltweiten Hackathon-Wettbewerb ausgerufen, bei dem junge Menschen aus aller Welt Wege suchten, die Beziehungen der EU zu anderen Weltregionen zu stärken. Die 8 Finalistinnen



Die Finalistinnen und Finalisten der weltweiten Hackathon-Wettbewerbe auf der Konferenz Reshape Europe.

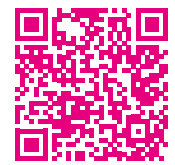


Pragati Singh, Siegerin des Hackathon-Wettbewerbs.

und Finalisten aus verschiedenen Regionen (Westeuropa, Osteuropa, Naher Osten und Nordafrika, Subsahara-Afrika, Nordamerika, Lateinamerika, Südostasien und Südasien) stellten während der Konferenz „#ReshapeEurope: Defending Liberal Democracy Around the World“ am 10. Oktober in Berlin ihre Ideen vor. Pragati Singh aus Indien gewann mit ihrem Projekt QRATE, das die Wertezusammenarbeit zwischen der EU und Indien stärken soll. QRATE ist ein Start-up-Unternehmen, das ein Ökosystem aufbaut, um die Qualität der Ge-

sundheitsversorgung für die LGBTQIA+-Bevölkerung in Indien zu verbessern. In Indien fehlt es an hochwertiger, auf die Bedürfnisse von LGBTQIA+ zugeschnittener Gesundheitsversorgung. Das Projekt konzentriert sich auf die Schulung von Gesundheitsdienstleistern für die Bedürfnisse von LGBTQIA+-Personen und die Verbindung dieser Fachleute mit den Patientinnen und Patienten über ein digitales Verzeichnis. ■

Lesen Sie hier das Hackathon Booklet.



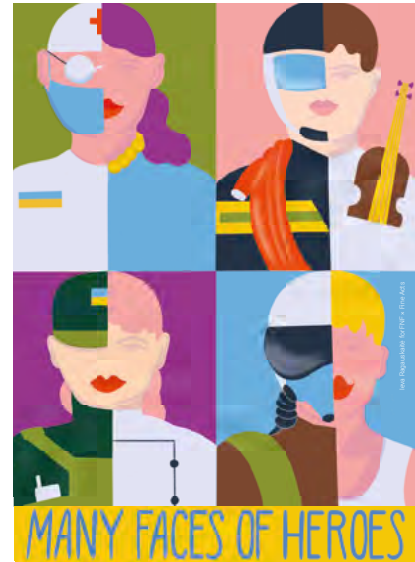
KUNSTAKTION

„Reshape Europe – The Future of Ukraine“

Die Kunstaktion SPRINTS setzte die Kreativität und Ideenvielfalt von Künstlerinnen und Künstlern ein, um eine Zukunftsvision für die Ukraine und Europa zu entwerfen und gleichzeitig eine hoffnungsvolle Botschaft für die Einhaltung der Menschenrechte zu vermitteln.

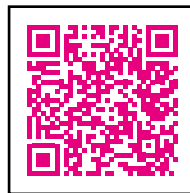
Die Stiftung brachte hierzu 15 Künstlerinnen und Künstler aus mehr als 10 europäischen Ländern einschließlich der Ukraine zusammen. In einer 48-stündigen Kunst-Aktion erschufen diese in Kooperation mit dem globalen Kreativ-Studio FineActs einzigartige Illustrationen. Die ermutigenden, Hoffnung stiftenden und fesselnden Kunstwerke appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger in ganz

Europa, mitzumachen bei der Aufklärungsarbeit für die Ukraine, sie wecken Empathie und inspirieren zum Handeln. Die Illustrationen wurden über soziale Medien und als Postkarten verbreitet und 2024 als Ausstellungsstücke in der Botschaft der Ukraine in Berlin und auf der Veranstaltung „Cafe Kyiv 2024 – Wir wählen die Freiheit“ ausgestellt. ■



UMFRAGE ZUR EU-AUSSENPOLITIK

Eine Publikation zur EU-Außenpolitik präsentiert die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage des Europäischen Dialogbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Brüssel. An der Umfrage nahmen 2.752 EU-Bürgerinnen und -Bürger aus 10 Mitgliedstaaten teil. Die Ergebnisse verdeutlichen den wachsenden Wunsch der Europäerinnen und Europäer nach einer wertebasierten EU-Außenpolitik, die Sicherheit, Menschenrechte und Freiheit in den Vordergrund stellt. ■



Lesen Sie die Publikation „Außenpolitik der EU aus Sicht europäischer Bürger/Innen“.

PODCAST „RESHAPE EUROPE“

Der Podcast „Reshape Europe“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit widmete sich den Herausforderungen und Perspektiven eines liberalen Europas in der vernetzten Welt. Im Interview waren u. a. Prof. Dr. Mykola Gnatovskyy, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Dr. Christian Mölling, stellvertretender Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Prof. Dr. Henrike Weiden der Hochschule für Technik und Wirtschaft München, Katja Muñoz (DGAP) und Alena Fink-Trauschel, Mitglied des Landtags Baden-Württemberg. ■

Jetzt
reinhören:



YOUTH HACKATHON zur europäischen Zukunft der Ukraine



Der Youth Hackathon zur europäischen Zukunft der Ukraine unter dem Motto #ReshapeEurope lud junge Menschen aus der ganzen Ukraine ein, Ideen zur europäischen Integration und den dafür notwendigen Reformen zu entwickeln. Der Ideation-Workshop diente den Teilnehmenden als Plattform zum kreativen Lernen, zum Austausch ihrer Gedanken und Erfahrungen sowie zur Teilnahme an Kompetenztrainings, darunter öffentliche Reden. ■



GLOBAL EXPERTISE HUBS DER STIFTUNG

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit greift mit ihren Global Expertise Hubs und deren Netzwerken global herausfordernde Themen auf, die für die Gestaltung freiheitlicher, partizipativer und innovativer gesellschaftlicher Ordnungen aus liberaler Perspektive zentral sind. So schärfen die Hubs das internationale Themenprofil der Stiftung.

Im Fokus der thematischen Arbeit stehen Fragen der internationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik (Washington, D.C., USA), der Innovations- und Digitalpolitik (Taipei, Taiwan), der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (Brüssel, Belgien), der Entwicklungspolitik (Nairobi, Kenia), der Menschenrechtspolitik und internationale Rechtsstaatsfragen (Genf, Schweiz).

DIE GLOBAL EXPERTISE HUBS VORGESTELLT:

Der **Global Security Hub** in Brüssel (Belgien) ist seit dem Jahr 2017 die zentrale Anlaufstelle der FNF für alle sicherheits- und verteidigungsbezogenen Aktivitäten. Er vereint mit dem Liberal Defence Expert Network ein breites Netzwerk von Politikberaterinnen und -beratern sowie Thinktank-Expertinnen und -Experten aus ganz Europa und darüber hinaus.

Der **World Order and Globalization Hub** in Washington, D.C. (USA) ist seit dem Jahr 2017 die zentrale Kollaborationsplattform für alle Themen rund um Globalisierung und Weltwirtschaft. Der Hub fördert den Austausch zwischen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und bringt aus dem Partnernetzwerk der Stiftung Gruppen zusammen, um liberale Positionen und Antworten auf die strategischen Herausforderungen zu entwickeln.

Der **Global Innovation Hub** der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wurde 2021 in Taipei (Taiwan) wiedereröffnet. Der Hub konzentriert sich auf die Themen Digitale Transformation und Innovation für Demokratie. Mit einem internationalen Netzwerk aus Expertinnen und Experten unterstützt der Hub die Stiftung als kreative Innovationsplattform für den Liberalismus.

Der **Global Partnership Hub** in Nairobi (Kenia) widmet sich seit dem Jahr 2021 der Entwicklung von Konzepten für die globale Entwicklungszusammenarbeit zwischen Partnern auf Augenhöhe. Die Arbeit des Hubs nimmt globale Trends, eine neue Arbeitsteilung zwischen dem Globalen Norden und Süden sowie die Rolle des zunehmenden Systemwettbewerbs in der Entwicklungszusammenarbeit und -finanzierung in den Blick.

Im Jahr 2023 hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Genf (Schweiz) den **Human Rights Hub** errichtet. Als Knotenpunkt für die Menschenrechtsarbeit der Stiftung stärkt er die Arbeit an der Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und fördert Tätigkeiten im Themenfeld der regelbasierten internationalen Ordnung. Der Hub vernetzt Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und zivilgesellschaftliche Akteure sowohl miteinander als auch mit UN-Organisationen in Genf.





Die Arbeit der **Global Expertise Hubs** wird in Deutschland in der Abteilung Globale Themen gespiegelt und vernetzt. Die Abteilung fungiert als global vernetzter Thinktank der Stiftung. Sie entwickelt innovative Politikempfehlungen und liberale Lösungsansätze in den Themenbereichen, die im globalen Kontext die Zu-

kunft freier Gesellschaften entscheidend prägen: Menschenrechte und internationale Rechtsstaatsfragen, Globalisierung, Freihandel und Marktwirtschaft, Vernetzte Sicherheit und Verteidigungspolitik, Digitalisierung und Innovation sowie weltweite Medienfreiheit. ■

AUS DEN REGIONEN

Europäischer Dialog – Europa neu denken und fit für die globalen Herausforderungen machen

Die politischen Entwicklungen des Jahres 2023 verdeutlichen die bevorstehenden geopolitischen Herausforderungen für Europa. Daher gewinnt es zunehmend an Bedeutung, den Dialog zu europapolitischen Themen auf verschiedenen Ebenen zu stärken. Dies betrifft sowohl die gesamteuropäische Ebene als auch die Beziehungen zwischen EU-Mitgliedstaaten und innerhalb der Mitgliedstaaten. Besonders wichtig ist dabei die Förderung des liberalen Dialogs.

Eine innovative Initiative ist die „EU Liberal Hour“, eine neu ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe des Europäischen Dialogprogramms der Stiftung. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bringt Brüsseler Expertinnen und Experten ins politische Berlin, um gemeinsam liberale Lösungsansätze für aktuelle europapolitische Trends zu diskutieren.

Populistische Strömungen gewannen 2023 in einigen Mitgliedstaaten Südeuropas zusätzlich an Fahrt, angetrieben durch wirtschaftliche Krisen. Dies führte unter anderem zum Wahlsieg von Giorgia Meloni in Italien. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán gilt bereits seit Langem als Blockierer in der EU und NATO. In der Slowakei gewannen die Linkspopulisten um den mehrfachen Premierminister Robert Fico Ende September die Parlamentswahlen.

Es gab aber auch erfreuliche Entwicklungen: Bei den Parlamentswahlen im März in Estland konnte die liberale Reformpartei mit knapp einem Drittel der Stimmen ihre Position als stärkste Kraft behaupten. In Polen siegte Mitte Oktober die pro-europäische Koalition unter der Führung des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rats, Donald Tusk. Nach 8 Jahren fand sich die PiS-Partei des Nationalpopulisten Jarosław Kaczyński auf der Oppositionsbank wieder. Die liberale Partei Nowoczesna stellt fortan mit Adam Szapka den Minister für Europäische Angelegenheiten. Die politische Wechselstimmung im Land war bereits im Spätsommer im polnischen Łódź spürbar, wo die von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützten jährlichen „Freedom Games“ stattfanden – eine Großveranstaltung, die von mehreren tausend Gästen aus ganz Mittel- und Osteuropa besucht wurde.

Trotz des Durchbruchs bei der EU-Asylreform unter der spanischen EU-Ratspräsidentschaft bestehen weiterhin Herausforderungen in der europäischen Migrationspolitik. Der Themenkomplex Migration stand deshalb erneut im Fokus des entwicklungspolitischen Mittelmeer-Projekts der Stiftung mit Sitz in Madrid. Auf Einladung der Mittelmeerunion war die Stiftung erstmals auf der Weltklimakonferenz COP (Conference of the Parties) in Dubai

vertreten, wo unter anderem eine neue Studie zu Klimawandel und Migration in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Institut für den Mittelmeerraum (IEMed) vorgestellt wurde.

Angesichts des seit fast zwei Jahren andauernden russischen Angriffskriegs in der Ukraine, des Hamas-Terrorüberfalls auf Israel und der folgenden militärischen Auseinandersetzungen sowie der erhöhten Terrorgefahr in Europa musste die EU im Jahr 2023 ihre Sicherheitsstrategie mehrfach neu ausrichten. Die Stiftung trägt durch sicherheits- und verteidigungspolitisch ausgerichteten Aktivitäten ihres Global Security Hub konstruktiv zu den öffentlichen Debatten zur Stärkung europäischer und globaler Sicherheit bei.

Zusätzlich hat die Stiftung im Jahr 2023 ihren Human Rights Hub in Genf etabliert. Diese Initiative reagiert auf die zunehmende Bedrohung liberaler Demokratien und die Verschlechterung der Menschenrechtssituation weltweit. Der Hub fungiert als zentraler Knotenpunkt für Menschenrechtsarbeit, um die Achtung und Einhaltung der Menschenrechte zu fördern und die regelbasierte internationale Rechtsordnung zu stärken.



Region Südost- und Osteuropa (SOOE) – Europas Zukunft entscheidet sich im Osten

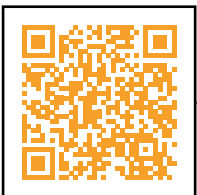
Treiber der politischen Dynamik war auch 2023 der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Folgen für die Staaten in Südost- und Osteuropa, die mehrheitlich zur russisch-sowjetischen Einflussosphäre gehörten. Auffällig ist die klare und deutliche Rückbesinnung auf die Werte von Freiheit und Demokratie in den meisten Ländern der Region, obwohl Russland weiterhin bemüht ist, die Demokratien in der Region zu untergraben: Es versucht strategisch, seinen Einfluss auf die Bevölkerungen auszudehnen, oft in Zusammenarbeit mit antidemokratischen rechtspopulistischen Bewegungen und Akteuren.

Der Schicksalstag am 24. Februar 2022 wirkte in den Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas überwiegend als Weckruf und schmerzvolle Erinnerung an jahrzehntelange Unterdrückung unter dem Kommunismus. Andererseits nimmt jedoch vielerorts die Zahl der „Putin-Apologeten“ und derjenigen, die ein bedingungsloses Ende des Krieges fordern, zu. Unsere östlichen Nachbarn haben keine Illusionen über die Gefahren eines imperialen Russlands, das mit militärischer Gewalt die regelbasierte globale Ordnung zerstören und Europa in Einflussosphären aufteilen möchte.

In Westeuropa galten die europäischen Nachbarn im Osten vor Kriegsbeginn häufig als verarmt, korrupt und rückständig. Dabei wurde übersehen, dass die Länder der Region eine wichtige Erfahrung eint – das Leben in der kommunistischen Unterdrückung über ein halbes Jahrhundert sowie die schwierige Transformationsphase in den 1990ern. Beides hat diese Gesellschaften resilienter in Umbruchsphasen gemacht, aber auch offener für weitere Transformationsprozesse. Die Erkenntnis, dass Freiheit nicht selbstverständlich ist und tagtäglich erkämpft werden muss, müssen unsere östlichen Nachbarn nicht aus Büchern lernen: Die meisten Menschen haben sie als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und oft als Akteurinnen und Akteure gesellschaftlicher Umbrüche selbst gemacht, ebenso wie die Menschen in der ehemaligen DDR. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) arbeitet gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen an vielen Standorten in der Region daran, diese gesellschaftlichen Transformationsprozesse voranzubringen und freiheitlich-demokratische Werte zu stärken.

In Bulgarien wurde die Zusammenarbeit mit liberal-progressiven Parteien ausgebaut, um ihnen in der stark fragmentierten Politik des Landes eine Stimme zu geben. Sie wurden schließlich Teil der regierenden Koalition und sind feste Anker in der transatlantischen Orientierung des Landes.

Ein weiteres Beispiel aus der kriegsgeschüttelten Ukraine: Trotz des anhaltenden Beschusses durch Russland setzt die Stiftung ihre Aktivitäten fort und damit ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit dem Land. Maßnahmen zu wichtigen Themen wie Korruption, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit werden dank der mutigen Arbeit der FNF-Kolleginnen und Kollegen vor Ort weiterhin umgesetzt. In der Türkei unterstützt die Stiftung weiterhin Stimmen aus der Zivilgesellschaft, die sich für eine pro-europäische und weltoffene Türkei einsetzen. Allerdings wird der Raum für solche Stimmen seit der Niederlage der Oppositionsallianz im Frühjahr 2023 immer kleiner.



AUS DEN REGIONEN

Region Naher Osten und Nordafrika (MENA) – Eine Region im Schatten multipler und tiefgreifender Krisen und Herausforderungen

Die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Jerusalem im Jahr 2023 wurde vom barbarischen Überfall der Hamas am 7. Oktober im Süden Israels überschattet. Der Angriff führte zur Ermordung von mehr als 1.200 Menschen und zur Geiselnahme unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten und versetzte das Land in einen Schock. Natürlich beeinflusste dies auch die Projektarbeit der Stiftung. In Israel wurden Programme mit Partnern angepasst, darunter eine Studie mit dem renommierten Institut für Sicherheitsstudien (INSS) zum russischen Einfluss in der Region und eine Untersuchung zu den „Perspektiven nach dem Krieg“, die in Zusammenarbeit mit dem Thinktank Molad entstand. In den palästinensischen Gebieten wurde die Projektarbeit vorübergehend eingestellt. Ein Höhepunkt im Jahr 2023 war zuvor die Veranstaltung zum 40-jährigen Bestehen der Stiftung in Israel, an der Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Tzipi Livni, die ehemalige Außenministerin Israels, teilnahmen.

Im vergangenen Jahr erlebte der Libanon eine Intensivierung der Angriffe auf die Freiheit von vulnerablen Gruppen, darunter die LGBTQ+-Community, syrische Flüchtlinge und Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft sowie Journalistinnen und Journalisten.

Scheinprozesse und repressive Gesetzesvorhaben trugen zur zunehmenden Unterdrückung oppositioneller Stimmen, unabhängiger Medien und bereits marginalisierter Gruppen bei. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet seit Jahren gemeinsam mit ihren Partnern daran, den „shrinking spaces“, dem Rückgang von Freiräumen im Land, mit effektiven Maßnahmen entgegenzuwirken. Zu den Projekten gehörten unter anderem ein Dokumentarfilm über das Leben von Drag Queens im Libanon und eine Studie zum Mapping von Fake News.

In Marokko kämpfte die Zivilgesellschaft 2023 um weitere Fortschritte im Bereich der Bürgerrechte, insbesondere der Frauenrechte. König Mohammed VI. leitete mit einer Rede den Reformprozess des Familienrechts ein. Die Stiftung und ihre Partner haben dazu konkrete Vorschläge gemacht, darunter die bedingungslose Abschaffung der Heirat von Minderjährigen und die volle Zuerkennung von Bürgerrechten an Kinder, deren Väter unbekannt sind. Parallel dazu setzten sich junge Künstlerinnen und Künstler im Rahmen einer Künstlerresidenz und mehrerer Ausstellungen mit vorherrschenden Vorurteilen gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden auseinander.

In Tunesien beschleunigte sich der Rückgang der Demokratie: Zu Wahlen sind keine politischen Parteien mehr zugelassen und die freie Meinungsäußerung ist erheblich eingeschränkt. Die Stiftungsarbeit hat sich auf politische und individuelle Menschenrechte fokussiert. Lehren aus der Demokratieförderung in Tunesien und im Libanon wurden im Politikdialog mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Deutschland diskutiert. Projekte mit der Start-up-Szene und das Thema Grüner Wasserstoff lassen auf eine hoffnungsvolle Zukunft blicken.

In Jordanien stand das Jahr im Zeichen der Vorbereitungen auf das Wahljahr 2024. Die Programme der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit konzentrierten sich daher hauptsächlich auf politische Bildung, unter anderem durch die Naumann School of Politics und die Parlamentssimulation „NauSim“. Zudem wurden neue Partnerschaften mit jordanischen Universitäten initiiert, um in den kommenden Jahren gemeinsame Aktivitäten zur politischen Bildung durchzuführen.





Region Subsahara-Afrika - Vertrauen in demokratische Werte, politische Systeme und Institutionen sinkt

Im Jahr 2023 sicherten sich zahlreiche Regierungen in afrikanischen Ländern ihre Macht durch Desinformation, Scheinwahlen und die Verfolgung von Opposition und Zivilgesellschaft. Armut, Perspektivlosigkeit, Korruption und Sicherheitsprobleme treiben Menschen vermehrt in die Hände von Populisten. Die junge Bevölkerung sehnt sich nach Wohlstand, Partizipation und Reformen.

Populisten. Die junge Bevölkerung sehnt sich nach Wohlstand, Partizipation und Reformen.

Der Kampf gegen Populismus erfordert politische Bildung und junge Menschen und Frauen, die den Mut und die Fähigkeiten haben, politische Veränderungen zu fordern. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) Westafrika fördert mit der Liberalen Akademie schwerpunktmäßig Frauen, die sich in Entscheidungspositionen in Politik und Zivilgesellschaft für Reformen einsetzen. In Tansania zeichnet sich ein Broken-Politics-Szenario ab, gekennzeichnet durch Vertrauensverlust, Wählerapathie und die Erosion demokratischer Institutionen. Die FNF organisierte in Zusammenarbeit mit der Maalim Seif Foundation eine Konferenz, bei der Themen wie die Manipulation von Wahlen, Korruption und das Fehlen einer echten Mehrparteienkultur in Tansania diskutiert wurden.

In Simbabwe organisierte die Stiftung im Vorfeld der Wahlen im August 2023 eine unparteiische Online-Fernsehsendung namens „Free Talk“. Diese Sendung bekämpfte Desinformation und wurde von 50 Prozent der registrierten Wahlbevölkerung verfolgt. Obwohl die schwer manipulierte Wahlen den 81-jährigen

Autokraten Emmerson Mnangagwa bestätigten, gibt „Free Talk“ Hoffnung auf ein freies Simbabwe.

Medien stehen in Subsahara-Afrika unter Druck. Die Pressefreiheit wird durch staatliche Repressionen und den Einfluss chinesischer und russischer Medien bedroht. Das Regionalprogramm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt Medienhäuser wie den Daily Maverick in Südafrika und Journalistinnen und Journalisten in Simbabwe, Tansania und Kenia durch Fortbildungen, Vernetzung und Mentoring.

Die simbabwische Autorin Tsitsi Dangarembga erhielt im Oktober 2023 in Johannesburg den FNF Africa Freedom Prize. Dangarembga hatte in ihrem Heimatland für Reformen gekämpft, wofür ihr jahrelange Haft drohte. Der Prozess wurde von der Stiftung in Simbabwe beobachtet und fand weltweite Medienbeachtung.

In Südafrika finden 2024 Parlaments- und Kommunalwahlen statt, bei denen der seit Ende der Apartheid regierende African National Congress erstmals die absolute Mehrheit verlieren könnte. Die Liberale Werkstatt Kapstadt der FNF organisierte gemeinsam mit Jurastudierenden der University of Cape Town eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Why vote“ als Teil einer Kampagne, um insbesondere mehr junge Wählerinnen und Wähler dazu zu animieren, 2024 ihre Stimme abzugeben.

Südafrika verfügt nach wie vor über eine lebendige Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und eine relativ unabhängige Justiz, die den Aufbau einer reifen De-

mokratie unterstützen. Die Helen Suzman Foundation, unterstützt durch die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, hat erfolgreich vor Gericht die Entscheidung des Innenministers angefochten, den Zimbabwean Exemption Permit zu beenden. Diese Sondergenehmigung erlaubt rund 178.000 Simbabwe- und Simbabwe-ern das Leben, Arbeiten und Studieren in Südafrika. Die Beendigung wurde im November 2021 ohne ausreichende Benachrichtigung oder öffentliche Konsultation angekündigt.

Bei der vom Global Partnership Hub in Nairobi organisierten Konferenz „Globalization 2.0“ wurde ein neues liberales Konzept zur Zusammenarbeit zwischen dem Globalen Süden und Norden vorgestellt, um die Frage zu klären, wie weltweite Arbeitsteilung eine Win-Win-Situation aus dem Bevölkerungsreichtum in Afrika und dem Arbeitskräftemangel in Europa schaffen kann.

Die WTO-Generalsekretärin, Ngozi Okonjo-Iweala, erwähnte 2023 die FNF-Studie „Clash of Systems“ in ihrer Rede vor allen Deutschen Botschaftern auf der vom Auswärtigen Amt organisierten Botschafterkonferenz. Die Ergebnisse seien faszinierend: Die EU überträfe China bei der Lieferung hochwertiger Produkte und Dienstleistungen, bei der besseren Behandlung von Afrikanern, bei Umweltstandards, Arbeitsbedingungen und Korruptionsbekämpfung. China überträfe die EU jedoch in den Bereichen schnelle Entscheidungsfindung, Unterstützung der Infrastrukturentwicklung in Afrika, rechtzeitige Fertigstellung von Projekten und Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Partner.

AUS DEN REGIONEN

Region Lateinamerika - eine Region im Spannungsfeld von Polarisierung und liberalen Antworten

Die politische Landschaft Lateinamerikas erlebt einen deutlichen Anstieg von Polarisierung und Populismus, sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik. In vielen Ländern verschärfen sich Konflikte, die politischen Ränder erstarken und die diplomatische Lage bleibt gespannt. Dies spiegelt sich auch in den Wahlen und Vorwahlen des Jahres 2023 wider.

In Guatemala setzt sich Bernardo Arévalo durch, während in Argentinien Javier Milei die politische Bühne betritt – beide als oppositionelle Kandidaten gegen den Status quo. Die Wahlergebnisse zeigen eine Tendenz gegen den Strom. Als liberale Antwort auf das Auseinanderdriften in den lateinamerikanischen Gesellschaften wird die politische Mitte gestärkt.

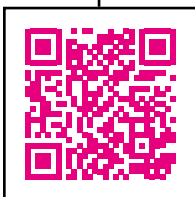
Ein bedeutender Erfolg im liberalen Spektrum ist die Erarbeitung eines „Liberalen Manifestes“ des Netzwerkes RELIAL. Dieses Netzwerk vereint liberale Parteien, Think Tanks und NGOs. Die Deklaration des lateinamerikanischen Liberalismus setzt sich für Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, Menschenrechte und eine offene Gesellschaft ein, um der Polarisierung und dem Erstarken der politischen Extreme sowie des Populismus entgegenzuwirken. Sie bildet damit die künftige Grund-

lage für liberale Politik und zivilgesellschaftliche Arbeit in Lateinamerika. Sie ist entstanden aus einem umfassenden Prozess mit Workshops in Costa Rica, Peru und Argentinien, sowie unter maßgeblicher Beteiligung von Liberal International und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué. Die Unterstützung liberaler Partner in autoritären Regimen bleibt eine zentrale Aufgabe. Nachdem die liberale Stiftungspartnerin María Corina Machado die venezolanischen Vorwahlen im Oktober mit 92 Prozent gewann, nahmen Repressionen und Angriffe des Maduro-Regimes gegen die Opposition stark zu. Die Unterstützung unserer liberalen Partner hat zu einer professionalisierten und mobilisierten Opposition beigetragen, die internationale Aufmerksamkeit generiert. Auf Initiative der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat die Renew Europe Fraktion im Europäischen Parlament das Vorgehen des Regimes gegen die Opposition nachdrücklich verurteilt.

Nach 611 Tagen in Haft wurde im Februar Félix Maradiaga, ein Schlüsselpartner aus Nicaragua, zusammen mit 221 weiteren politischen Gefangenen unerwartet vom Ortega-Regime freigelassen und ins Exil geschickt. Die nicaraguanische Zivilgesellschaft wird bis heute peu à peu zerstört, und die dynastische Diktatur der Familie Ortega regiert nach dem Vorbild Nordkoreas mit absoluter Macht und Willkür. Die Stiftung setzt ihre enge Zusammenarbeit mit den nicaraguanischen (Exil-)Partnern fort.

Die liberalen Schwerpunkte des Jahres 2023 waren die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mercosur zur Stärkung internationalen Handels und marktwirtschaftlicher Prinzipien. In Mexiko lag ein besonderer Fokus auf der Bekämpfung der anhaltenden Straffreiheit. Projekte mit Staatsanwaltschaften, Politik und Verwaltung sowie weiteren Akteuren auf kommunaler Ebene unterstützen die Stärkung des Rechtsstaats durch Institutionen im Justizwesen.

Migration, Klima und Energie sind weitere Schwerpunkte, die durch die Teilnahme an internationalen Kongressen zu umfassenden Medienberichterstattungen führten. Eine große Herausforderung stellt die internationale Einflussnahme von ausländischen Akteuren wie China und Russland dar. Politische Bildung sowie liberale und demokratische Antworten sind weiterhin erforderlich, um die Resilienz zu stärken und die Demokratisierung voranzutreiben. Eine von RELIAL erarbeitete Studie zum Einfluss Chinas markiert hier den Anfang.



Region Nordamerika - Debatten über globale Probleme und partnerschaftlicher Dialog

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit konzentriert sich in Nordamerika auf zwei Hauptbereiche: den intensiven Austausch zwischen politischen Akteuren auf beiden Seiten des Atlantiks im Transatlantischen Dialogprogramm und die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen der Weltwirtschaftsordnung im Rahmen des World Order and Globalization Hub.

Im Februar 2023 absolvierte der FDP-Bundestagsfraktionsvorsitzende Christian Dürr ein Besuchsprogramm in Washington, um vor allem die Koalitionspläne Deutschlands zu erläutern. Angesichts der Kritik an Europa und insbesondere Deutschland in den USA wegen unzureichender Erfüllung der internationalen Verpflichtungen im sicherheitspolitischen Burdensharing fand die neue Politik Deutschlands große Aufmerksamkeit. Der Schwerpunkt lag auf deutschen Investitionen in die Verteidigung im Rahmen der „Zeitenwende“. In 3 verschiedenen Veranstaltungen erreichte Dürr fast 100 Multiplikatoren mit seinen liberalen Botschaften.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine brachte Konzepte der Geoökonomie in den Fokus der internationalen Debatte. Die Konferenz „The Future of Liberalism – A Canadian Perspective“ im Mai in Ottawa widmete sich dem Thema Geoökonomie und internationale Handelsordnung mit einem Grundsatzbeitrag des Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué.

Eine Delegation von 4 stellvertretenden Gouverneuren (Lieutenant Governors) beider US-Parteien besuchte Rheinland-Pfalz und Berlin. In den Gesprächen mit führenden Politikern, darunter

Bundesjustizminister Marco Buschmann, standen die Anliegen und Perspektiven der Bundesstaaten im Vordergrund. Dies war von Bedeutung, da trotz der föderalen Struktur der USA die Aufmerksamkeit oft ausschließlich auf nationalen politischen Themen liegt.

Bei zwei Veranstaltungen in Berlin und Washington D.C. verabschiedeten sich jeweils mehr als 100 Gäste vom langjährigen Büroleiter Claus Gramckow und diskutierten aktuelle Fragen der transatlantischen Kooperation sowie der Weiterentwicklung der Netzwerke. In Berlin sprach der FDP-Bundesvorsitzende und Bundesfinanzminister Christian Lindner. In Washington D.C. gehörten zu den prominenten Rednern der kanadische Parlamentspräsident Greg Fergus, der transatlantische Koordinator der Bundesregierung Michael Link sowie der US-Abgeordnete Richard Hudson.

Die Alumni-Konferenz des World Order and Globalization Hub in Atlanta konzentrierte sich auf Themen der globalen Wirtschaftsordnung, darunter Business und Menschenrechte sowie die wirtschaftlichen Herausforderungen durch Pandemien. Die 28 Teilnehmenden kamen aus 19 Ländern des weltweiten Partnerspektrums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikationen des World Order and Globalization Hub spiegelten ebenfalls die Probleme und Verwerfungen der jüngeren Vergangenheit wider. Die Themen reichten von Vorschlägen für eine verbesserte Sanktionspolitik bis zur Behandlung der Inflation.



AUS DEN REGIONEN

Region Südasiens: Stiftung fördert Dialog angesichts globaler Krisen und Rückschläge für die Demokratie

Steigende Energiepreise, Hitzewellen und Überschwemmungen, Rückschläge für die demokratische Kultur: Südasiens sah sich 2023 mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Besonders Bangladesch und Pakistan litten weiter unter den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, die Energieimporte massiv verteuerten und wirtschaftliche Verwerfungen zur Folge hatten. Beide Länder mussten den Internationalen Währungsfonds um Hilfe bitten.

Extreme Wetterverhältnisse im Zuge des Klimawandels verschärften die Lage: Länder wie Bangladesch, Indien, Nepal und Pakistan hatten 2023 sowohl mit Überschwemmungen als auch mit Hitzewellen zu kämpfen.

Aktivistinnen und Aktivisten, Oppositionelle und Medienschaffende sahen sich unterdessen zunehmendem Druck ausgesetzt: Indien rutschte in der globalen Rangliste der Pressefreiheit weiter ab und gehört damit zu den globalen Schlusslichtern. In Bangladesch konsolidierte die regierende Awami League ihre Macht und trieb den Umbau des Landes in einen Einparteiensstaat voran. In Pakistan herrschten politisch unruhige Zeiten, begleitet von wachsenden Sorgen über die zunehmende politische Macht des Militärs.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit trug dazu bei, den Diskurs über die Herausforderungen in der Region durch aktuelle Analysen zu fördern. Ins-

besondere lokalen Expertinnen und Experten bot die Stiftung eine Plattform für den offenen Austausch zu außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Themen, Bildung und Minderheitenrechten. Dabei lag der Fokus auf der Stärkung des Dialogs, sowohl durch das Online-Veranstaltungsformat „South Asian Perspectives“ als auch durch Präsenzveranstaltungen zu Indiens Klimapolitik und den Flüssen in Südasiens als den Lebensadern der Region.

Die Stiftung verstärkte ihre Bemühungen um vertiefte Kontakte zwischen Europa und Südasiens, indem sie parlamentarische Austauschprogramme unterstützte. Dies umfasste eine Reise der Deutschen Gesellschaft der Liberalen Internationalen nach Indien und Nepal sowie einen Besuch österreichischer und deutscher Parlamentarier in Indien und Bhutan. Im November 2023 reiste eine Delegation südasiatischer Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit Unterstützung der Stiftung nach Deutschland. Im Rahmen der „India Week“ in Hamburg diskutierten Expertinnen und Experten auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem indischen Generalkonsulat Wege, wie der Austausch zwischen den Arbeitsmärkten Europas und Südasiens gestärkt werden kann.

Die Intensivierung der Besuche stand im Zeichen einer allgemein gestiegenen Aufmerksamkeit für die Region. Indien rückte durch den Vorsitz der G20-Länder

in das geopolitische Scheinwerferlicht. Zudem sorgten auch die Spannungen zwischen dem Westen und China für zunehmendes Interesse an Indien. Indien wurde als bedeutendes Gegengewicht zu China sowohl wirtschaftlich als auch militärisch betrachtet und war daher auch aus deutscher Sicht ein gefragter Partner. Bundeskanzler Olaf Scholz reiste 2023 zweimal nach Neu-Delhi.

Während zivilgesellschaftliche Freiräume vielfach enger wurden, gab es Fortschritte in den kleineren Ländern Südasiens: Bhutan erlebte die dritten Parlamentswahlen seiner Geschichte, in Nepal wurde die Ehe für nicht-heterosexuelle Paare geöffnet und Sri Lanka brachte eine Gesetzesinitiative zur Entkriminalisierung von Homosexualität auf den Weg.

Die Stiftung engagierte sich für die regionale Vernetzung der LGBTQIA+-Szene unter anderem durch einen regionalen Hackathon in Sri Lanka. Südasiatische Aktivistinnen und Aktivisten und Gründerinnen stellten dabei Ideen zur Stärkung von LGBTQIA+-Rechten vor, insbesondere in Bezug auf verbesserte Gesundheitsangebote und den Kampf gegen Diskriminierung.





Region Südost- und Ostasien (SOOA) – Bedrohungen durch China, Besorgnis um die Demokratie

Chinas Präsident Xi Jinping festigt seine Macht, nachdem er 2023 seine 3. Amtszeit antrat. Unter seiner Führung erweitert China seine wirtschaftliche, geopolitische und militärische Position weltweit. Die Volksrepublik zeigt ihre Macht, indem chinesische Militärflugzeuge fast täglich in Taiwans Luftverteidigungszone eindringen. Peking strebt die Kontrolle über die Insel an, notfalls auch mit Gewalt. Präsident Xi betont die geschichtliche Unvermeidlichkeit der Wiedervereinigung mit Taiwan.

Im Südchinesischen Meer nehmen die Spannungen ebenfalls zu, insbesondere im Konflikt um die Spratly-Inseln, aber auch durch Zusammenstöße chinesischer Schiffe mit philippinischen Booten. Spannungen bestehen auch mit Vietnam, Indonesien und Brunei aufgrund der territorialen Ansprüche Pekings im gesamten Südchinesischen Meer. Dass das internationale Schiedsgericht in Den Haag die chinesischen Hoheitsansprüche 2016 abwies, ignoriert Peking.

Der Westen reagiert auf diese Entwicklungen. Die USA, Japan und Südkorea intensivierten ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit und führten gemeinsame Marineübungen durch. Australien patrouillierte erstmals mit der philippinischen Marine. Deutschland veröffentlichte eine neue China-Strategie, die sich deutlich vom vorherigen Kurs der Merkel-Ära unterscheidet. Auch aus Brüssel kamen ungewöhnlich scharfe Töne, die

Chinas Handelspolitik und Menschenrechtsverletzungen kritisierten.

Russlands Invasion der Ukraine verstärkt die Sorge, dass China versuchen könnte, Taiwan einzunehmen. Ein Krieg um die Insel, von deren Chip-Industrie viele Branchen abhängig sind, würde eine Weltwirtschaftskrise auslösen. Zusätzliche Besorgnis erregen die „grenzenlose Partnerschaft“ Pekings mit Moskau sowie die verstärkte Kooperation Nordkoreas mit Russland, die Waffenlieferungen umfasst. Nordkoreas Kim Jong-un provozierte mit sanktionswidrigen Tests von Interkontinentalraketen und dem Start eines Spionagesatelliten.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) positioniert sich klar im Systemwettbewerb und eröffnete 2023 ein Büro auf Taiwan, den Global Innovation Hub, der sich den Themen Digitale Transformation und Innovation für Demokratie widmet.

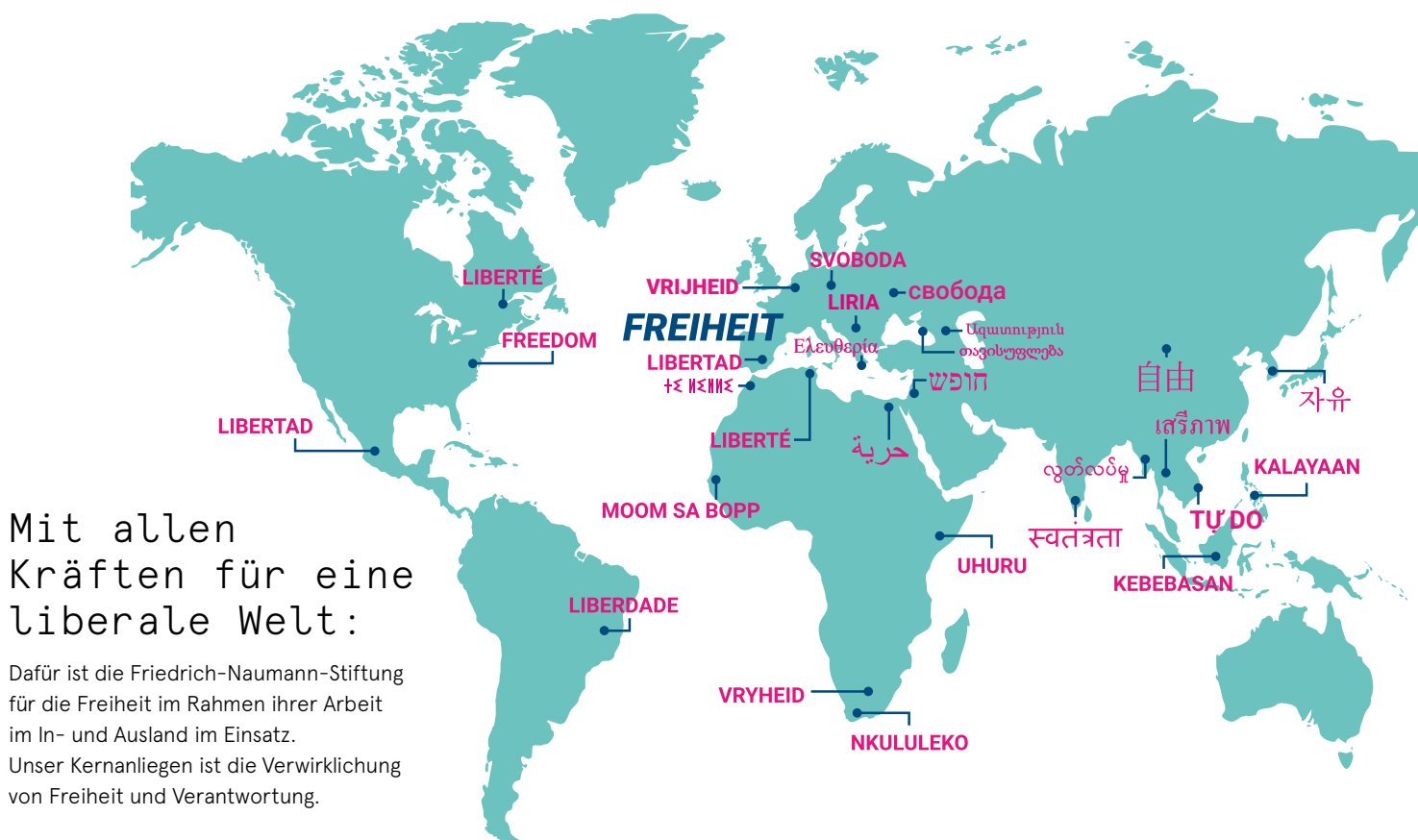
Die meisten der sieben Stiftungsbüros in Südost- und Ostasien sind in Ländern des Staatenbundes ASEAN vertreten. Dort waren 2023 Rückschritte in der demokratischen Entwicklung zu beobachten. In Thailand verwehrt Konservative dem progressiven Wahlsieger die Regierungsübernahme. In Indonesien beeinflusste das Verfassungsgericht die bevorstehende Präsidentschaftswahl. In Kambodscha, längst Vasallenstaat Chinas, ging nach 38 Jahren im Amt der Premier Hun

Sen, dessen Sohn die Schein-Demokratie übernahm. Ein Oppositionsführer wurde zu 27 Jahren Hausarrest verurteilt und in Myanmar, wo 2023 2 Millionen Menschen auf der Flucht waren, unterdrückte die Junta weiter das Volk. Aung San Suu Kyi blieb in Haft.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzte sich auch 2023 für Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft ein. In Myanmar wurden Workshops zur digitalen Sicherheit und zur Förderung von Frauen durchgeführt. In Thailand brachte das Gesprächsformat „Thailand Talks“ Menschen mit unterschiedlichen politischen Haltungen und Meinungen zusammen. In Malaysia kooperierte die FNF weiterhin mit den „Sisters in Islam“, einer NGO, die sich für Frauenrechte einsetzt. In Vietnam standen Wirtschaftsthemen im Fokus, während auf den Philippinen die Zusammenarbeit mit „Rappler“, dem Online-Medium von Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa, im Vordergrund stand. In Indonesien arbeitet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit weiterhin mit dem Ministerium für Justiz und Menschenrechte zusammen, insbesondere zu Fragen von Wirtschaft und Menschenrechten. Das FNF-Büro in Seoul koordiniert die Smart-City-Aktivitäten der Stiftung in der Region und unterstützt die Forschung sowie den Dialog zu Frieden und Sicherheit in Ostasien.

IM POLITISCHEN DIALOG IN ÜBER 60 LÄNDERN UND GEBIETEN DER ERDE

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist ein global aktiver politischer Thinktank. Gemeinsam mit unseren Partnern setzen wir uns für die Freiheit in allen Regionen der Welt ein.



A Ägypten · Argentinien · Armenien · Aserbaidshan · **B** Bangladesch · Belarus · Belgien · Bhutan · Bolivien · Bosnien und Herzegowina · Bulgarien · **C** Chile · Costa Rica · **D** Dänemark · Deutschland · **E** Ecuador · El Salvador · Estland · **F** Finnland · Frankreich · **G** Gambia · Georgien · Griechenland · Guatemala · **H** Honduras · **I** Indien · Indonesien · Irland · Island · Israel · Italien · **J** Jordanien · **K** Kanada · Kasachstan · Kenia · Kirgisistan · Kolumbien · Kosovo · Kroatien · **L** Lettland · Libanon · Litauen · Libyen · Luxemburg · **M** Malaysia · Malediven · Mali · Malta · Marokko · Mexiko · Moldau · Montenegro · Myanmar · **N** Nepal · Nicaragua · Niederlande · Nordkorea · Nordmazedonien · Norwegen · **O** Österreich · **P** Pakistan · Palästinensische Gebiete · Panama · Paraguay · Peru · Philippinen · Polen · Portugal · **R** Rumänien · Russland · **S** Schweden · Schweiz · Senegal · Serbien · Simbabwe · Slowenien · Slowakische Republik · Spanien · Sri Lanka · Südafrika · Südkorea · Syrien · **T** Tadschikistan · Taiwan · Tansania · Thailand · Tschechische Republik · Tunesien · Türkei · **U** Ukraine · Ungarn · Uruguay · **V** Venezuela · Vereinigte Staaten von Amerika · Vereinigtes Königreich · Vietnam · **Z** Zypern

ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Zusammenfassung der Erklärung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern, der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke nahestehenden Politischen Stiftungen.

Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;

- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.



Die gesellschaftspolitische Arbeit der Stiftungen basiert auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Politiktraining.de

Lernen Sie in unseren **Onlinekursen** von erfahrenen Politiktrainern und nutzen Sie unsere Handouts mit Mehrwert – für Ihre politische Arbeit vor Ort.



Liberalismus: Warum die Freiheit unsere Zukunft ist

Ein Onlinekurs mit Maren Jasper-Winter, Thomas Volkmann und Christian Lindner



Debatte und Podium erfolgreich meistern

Ein Onlinekurs mit Ina Carola Enseroth



Europa in der Welt. Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Ein Onlinekurs mit Nele Fabian und Marie-Agnes Strack-Zimmermann

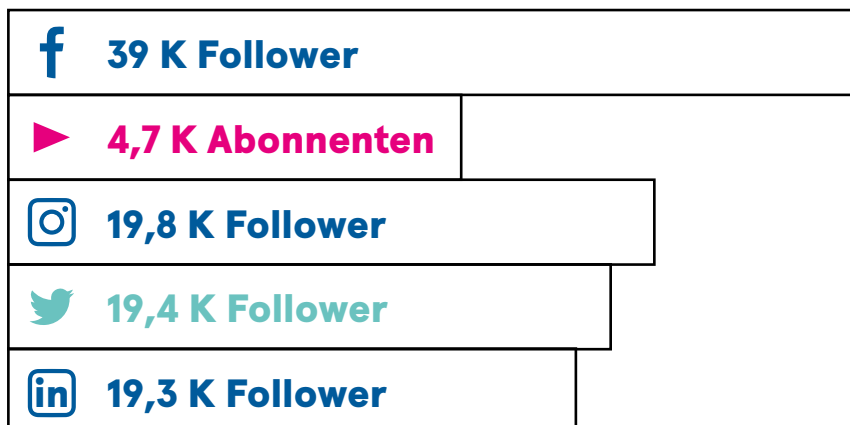
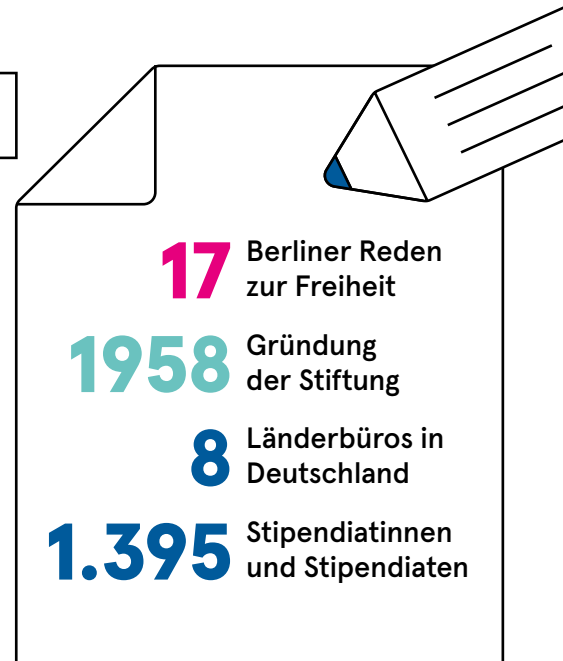
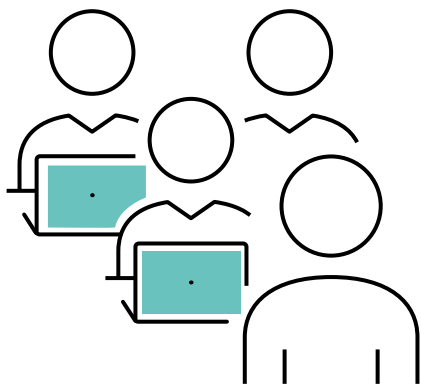
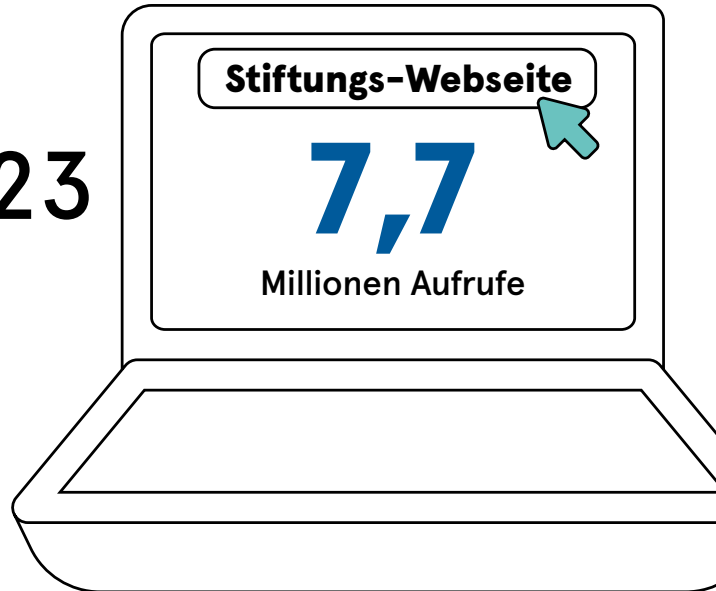
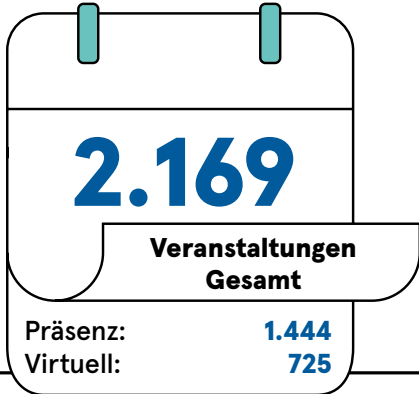
Jederzeit und überall lernen

Politik soll Spaß machen – und zum Erfolg führen. Weitere **Onlinekurse** zeigen Ihnen, wie das gelingt.

Unsere Onlinekurse finden Sie hier:
[Politiktraining.de](https://www.politiktraining.de)



DIE STIFTUNG IN ZAHLEN 2023

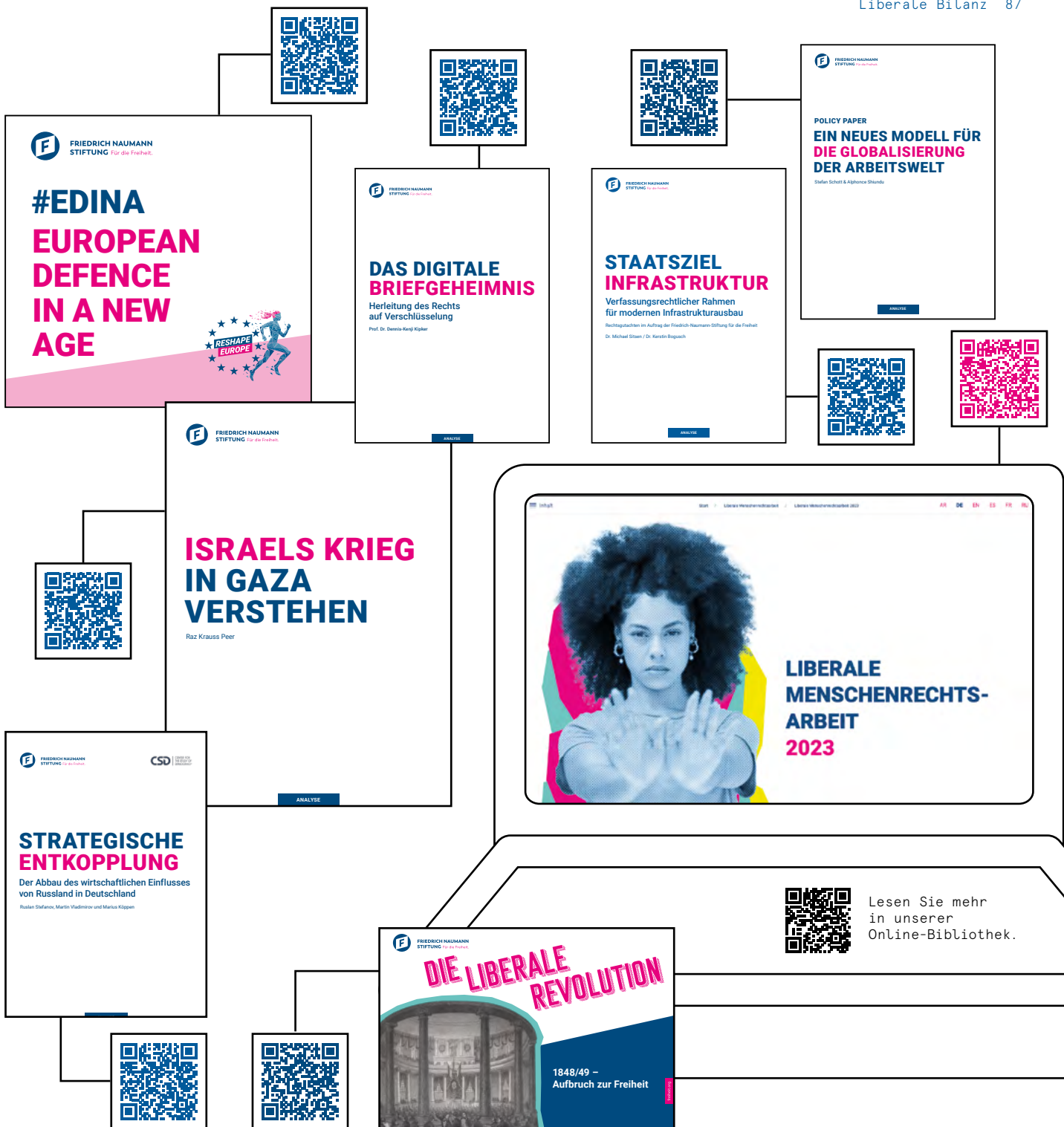


PUBLIKATIONEN 2023



ADL: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 35/2022 // Clara von Simson - Die Erste. Frauen in MINT und Politik | Dr. Wolther von Kieseritzky // Die liberale Revolution. 1848/49 - Aufbruch zur Freiheit | Prof. Dr. Ewald Grothe

LI: Eine besonders liberale Generation? Ergebnisse einer Befragung unter jungen Menschen. | Thomas Volkmann // Umgang mit digitalen Medien und ihren Auswirkungen auf die psychische Gesundheit im schulischen Kontext. | Dr. Julia Brailovskaia // Metropolen-Umfrage. Umfrage zur Lebenszufriedenheit in Berlin, Sofia und Madrid. | Dr. Dirk Assmann, Thomas Volkmann // Friedens- und sicherheitspolitische Bildung an Schulen. | Prof. Dr. Manuela Pietraß // Praxisleitfaden Kommunalpolitik Brandenburg. | Dr. Dominik Lück, Martin Hoeck // Deutschlands Parteiensystem in Bewegung. Regionale Wählerwanderungen seit 2009: Volatilitätsstudie. Start up Verband, Migrant Founders Monitor 2023. Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund. | Philipp Haarmeyer, Nina Monaghan, Carl Philipp Burkert // Das digitale Briefgeheimnis. Herleitung des Rechts auf Verschlüsselung. | Prof. Dr. Dennis-Kenji Kipker // Adam Smith @300. Der schottische Moralphilosoph und Ökonom. | Prof. Dr. Karen Horn // Staatsziel Infrastruktur. Verfassungsrechtlicher Rahmen für modernen Infrastrukturausbau. | Dr. Michael Sitsen, Dr. Kerstin Bogusch // Landtagswahl Bayern 2023 - Die wesentlichen Kernforderungen von FDP, CSU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und Freie Wähler. | Liberales Institut // Landtagswahl Hessen 2023 - Die wesentlichen Kernforderungen von FDP, CDU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. | Liberales Institut // Bürgerschaftswahl Bremen 2023 - Die wesentlichen Kernforderungen von FDP, CDU, SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen. | Liberales Institut // Die Lage auf dem Wohnungsmarkt. | Dr. Dirk Assmann // Stadt, Land, ... Spaltung? | Dr. Dirk Assmann // Nationale Innovationsagenturen und ihre Rolle in der sozialen Marktwirtschaft. | Marc J. Ventresca, David M. Lehmann, Viktor M. Salenius // Tiefengeothermie - Potentiale und Ausgestaltung des institutionellen Rahmens. | Marten Westphal, Prof. Dr. Thorsten Beckers, Prof. Dr. Rolf Bracke, Prof. Dr. Georg Hermes, Leonhard Thien, Lukas Vorwerk, Dr. Holger Weiß // Klimaresilienz - Lösungsansätze für die Stadt von morgen. | Stephanie Bilgram, Anna Erbacher, Christian Kind, Dr. Till Sterzel (adelpi consult GmbH) // Praxisleitfaden Kommunalpolitik Schleswig-Holstein. | Jan Voigt // Erfolgspuren liberaler Kommunalpolitik. | Kai Abrusatz, Martin Bahrmann, Christoph Dammerrmann, Petra Franke, Martin Hoeck, Thomas Nitzsche, Thomas Nüchel, Wulf Pabst, Jan Maik Schlichter // Emerging Urban Mobility. | Stephanie Bilgram, Anna Erbacher, Christian Kind, Dr. Till Sterzel // Nachhaltige Energieimporte 2024. | Dr. Sebastian Kahlbau, Alexej Schwindt, Lukas Yorck von Wartenburg, Maximilian Kittler // Reden von Dr. Wolfgang Gerhardt. | Thomas Volkmann



GT: Großmachtrivalitäten verringern. Eine Indonesische Perspektive auf den Indopazifik | Sylvia Yazid, Rizky Widian // **Malaysias Perspektive auf den Indopazifik** | A. M. Mohammad, A. I. Hashim // **Climate Change and Security – Southeast Europe** | Mariana Trifonova, Anita Dangova // **#EDINA – European Defense In A New Age** | Co-Autoren // **Defending Freedom In die Wehrfähigkeit von Demokratien investieren** | Theresa Winter // **Friedens- und sicherheitspolitische Bildung an Schulen** | Manuela Pietraß // **Der Aufstieg Chinas? Eine Analyse aus Taiwan** | Jyun-yi Lee, Jyh-Shyang Sheu, Christina Chen // **Regional Energy Security – Lessons Learned from the Russian War in Ukraine** | Ana Otilia Nutu // **30 Jahre Europäischer Binnenmarkt** | Sven Hilgers // **From Mobile Money to Digital Cash – Learnings from Africa’s Experience** | Bitange Ndemo, Aaron Thegeya // **CBDC in Vietnam – Herausforderungen einer digitalen Zentralbankwährung** | Vu Minh Ngo, Huan Huu Nguyen // **EU-Vietnam Handelsabkommen (EVFTA)** | Nguyen Thi Thu Trang // **Dark Crypto** | Johannes Rieckmann, Tim Stuchtey // **Bessere Sanktionen / Better Sanctions** | Adam DuBard // **From Charred to Charged** | Edward Wanyonyi // **Strategische Entkopplung / Strategic Decoupling** | Ruslan Stefanov, Martin Vladimirov, Marius Köppen // **Geoökonomie & Globalisierung** | Sven Hilgers // **International Competition** | Co-Autoren // **Ein neues Modell für die Globalisierung der Arbeitswelt** | Stefan Schott / Alphonse Shiundu // **Because Private Property Matters** | Gisèle Dutheuil, Sosthène Koffi // **Secret Charm – China’s hidden influence in Southeast Europe** | Plamen Tonchev, Mirela Petkova // **Bridging the Gap: Exploring Georgia’s Informal Economy through Research and Data** | Zurab Abramishvili, Aleksandra Shalibashvili // **Digital Policy in an Age of Global Systemic Rivalry** | Ann Cathrin Riedel // **Chinas Einfluss auf Demokratie-Fördernde Institutionen im Südlichen Afrika** | Dr. Innocent Batsani-Ncube // **Personal Data Protection Act and its impact on cross-border data flows** | Heritage Partners // **Fighting Disinformation – Countering Russian and Chinese Narratives Worldwide** | Ebtisam Hussein // **Sino Russian Influence in Central America** | Javier Ramón Meléndez Quiñónez // **China’s Technological Influence in the Andes** | Víctor M. Mijares, Jean-Marie Chenou // **Ideological Narratives of Russian Propaganda** | Edgar Vardanyan, Mikayel Zolyan // **Displaced and Stateless People in South Asia: The Tibetan Story ans Perspective** | Kelsang D. Aukatsang // **Gavels against Pens** | Co-Autoren // **Das Recht auf Bildung für Frauen in Afghanistan** | Salim Amin / Thomas Claussen // **Liberaler Menschenrechtsarbeit** | Co-Autoren // **Human Rights Defender: Journalistinnen und Journalisten** | Co-Autoren // **Resilience against Injustice: Lawyers as Human Rights Defenders** | Salim Amin / Michaela Lissowsky / Niklas Müller // **Russische Medien auf dem Balkan** | Dr. Thomas Brey // **Media under Pressure The Trouble With Press Freedom in Kenya** | Georg Nyabuga // **Press Freedom Under Siege – Women Journalists in Mexico** | L. Elisa Miguel Osorio, Maria Jose de Icaza // **Israels Krieg in Gaza verstehen/Understanding Israel’s war in Gaza** | Raz Krauss Peer

STRATEGISCHE ZIELE 2026

1

WIR WACHSEN DURCH POLITISCHE RELEVANZ

... indem wir durch Angebote von hoher Qualität und Attraktivität unsere Wirkung verstärken und insbesondere junge Menschen und Frauen für uns begeistern.

2

WIR WERDEN ALS MODERNE DENKFABRIK WAHrgENOMMEN

... indem wir politische Diskurse und liberale Ideen mit Expertise aus Politikberatung und Wissenschaft mitgestalten und unsere Zusammenarbeit mit profilierten Partnern auf inhaltliche Schwerpunkte fokussieren.

3

WIR INSPIRIEREN ZUKUNFTSGESTALTER

... indem wir leistungsbereite, liberale Menschen als unser Zukunftsprojekt für einen starken Liberalismus fördern und sie durch Weiterentwicklung und internationale Erfahrungen langfristig an wertebundene Netzwerke binden.

4

WIR SETZEN UNS AKTIV FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG EIN

... indem wir das Bewusstsein für die Notwendigkeit nachhaltiger innovativer Lösungen stärken und unseren Stiftungsbetrieb konsequent auch unter ökologischen Aspekten aufstellen.

5

WIR ARBEITEN ERGEBNISORIENTIERT IN SCHLANKEN PROZESSEN

... indem wir innovative Methoden, Wissen und Digitalisierung verknüpfen und Freiräume für effiziente ineinandergreifende Arbeitsabläufe mit kurzen Entscheidungswegen schaffen.

6

WIR SIND EINE ATTRAKTIVE UND MODERNE ARBEITGEBERIN

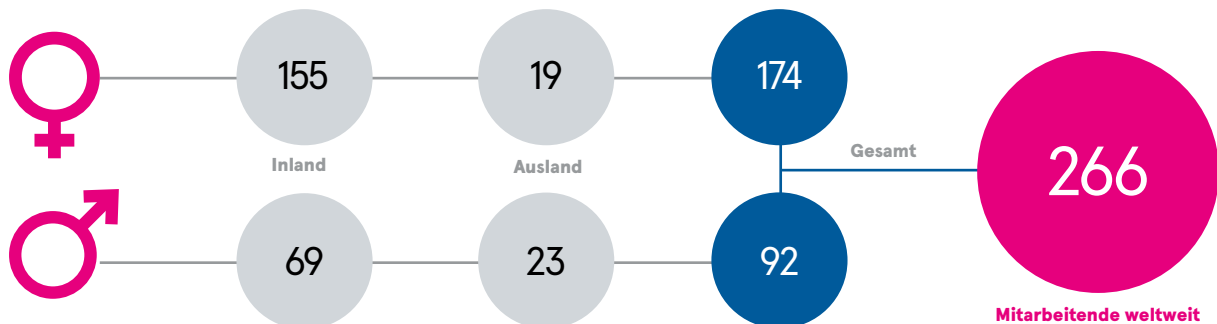
... indem wir Diversität, New Work und Teamspirit leben und spannende Karrieren im liberalen politischen Umfeld bieten.

MITARBEITENDE

ANZAHL DER MITARBEITENDEN IM IN- UND AUSLAND 2023

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist eine attraktive Arbeitgeberin. Verteilt auf 260,5 Stellen im In- und Ausland arbeiten wir für die Freiheit. Dazu kommen noch viele Projektmitarbeitende in aller Welt. Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie unter www.freiheit.org/jobs.

Stellen von Frauen besetzt



Stellen von Männern besetzt

BEGABTENFÖRDERUNG

Die Begabtenförderung erhielt 2023 rund 11,0 Millionen Euro für die Förderung von deutschen und ausländischen Studierenden und Promovierenden.

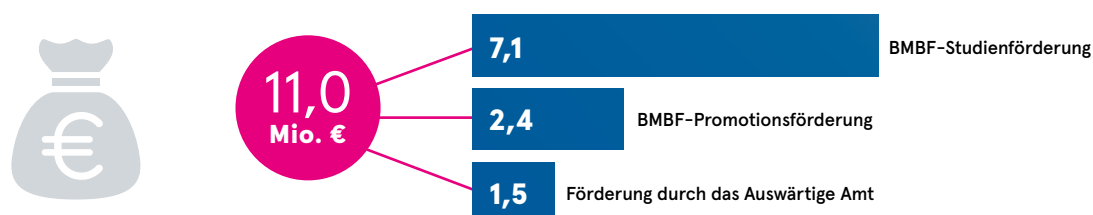
Insgesamt wurden 1.397 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Auswärtigen Amtes (AA) gefördert.

Anzahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten 2023



Verteilung der Mittel 2023

Angaben in Mio. €



DAS GESCHÄFTSJAHR 2022

AKTIVA		
	Stand am 31.12.2022 €	Stand am 31.12.2021 €
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	100.879,00	161.671,00
Sachanlagen	15.490.162,43	16.141.596,40
Finanzanlagen	968.858,70	968.858,70
Gesamt	16.559.900,13	17.272.126,10
Umlaufvermögen		
Vorräte	7.800,00	8.800,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	864.510,62	3.493.716,18
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	13.475.880,50	13.860.637,99
Gesamt	14.348.191,12	17.363.154,17
Rechnungsabgrenzungsposten	166.539,15	29.870,84
Gesamt	31.074.630,40	34.665.151,11

AUFWENDUNGEN		
	2022 €	2021 €
Satzungsgemäße Tätigkeit, Projektaufwendungen	57.597.514,84	49.780.606,88
Personalaufwand für Inlandsmitarbeitende	14.220.193,09	13.430.134,40
Sachaufwendungen	7.945.856,11	7.726.853,66
Sonstige Aufwendungen	253.310,07	3.947.340,04
Außerordentliche Ausgaben und Aufwendungen	14,00	3.516,00
Gesamt	80.016.888,11	74.888.450,98
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-71.507,11	453.397,97
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	8.689.593,79	8.236.626,28
Einstellung in die Ergebnisrücklagen (Kapitalerhaltungsrücklagen)	-44,70	-430,46
Ergebnisvortrag	8.618.041,98	8.689.593,79

PASSIVA		
	Stand am 31.12.2022 €	Stand am 31.12.2021 €
Eigenkapital		
Stiftungskapital	250.050,00	240.050,00
Rücklagen	6.637,42	6.592,72
Umschichtungsergebnisse	-4.495,22	-4.495,22
Ergebnisvortrag	8.618.041,98	8.689.593,79
Gesamt	8.870.234,18	8.931.741,29
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	5.917.905,70	6.457.189,50
Rückstellungen	9.420.740,71	10.477.334,28
Verbindlichkeiten	5.219.556,68	4.012.656,08
Rechnungsabgrenzungsposten	1.646.193,13	4.786.229,96
Gesamt	31.074.630,40	34.665.151,11

ERTRÄGE		
	2022 €	2021 €
Zuwendungen und Zuschüsse	77.450.179,97	78.510.470,31
Einnahmen aus Spenden	3.810,20	6.908,95
Teilnehmerbeiträge	455.169,85	197.640,35
Sonstige Einnahmen und Erträge	984.310,81	992.573,60
Außerordentliche Einnahmen und Erträge	1.245.575,43	10.771,07
Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	-193.665,26	-4.376.515,33
Gesamt	79.945.381,00	75.341.848,95



Gemäß der Empfehlung der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 wurde der Jahresabschluss nebst ergänzenden Angaben am 06.03.2024 im Unternehmensregister veröffentlicht.

GESAMTÜBERSICHT

ALLER IM HAUSHALTSJAHR 2024 ZU ERWARTENDEN
EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

I. EINNAHMEN		
	2024 (Plan)	2023 (Plan)
	€	€
1. Zuwendungen und Zuschüsse		
Zuwendungen des Bundes	90.664.383,60	84.567.019,00
Zuwendungen der Länder	1.363.745,00	1.279.621,00
Sonstige	100.000,00	260.800,00
2. Spenden	3.000,00	5.700,00
3. Teilnehmergebühren	519.467,00	473.556,00
4. Sonstige Einnahmen	312.819,00	526.452,00
Gesamt	92.963.415,00	87.113.148,00

II. AUSGABEN		
	€	€
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben		
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	-12.520.347,00	-11.466.420,00
Förderung von Studierenden und Graduierten	-10.106.454,00	-10.125.204,00
Internationale Zusammenarbeit ¹	-41.675.779,00	-40.515.876,00
Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Archivierung	-3.657.380,00	-3.052.380,00
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeitende	-16.389.894,00	-14.853.705,00
3. Ausgaben für zentrale Steuerung und Verwaltung	-7.448.761,00	-6.504.063,00
4. Ausgaben für Investitionen	-1.164.800,00	-595.500,00
Gesamt	-92.963.415,00	-87.113.148,00

III. VORAUSSICHTLICHES JAHRESERGEBNIS		
	€	€
Gesamt	0,00	0,00



¹inkl. unmittelbar zuzurechnender Personalkosten für Auslandsmitarbeitende

BERICHT DES KURATORIUMS ZUR GREMIENARBEIT 2023

In diesem Jahr feiert das Grundgesetz sein 75-jähriges Bestehen und damit einen Meilenstein für unsere freiheitliche liberale Demokratie. Die darin verankerten Werte sind keineswegs selbstverständlich und stehen aktuell von verschiedenen Seiten unter Bedrohung. Daher kommt der täglichen Verwirklichung der streitbaren und wehrhaften Demokratie, wie sie im Grundgesetz beschrieben wird, eine umso größere Bedeutung zu.

Ohne engagierte Bürgerinnen und Bürger, die die Grundwerte einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung leben und mittragen, kann eine Demokratie nicht gedeihen. Als liberale Stiftung betrachten wir es als unseren Auftrag, durch gezielte Bildungsarbeit das demokratische Bewusstsein zu fördern und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit widmet sich diesem Ziel durch politische Bildungsarbeit wie Veranstaltungen, Publikationen, Forschung und Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen im In- und Ausland.

„Die Worte Demokratie und Freiheit sind nicht bloß Worte, sondern lebensgestaltende Werte“, betonte einst Theodor Heuss in seiner Antrittsrede als erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Diese Worte sind heute genauso relevant wie damals. Eine Zivilgesellschaft, die frei, tolerant und vielfältig ist, spielt eine entscheidende Rolle bei der Steigerung der Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft gegenüber Krisen, Extremismus und autoritären Tendenzen. Die Stärke einer Demokratie liegt in ihren Menschen. Diesem Leitprinzip fühlen wir uns bis heute und in Zukunft verpflichtet.

Zu den wichtigen Themen der Stiftungsarbeit zählt neben dem Kampf gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Desinformation der Einsatz für die Menschenrechte weltweit. Die Förderung der Medienfreiheit sowie der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern waren und sind zentrales Anliegen der Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Es war eine besondere Freude und Ehre, auf unserer Menschenrechtstagung im Dezember 2023 Maria Ressa, Rappler-Mitgründerin und Friedensnobelpreisträgerin, als Gast begrüßen zu können. In einem beeindruckenden Gespräch warnte sie vor Angriffen auf die Demokratie, den Bedrohungen der Pressefreiheit und den Gefahren durch Desinformation und Künstliche Intelligenz.

Angesichts der Herausforderungen und Krisen in der Welt bleibt es die unermüdliche Aufgabe der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, den demokratischen Diskurs weiter zu beleben und die bildungspolitische Arbeit im Inland und in den Projektländern im Einsatz für die Freiheit fortzusetzen. Das Kuratorium unterstützt das Engagement aller Mitarbeitenden der Stiftung, die sich weltweit für politische Bildungsarbeit im Sinne der Freiheit einsetzen.

Florian Rentsch, der seit 2018 Mitglied des Kuratoriums der

Stiftung war, wurde am 8. Dezember 2023 neu in den Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gewählt. Der 48-jährige frühere hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung übernimmt das Amt des Schatzmeisters von Manfred Richter. Mit seiner umfassenden Erfahrung in den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird Rentsch das Profil der Stiftung bei diesen Themen weiter schärfen. Als Schatzmeister wird Florian Rentsch finanzielle Strukturen gestalten, die nachhaltig sind und langfristig tragen. Gleichzeitig danke ich Manfred Richter für seine mehr als 20-jährige Tätigkeit für die Stiftung. Er hat nicht nur die finanzielle Solidität für den Erfolg der Stiftung geschaffen, sondern war auch als hochgeschätzter Berater für den organisierten Liberalismus weltweit im Einsatz.

**Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss,
Vorsitzender des Kuratoriums der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit**

Das Kuratorium

Vorsitzender:
Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss
Stellvertretende Vorsitzende:
Liane Knüppel
Ehrendirektor des Kuratoriums:
Prof. Dr. Jürgen Morlok

Mitglieder:
Sarah Bäumchen
Dr. Hinrich Enderlein
Barbie Kornelia Haller
Prof. Dr. Helmut Haussmann
Dr. Peter Jeutter
Stefan Kapferer
Alexander Graf Lambsdorff MdB
Christian Lindner MdB
Michael Link MdB
Dr. Anita Maaß
Dr. Ellen Madeker
Gisela Piltz
Judith Pirscher
Dr. Stefan Ruppert
Dr. Hermann Otto Solms MdB
Bettina Stark-Watzinger MdB
Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Joachim Werren

BERICHT DES VORSTANDES 2023



Prof. Dr.
Karl-Heinz
Paqué



Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger



Anne
Brasseur



Dr. Maren
Jasper-Winter



Florian
Rentsch

Wir leben in schwierigen Zeiten. Nach einer langen Phase des Friedens in Europa herrscht seit Februar 2022 wieder Krieg. Der Angriff Russlands auf die Ukraine markiert in der Tat eine „Zeitenwende“, wie es der Bundeskanzler in seiner Bundestagsrede unmittelbar nach Kriegsbeginn nannte. Freiheit und Wohlstand sind niemals selbstverständlich, aber viele Menschen in Deutschland waren sich dessen nicht mehr bewusst. Das beginnt sich zu ändern, auch in Anbetracht vielfältiger weiterer globaler und nationaler Herausforderungen – vom Erstarken rechtsextremer Bewegungen und der Bedrohung durch den Klimawandel über die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft bis hin zu den unkontrollierten Wellen der Migration. Wir brauchen jetzt einen kraftvollen Aufbruch, damit unsere Zukunft frei bleibt. Die Aufgaben der Zeitenwende werden nur mit Einsatzbereitschaft, Mut und Optimismus zu bewältigen sein.

So bleibt in diesen schwierigen Zeiten die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihrem grundlegenden Auftrag treu: die offene Gesellschaft, den freiheitlichen Rechtsstaat, die soziale Marktwirtschaft und die Demokratie zu fördern. Unsere Mission bleibt es, die Verantwortung des Einzelnen für sich selbst und die Gesellschaft zu stärken, die Wahrung der Menschenrechte zu unterstützen und diejenigen, die sich für diese Ziele des Fortschritts einsetzen, zu fördern und ideell zu stärken. Denn zur Freiheit der Vielen gehört die Verantwortung des Einzelnen, gerade auch in Krisenzeiten, in der sich Kreativität und Gestaltungswille freier Menschen in besonderer Weise bewähren müssen.

In diesem Sinne setzt sich die Stiftung durch politische Bildungsangebote dafür ein, wichtige politische Themen zur politischen Debatte beizutragen. Unsere Kolleginnen und Kollegen in der ganzen Welt und den Bildungsprogrammen in Deutschland, das Liberale Institut, unser Referat Globale Themen und unsere Global Hubs bringen unentwegt gemeinsam mit liberalen Partnern und Thinktanks liberale Lösungen in den politischen Diskurs ein. Dabei hat die angespannte politische Lage zwangsläufig Einfluss auf die Themenwahl. So gibt es seit 2023 auch neue Schwerpunkte: Im März wurde unser „Global Innovation Hub“ in Taiwan im Beisein von Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger offiziell eröffnet. Angesichts der sicherheitspolitischen Lage ist Taiwan nicht nur ein Ort der Innovation, sondern auch ein Ort der Verteidigung der Demokratie und Unabhängigkeit gegen chinesischen Imperialismus. Im Dezember des Jahres fand in Nairobi im dortigen „Global Partnership Hub“ eine Tagung zu neuen Möglichkeiten der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung statt, mit besonderem Blick auf die Anwendung digitaler Technologien in globalen Wertschöpfungsketten. Schließlich wurde im Jahr 2023 der „Human Rights Hub“ in Genf gegründet, um die Menschenrechtsarbeit weiter zu stärken und uns vor Ort mit anderen Akteuren besser zu vernetzen. Zu den Höhepunkten des Jahres 2023 gehörte die 17. Berliner Rede

zur Freiheit von Sviatlana Tsikhanouskaya. Als Oppositionsführerin aus Belarus machte sie in einem bewegenden Plädoyer für Freiheit und Menschenrechte deutlich, warum gerade die Unterstützung des Freiheitskampfes in Belarus und der Ukraine eine Angelegenheit der gesamten freien Welt sein und bleiben muss. Das Berliner Publikum war tief bewegt.

2023 war auch ein Jahr der Erinnerung an herausragende Ereignisse aus der Geschichte des Liberalismus, die Teil unserer Identität geworden sind. Vor 75 Jahren, im Dezember 1948, wurde die FDP gegründet – als vereinte liberale Partei in Westdeutschland. Dieses Jubiläum gab Anlass, über die Widerstände nachzudenken, mit denen der organisierte Liberalismus hierzulande trotz zahlreicher Regierungsbeteiligungen immer wieder zu kämpfen hatte, wie der prominente Historiker (und Deutschlandkenner) Christopher Clark sowie der FDP-Vorsitzende Christian Lindner in ihren Reden betonten. Im Jahr 1923, also vor 100 Jahren, setzte Gustav Stresemann – der einzige liberale Kanzler, den Deutschland je hatte – eine erfolgreiche Währungsreform in die Tat um. Ihr verdankte die Weimarer Republik die folgenden (wenigen) Jahre der Prosperität. Wichtig für uns war schließlich auch die Erinnerung an die erste deutsche Nationalversammlung vor 175 Jahren – 1848 in der Frankfurter Paulskirche. Es war die Geburtsstunde eines gesamtdeutschen liberalen Parlamentarismus. Wir gedachten ihr in mehreren Veranstaltungen.

Die Begabtenförderung der Stiftung feierte 2023 ihr 50-jähriges Bestehen. Ihre Gründungsväter und Gründungsmütter legten Grundsätze fest, die noch heute Gültigkeit haben. Unter ihnen waren große Persönlichkeiten, u. a. Clara von Simson, die als erste Frau an der Humboldt-Universität zu Berlin in Physik promovierte und von 1968 bis 1977 Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung war. Aus den 17 Stipendiatinnen und Stipendiaten der ersten Auswahlitzung im November 1973 sind inzwischen weit über 1.200 geworden. Viele von ihnen beteiligen sich hochmotiviert an der Organisation von Arbeitskreisen. Auf diese Entwicklung sind wir stolz und sie lässt uns optimistisch in die Zukunft blicken. Jubiläen in der Auslandsarbeit der Stiftung kamen hinzu. Seit nunmehr 40 Jahren engagiert sich die Stiftung in Argentinien, seit vier Jahrzehnten gibt es den israelisch-deutschen Dialog – beides wurde vor Ort gebührend gewürdigt und gefeiert. Nach dem grausamen Terroranschlag vom 7. Oktober setzt die Stiftung ihre Arbeit mit ihren Partnern in der Region trotz aller Schwierigkeiten fort.

Zum Jahresende gab es einen personellen Wechsel im Vorstand. Florian Rentsch wurde als neues Vorstandsmitglied gewählt und übernahm das Amt des Schatzmeisters. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit in neuer Funktion. Dank gebührt dem langjährigen Schatzmeister Manfred Richter für sein langjähriges und herausragendes Engagement.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Der Vorstand

Vorsitzender:

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Stellvertretende Vorsitzende:

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Schatzmeister: Florian Rentsch (seit Dezember 2023)
Manfred Richter (bis Oktober 2023)

Mitglieder: Anne Brasseur, Dr. Maren Jasper-Winter
Ehrenvorsitzender: Dr. Wolfgang Gerhardt

ÜBER DIE STIFTUNG

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat sich zum Ziel gesetzt, die Freiheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu stärken. Mit Veranstaltungen, Bildungsangeboten, Partnerschaften und Publikationen motivieren wir Menschen in über 60 Ländern weltweit, Demokratie aktiv zu gestalten. Wir beraten, inspirieren und motivieren gesell-

schaftliche Akteure und kreieren liberale Themen für morgen und übermorgen. Vielfalt, Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit, internationale Verständigung, Teilhabe und Persönlichkeitsentwicklung jeder und jedes Einzelnen, Wettbewerb und soziale Sicherheit sowie Toleranz und Respekt und Chancengleichheit bilden den Wertesrahmen unseres Handelns.

FÜR EINEN MODERNEN LIBERALISMUS

Individuelle Freiheit, Demokratie, Welttoffenheit und Vielfalt stehen weltweit unter Druck. In einer Zeit des grundlegenden Wandels möchte die Stiftung einen gesellschaftlichen und politischen Diskurs für einen modernen Liberalismus gestalten. Krisen, Populismus, Klimawandel und digitale Transformation stellen Politik und Gesellschaft vor viele Herausforderungen – wir müssen den Liberalismus neu denken, um ihn für die Zukunft zu wappnen. Mit Expertise aus Politikberatung und Wissenschaft findet die Stiftung Antworten zu einem weiten Themenspektrum von Gesellschaft, internationaler Politik, Sozialer Marktwirtschaft, Wohlstand, Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

ZUKUNFT WAGEN

Als Stiftung für die Freiheit sind wir thematischer Impulsgeber und zugleich freiheitspolitische Plattform für alle Liberalen in Deutschland. Wir setzen uns ein für eine tolerante, fortschrittliche, gut ausgebildete und leistungsgerechtere Gesellschaft, die möglichst vielen Menschen möglichst viele Chancen eröffnet. Mit Veranstaltungen, Studien, Gutachten und Publikationen vermittelt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit liberale Ideen, Fähigkeiten und stärkt das zivilgesellschaftliche Engagement, das unsere Demokratie lebendig hält. Wir fördern leistungsbereite, liberale Persönlichkeiten als unser Zukunftsprojekt für einen starken Liberalismus.

Mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten jeden Tag in mehr als 60 Ländern weltweit, um mit Stiftungspartnern liberale Ideen auszutauschen und individuelle Lösungen zu finden. Die Stärkung demokratischer, marktwirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen ist das gemeinsame Ziel. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit engagiert sich für nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab. Mit Partnern und Multiplikatoren aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft, die unsere Werte teilen, streben wir langfristige Kooperationen an. Mit unserer Arbeit stärken wir das Bewusstsein für die Notwendigkeit nachhaltiger, innovativer Lösungen und richten auch den Stiftungsbetrieb konsequent nach ökologischen Gesichtspunkten aus. Mit der Initiative Planet F hat die Stiftung ein globales Programm initiiert, um ihre Arbeit ökologisch nachhaltiger zu gestalten.

GRÜNDUNG

Gestiftet durch Bundespräsident Theodor Heuss, bietet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seit 1958 auf der Grundlage der Idee des Liberalismus Angebote zur Politischen Bildung in Deutschland und in aller Welt an. Im Verständnis unseres Namensgebers Friedrich Naumann stehen wir für liberale Ideen, liberale Projekte und liberale Politikansätze in einem ganzheitlichen Ansatz.

EINE STIFTUNG. EIN ZIEL.

Innovative Ideen brauchen Freiräume. Unsere Arbeit in der Stiftung basiert auf Professionalität, Kompetenz, Vertrauen und Zuverlässigkeit. Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männer unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Überzeugung, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind für die Stiftung selbstverständlich. Kreativität und Innovationsfähigkeit sind die Merkmale der Arbeit der Stiftung im In- und Ausland. Wir leben Vielfalt, New Work und Teamgeist und bieten spannende Karrieremöglichkeiten in einem liberalen politischen Umfeld.

Hier finden Sie Informationen zu unserem Code of Conduct.



UNSER LEITBILD UND UNSERE MISSION

UNSERE VISION

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist die kreative Innovationsplattform zur gesellschaftlichen Vermittlung der Freiheit.

UNSERE MISSION

Unsere Arbeit wendet sich in Deutschland und weltweit an alle an liberaler Politik interessierten Bürgerinnen und Bürger, die die Grundwerte der Stiftung teilen.

Wir beraten, inspirieren wie motivieren gesellschaftliche Verantwortungsträger und schaffen, gestalten und vermarkten innovative Freiheitsthemen für morgen und übermorgen.

Entdecken Sie
die Stiftung.



UNSER LEITBILD

- Wir sind Teil einer weltweiten Bewegung, die für freiheitliche Werte eintritt: für Rechtsstaatlichkeit, Bürger- und Menschenrechte, Soziale Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit und Demokratie.
- Wir sind stolz auf unsere vielfältige Partnerstruktur und unser internationales Netzwerk mit 14 Standorten in Deutschland und 46 Standorten weltweit.
- Wir schaffen Orte, in denen weltoffene, reflektierte und mutige Menschen aktiv Freiheit mitgestalten – indem sie lernen, trainieren, diskutieren, partizipieren.
- Mit unseren Partnern entwickeln wir unser politisches Know-how beständig weiter.
- Mit unseren Bildungsangeboten wollen wir Menschen dabei unterstützen, sich aktiv im politischen Geschehen einzumischen.
- Begabte junge Menschen fördern wir durch Stipendien und bieten ihnen die Chance, die Stiftungsarbeit aktiv mitzugestalten.
- Wir beraten und vernetzen weltweit liberale Freunde und Partner, um die Freiheit zu verteidigen und liberale Ideen umzusetzen.

Neubau und Truman-Villa, Geschäftsstelle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam-Babelsberg



DANKSAGUNG AN STIFTER, SPENDER UND SPONSOREN

Mit Ihrer Hilfe tun wir Gutes! Ihre Zuwendungen ermöglichen die Weiterentwicklung der privaten Finanzierung der Aufgaben unserer Stiftung. Nur die Steigerung dieses privaten Finanzierungsanteils führt zu mehr Unabhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen und somit zu einer unabhängigeren Arbeit der Stiftung. Dafür möchten wir Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Unterstützen Sie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Ihrer Zustiftung zum Stiftungskapital oder mit einer einmaligen Spende zur Aufgabenfinanzierung: Mit einer Zustiftung tun Sie auf Dauer Gutes. Denn die gesamten aus dem

Stiftungskapital einschließlich Ihrer Zustiftung erwirtschafteten Zinsen tragen zeitlich unbefristet und in vollem Umfang zur Finanzierung unserer satzungsgemäßen Aufgaben bei. Eine Spende wirkt einmalig und unmittelbar zur Aufgabenfinanzierung. Entscheiden Sie selbst, ob Sie als „Stifter“ oder als „Spender“ die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützen wollen, um Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. In beiden Fällen erhalten Sie von uns eine steuerlich absetzbare Bestätigung.

Über weitere Einzelheiten beraten wir Sie gern.

IMPRESSUM

Stand: April 2024

Herausgeberin:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Villa
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

freiheit.org

[f /FriedrichNaumannStiftungFreiheit](#)

[t /FNFreiheit](#)

[@ /stiftungfuerdiefreiheit](#)

Verantwortlich:

Julius von Freytag-Loringhoven
Leiter Stab Kommunikation

Redaktion:

Eva Cheung, Nina Monaghan,
Prof. Dr. Ewald Grothe, Dr. Katja Hartmann, Thomas Ilka,
Heike Ihlenfeldt, Ines Kant, René Klaff, Justus Lenz,
Marco Mendorf, Maria Walf, Teresa Widlok

Pressekontakt:

Julius von Freytag-Loringhoven
presse@freiheit.org

Konzept & Gestaltung:

Luise Bofinger
Erik Weber

Druck:

Druckerei Christian & Cornelius Rüss GbR
Ulanenweg 4
14469 Potsdam

Spendenkonto:

Commerzbank Berlin
IBAN: DE12 1004 0000 0266 9661 04
BIC: COBADEFFXXX

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt.

Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

BILDNACHWEISE

S. 7: Julia Zoooi; **S. 11:** studioZeta; **S. 13:** FDP-Fraktion Berlin / CC BY-SA 3.0; **S. 15:** Marco Urban; **S. 16:** Justus Enninga; **S. 23:** ADL*, Grafiksammlung Baechle, GB-34; **S. 25:** Julia Zoooi; **S. 26:** Valentin Paster; **S. 31:** Prof. Dr. Claudia Doblinger; **S. 33:** Julia Zoooi; **S. 34/35:** Frank Nürnberger; **S. 36/37:** Frank Nürnberger; **S. 38:** Valeriia Buchuk; **S. 41:** Frank Nürnberger; **S. 48:** Absolute Software GmbH; **S. 51:** Justus Lenz; **S. 52:** LANDPROCESS; **S. 57:** Valentin Paster; **S. 59:** Julia Zoooi; **S. 60:** Frank Nürnberger; **S. 62/63:** Frank Nürnberger; **S. 64:** Frank Nürnberger; **S. 68/69:** Wolfgang Borrs; **S. 93:** Thomas Imo/photothek.net (Paqué); Tobias Koch (Leutheusser-Schnarrenberger); Frank Nürnberger (Brasseur); FDP-Fraktion Berlin / CC BY-SA 3.0 (Dr. Jasper-Winter), Florian Rentsch; **S. 95:** Florian Gaertner/Photothek

Alle anderen Fotos:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

IM POLITISCHEN DIALOG IN DEUTSCHLAND



1 Hauptsitz Potsdam

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam
service@freiheit.org

Lokales Büro Potsdam, Karl-Hamann-Stiftung

Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam
BBMV@freiheit.org

2 Hauptstadtbüro

Reinhardtstraße 12
10117 Berlin
hilmar.sattler@freiheit.org

Länderbüro Berlin/Brandenburg/ Mecklenburg-Vorpommern

Reinhardtstraße 12
10117 Berlin
BBMV@freiheit.org

3 Lokales Büro Schwerin, Arno-Esch-Stiftung

August-Bebel-Straße 3,
19055 Schwerin
BBMV@freiheit.org

4 Länderbüro Mitteldeutschland

Robert-Franz-Ring 1a
06108 Halle (Saale)
halle@freiheit.org

Erhard-Hübener-Stiftung e.V.

Schönewitzer Str. 9a
06116 Halle (Saale)

5 Wilhelm-Külz-Stiftung

Radeberger Straße 51
01099 Dresden

6 Lokales Büro Leipzig

Turnerstraße 3
04103 Leipzig

7 Lokales Büro Erfurt

Trommsdorffstraße 5a
99084 Erfurt

8 Landesbüro Bayern, Thomas-Dehler-Stiftung

Orleansstraße 6
81669 München
bayern@freiheit.org

9 Länderbüro Norddeutschland

Frankenstraße 3
20097 Hamburg
hamburg@freiheit.org

10 Liberale Gesellschaft Bremen

Ottostraße 10
28201 Bremen
hannover@freiheit.org

11 Länderbüro Niedersachsen/Bremen, Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung

Georgstraße 36
30159 Hannover
hannover@freiheit.org

12 Landesbüro Nordrhein-Westfalen/ Büro Düsseldorf

Karlstr. 88
40210 Düsseldorf

13 Landesbüro Nordrhein-Westfalen

Theodor-Heuss-Straße 26
51645 Gummersbach

Theodor-Heuss-Akademie
akademie@freiheit.org

Archiv des Liberalismus
archiv@freiheit.org

14 Länderbüro Hessen und Rheinland-Pfalz, Karl-Hermann-Flach-Stiftung

Wilhelmstraße 64,
65183 Wiesbaden
wiesbaden@freiheit.org

15 Landesbüro Baden-Württemberg, Reinhold-Maier-Stiftung

Feuerseeplatz 14
70176 Stuttgart
stuttgart@freiheit.org



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit
Truman-Villa
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

[freiheit.org](https://www.freiheit.org)